



130. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 2. Dezember 2016

Mitteilungen der Präsidentin 13611

Hinweise zur Tagesordnung 13611

1 Schlechte Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen droht, langfristig Zukunftschancen und Wohlstandsperspektiven zu verspielen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13613

In Verbindung mit:

Neues Gutachten blickt mit Sorge auf die Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss nun handeln anstatt die Situation schönzureden!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13614 13611

Ralph Bombis (FDP) 13611
Hendrik Wüst (CDU) 13613
Frank Sundermann (SPD) 13615
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 13616
Matthi Bolte (GRÜNE) 13617
Minister Garrelt Duin 13619
Armin Laschet (CDU) 13621
Michael Hübner (SPD) 13622
Dietmar Brockes (FDP) 13624
Reiner Priggen (GRÜNE) 13625
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 13626
Minister Garrelt Duin 13627

2 Angehörigen zu ihrem Erbe verhelfen und das Problem der nachrichtenlosen Konten lösen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13538

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13652 13628

Stefan Kämmerling (SPD) 13628
Gudrun Zentis (GRÜNE) 13629
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 13630
Ralf Witzel (FDP) 13631
Nicolaus Kern (PIRATEN) 13632
Dietmar Schulz (fraktionslos) 13632
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 13634

Ergebnis 13635

3 Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen: Landesregierung darf Kommunen die Integrationspauschale des Bundes nicht länger vorenthalten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13533

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13638 13635

André Kuper (CDU) 13635
Michael Hübner (SPD) 13637
Mario Krüger (GRÜNE) 13639
Dr. Joachim Stamp (FDP) 13640
Torsten Sommer (PIRATEN) 13640

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 13641
Dr. Joachim Stamp (FDP) 13643

Ergebnis 13643

4 Unterhaltsvorschuss in Nordrhein-Westfalen – Alleinerziehenden helfen, Rückgriffsquote steigern, Kommunen entlasten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13528

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13656 13644

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen muss im Bundesrat den drohenden Kommunalkollaps durch die geplanten Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes verhindern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13542 13644

Ralf Nettelstroth (CDU) 13644
Henning Höne (FDP) 13645
Stefan Kämmerling (SPD) 13646
Andrea Asch (GRÜNE) 13647
Torsten Sommer (PIRATEN) 13648
Ministerin Christina Kampmann 13649

Ergebnis 13651

5 Keine geheimen Datensammlungen über Fußballfans! Kontrolle und Transparenz ermöglichen – Betroffene proaktiv informieren

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13525 13651

Daniel Döngel (PIRATEN) 13652
Falk Heinrichs (SPD) 13653
Kirstin Korte (CDU) 13655
Josefine Paul (GRÜNE) 13656
Marc Lübke (FDP) 13657
Minister Ralf Jäger 13658

Ergebnis 13658

6 Polizeipräsenz im ländlichen Raum stärken – System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13413 13658

Ergebnis 13659

7 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Kommunalpolitiker vor Übergriffen schützen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13308

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13635 13659

Ergebnis 13659

Entschuldigt waren:

Minister Garrelt Duin
(ab 14 Uhr)

Minister Franz-Josef Lersch-Mense

Ministerin Sylvia Löhrmann

Minister Johannes Remmel

Minister Rainer Schmeltzer

Ministerin Barbara Steffens

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans
(ab 13:30 Uhr)

Brigitte Dmoch-Schweren (SPD)

Marc Herter (SPD)

Inge Howe (SPD)

Markus Töns (SPD)

Tanja Wagener (SPD)

Annette Watermann-Krass (SPD)

Sven Wolf (SPD)

Peter Biesenbach (CDU)

Astrid Birkhahn (CDU)

Ilka von Boeselager (CDU)
(ab 12:30 Uhr)

Regina van Dinther (CDU)

Ursula Doppmeier (CDU)

Gregor Golland (CDU)

Wilfried Grunendahl (CDU)

Serap Güler (CDU)
(ab 13 Uhr)

Christian Haardt (CDU)

Dr. Gerd Hachen (CDU)

Heiko Hendriks (CDU)

Theo Kruse (CDU)

Andrea Milz (CDU)

Rolf Seel (CDU)

Bernhard Tenhumberg (CDU)

Hendrik Wüst (CDU)
(ab 11:30 Uhr)

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE)

Martina Maaßen (GRÜNE)

Ulrich Alda (FDP)

Angela Freimuth (FDP)
(ab 14:30 Uhr)

Dr. Björn Kerbein (FDP)

Christof Rasche (FDP)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn die Anzahl der Abgeordneten, die pünktlich im Plenarsaal sein können, noch recht überschaubar ist, möchte ich gerne mit unserer heutigen, der 130. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, beginnen, zu der ich Sie hiermit begrüße. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich bisher – ich wage es kaum zu sagen – **28 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich gerne alle darauf aufmerksam machen, dass die Fraktion der FDP ihren Antrag „Wohnsitzauflage sofort und ohne Einschränkung umsetzen“ Drucksache 16/13541 zurückgenommen hat. Hierüber habe ich mit Drucksache 16/13639 bereits unterrichtet.

Dieser Antrag sollte heute ursprünglich unter Tagesordnungspunkt 7 behandelt werden. Da der Antrag zurückgenommen wurde, wird der bisherige Tagesordnungspunkt 8 nun zum neuen Tagesordnungspunkt 7. Auch das Ende der Plenarsitzung verschiebt sich entsprechend.

Nach diesen Vorbemerkungen treten wir nun in die Bearbeitung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Schlechte Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen droht, langfristige Zukunftschancen und Wohlstandsperspektiven zu verspielen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13613

In Verbindung mit:

Neues Gutachten blickt mit Sorge auf die Wirtschaftslage in Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss nun handeln anstatt die Situation schönzureden!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13614

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 28. November 2016 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der als Erstes genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom selben Datum ebenfalls gemäß § 95 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung zu der als Zweites genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der FDP hat Herr Kollege Bombis das Wort.

Die Kolleginnen und Kollegen, die anwesend sind, möchte ich noch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Je leerer der Plenarsaal ist, umso stärker hallen auch die leisen Gespräche. Wir haben also quasi den gegenläufigen Effekt. Wenn Sie nicht möchten, dass wir alle mithören können, was Sie mit Ihrem Nachbarn besprechen, sollten Sie das vielleicht vor der Tür tun.

Herr Bombis, Sie haben jetzt das Wort – und auch die Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen, hoffe ich.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Guten Morgen! Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Das Zitat „NRW ist in keiner guten Verfassung“ stammt nicht von mir, sondern aus der jüngsten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft. Es reiht sich leider in so viele Studien, Gutachten und Datenerhebungen der letzten Jahre ein, die Nordrhein-Westfalen auch in der Wirtschaft eine mangelnde Dynamik und eine schlechte Zukunftsperspektive bescheinigen.

Ebenfalls das Institut der deutschen Wirtschaft hatte bereits im Januar 2013 ein Gutachten zur wirtschaftlichen Lage Nordrhein-Westfalens vorgelegt und beschrieben, wie stark Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum anderen Bundesländern hinterherhinkt.

Wirtschaftsminister und Koalition erklärten damals, dennoch weiter bei ihrer sogenannten vorausschauenden Wirtschaftspolitik zu bleiben.

Im April 2016 haben die Konjunkturforscher der Länder bekannt gegeben, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 mit Nullwachstum die rote Laterne als schlechtestes Bundesland übernommen hat. Die SPD-Fraktion hier im Landtag quittierte das wahlweise damit, es trotzdem noch als großartige Leistung zu bezeichnen – das ist ebenfalls ein Zitat –

(Zuruf von der SPD)

oder einfach zu behaupten, dass die Zahlen gar nicht stimmen würden.

Einige Tage später legte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung eine Analyse vor. Die Gutachter sprachen von alarmierenden Befunden für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. – Der Wirtschaftsminister behauptete, man würde Nordrhein-Westfalen nur schlechtreden.

Jetzt, im November 2016, legt das IW Köln eine Studie im Auftrag der Unternehmerverbände Nordrhein-Westfalen vor und zeigt, dass Nordrhein-Westfalen im Deutschlandvergleich entweder schlecht dasteht – etwa bei dem Wachstum, der Verschuldung, dem Thema „Bildung“, der Arbeitslosigkeit, dem Engagement für Forschung und Entwicklung – oder bestenfalls im Mittelfeld liegt, zum Beispiel bei Gründungen oder beim Glasfaserausbau.

Der Wirtschaftsminister sah daraufhin Zerrbilder – Zitat –, die hier gezeichnet würden, um sich einen Tag später in einer vom „FOCUS“ veröffentlichten Studie die nächste Klatsche einzufangen.

Das nahm der Minister dann während der Haushaltsdebatte vor zwei Tagen zum Anlass, solche Studien doch eher als abgehobene Wissenschaft und als eine akademische Debatte zu deklarieren.

Herr Minister, diese Aufzählung zeigt die traurige Wahrheit: Die rot-grüne Landesregierung verschließt die Augen vor den Warnungen und den existierenden Nachweisen, dass unsere Wirtschaftsschwäche die Menschen in Nordrhein-Westfalen von erheblichem Wohlstand bereits heute ausschließt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie selbst ist es, die ein kolossales Zerrbild zeichnet – mit der Behauptung, es würde hier eine vernünftige Wirtschaftspolitik beschrieben. Das Gegenteil ist der Fall.

Vor zwei Tagen haben Vertreter von SPD und Grünen der Opposition in der Debatte zum wiederholten Mal vorgeworfen, wir würden das Land nur schlecht reden.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen deswegen jetzt noch einmal klipp und klar, damit Sie es sich ein für alle Mal merken: Nordrhein-Westfalen ist ein großartiges Land mit großartigen Menschen,

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD: Genau! Bravo!)

mit riesigen Potenzialen, mit erfolgreichen Betrieben und mit innovativen Start-ups.

Trotzdem gehen zu viele Chancen an diesem Land vorbei. Trotzdem gehen zu viele Aufstiegsperspektiven an diesem Land vorbei. Trotzdem ist die Zukunft in diesem Land durch Ihre Wirtschaftspolitik gefährdet, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Minister Duin, als ich vor zwei Tagen in der Haushaltsdebatte mit noch ungefähr einer Minute Redezeit in die zweite Runde gegangen bin, haben Sie gefordert, ich solle konkrete Beispiele nennen.

(Unruhe)

Ich habe Sie aufgefordert, sich endlich einmal im Kabinett durchzusetzen, endlich einmal im Kabinett die Interessen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft wahrzunehmen.

Sie haben wieder gesagt, es fehlten Ihnen konkrete Beispiele. Nun, dann machen wir es konkret. Ich sage Ihnen ganz konkret: Wir brauchen eine bezahlbare und sichere Stromversorgung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Deshalb dürfen wir die erneuerbaren Energien nicht weiter so stark übersubventionieren, dass konventionelle Energieerzeugung sich nicht mehr lohnt.

(Zurufe von der SPD)

Aber was machen Sie? Sie stürzen die Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier erst in große Sorge, indem Sie beschlossene Entscheidungen ohne Not infrage stellen. Dann sagen Sie, jetzt sei wenigstens Planungssicherheit vorhanden.

Und was passiert kurz danach? Was passiert mit Ihrer tollen Planungssicherheit? Der grüne Koalitionspartner sagt: Ein Kohleausstieg ist bis zum Jahr 2037 möglich. – Der Bundesparteitag der Grünen beschließt jedoch: Na ja, vielleicht ist der auch bis zum Jahr 2025 möglich.

Herr Minister, ich erwarte von Ihnen ganz konkret, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Mit der SPD in Nordrhein-Westfalen haben die Menschen im Rheinischen Revier eine verlässliche Perspektive bis 2045 – komme, was da wolle.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es! – Zurufe von der SPD)

Bei dieser Gelegenheit können Sie dann auch direkt Ihre durchgrünte Bundesumweltministerin zurückerpfeifen, die diese Haltung ebenfalls immer wieder konterkariert und die Menschen in weitere Unsicherheit stürzt.

Sie wollen ein weiteres konkretes Beispiel, ganz konkret zum Bürokratieabbau und zu Belastungen? Gerne, Herr Minister; ganz konkret! Wir konnten es gestern leider nicht debattieren. Aber ich sage es Ihnen hier so, wie ich es immer wieder gerne sage: Schaffen Sie das Tarifreue- und Vergabegesetz ab.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Nach Angaben dieser Regierung kostet dieses Gesetz die Kommunen 20 Millionen € und mehr sowie die Wirtschaft 20 Millionen € und mehr. Und Sie haben noch nicht einen konkreten positiven Effekt dieses Gesetz nachweisen können. Das Gesetz ist überflüssig. Es belastet. Schaffen Sie es ab.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD: Nicht einmal die Pressemitteilung gelesen!)

Sie wollen konkrete Beispiele: Schaffen Sie die Hygieneampel ab. Fast alle Experten haben in der Anhörung deutlich gemacht: Das ist mehr eine Täuschung. Das ist eine ideologische Symbolpolitik. Das führt die Verbraucher in die Irre. Das belastet die Betriebe, gerade die kleinen Betriebe im Handwerk. – Schaffen Sie die Hygieneampel ab. Sie täuscht lediglich Verbrauchersicherheit vor. Weg damit!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein weiteres ganz konkretes Beispiel: Sie haben entgegen der fast einhelligen Empfehlung der Experten ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege.

Ralph Bombis (FDP): Ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin.

... die Gebühren für Regelkontrollen im Lebensmittelbereich eingeführt. Die Lebensmittelkontrolleure haben gesagt: Das wollen wir nicht; die Gebühren schaden mehr, als sie nützen. – Schaffen Sie sie ab. Es ist eine konkrete Belastung. Das sage ich Ihnen ganz konkret.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Minister, ein letzter Punkt: Sie haben industriepolitische Leitlinien vorgelegt. Sie stellen sie am Montag einer breiten Öffentlichkeit vor – jetzt, kurz vor Ende der Legislaturperiode. – Okay; geschenkt.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Schauen wir uns die konkreten industriepolitischen Leitlinien an, die der grüne Koalitionspartner in der Infrastruktur, im Luftverkehrsbereich, in allen Bereichen bereits konterkariert. Legen Sie sie dem Kabinett vor. Lassen Sie sie im Kabinett beschließen. Dann werden wir Ihnen hier ...

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte!

Ralph Bombis (FDP): ... im Plenum eine Unterstützung zu teil werden lassen als FDP-Fraktion.

Das sind ganz konkrete Vorschläge. Kehren Sie endlich um – für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Nur für Ihre persönliche Statistik: Die Überziehung der Redezeit hat jetzt 1:15 Minuten betragen. Natürlich werden alle anderen Fraktionen genauso großzügig behandelt. – Das gilt als Erstes für den ersten Redner der CDU-Fraktion, Herrn Kollegen Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Bestandsaufnahme des IW Köln ist ein erneuter Hilferuf der Wirtschaft unseres Landes an die Politik, endlich das Steuer herumzureißen. Der Wirtschaftsminister hat hier vor zwei Tagen – ich will einmal anerkennend sagen: eher pflichtschuldig – die übliche Augenwischerei betrieben: Die Lage sei gut, die Konjunktur sei robust, alles sei in Ordnung, wir seien auf gutem Weg – was man vonseiten der Regierung eben erzählt, wenn man nicht mehr weiterweiß; denn er weiß in Wahrheit viel, viel besser, wie die Lage draußen im Land ist und wie die Lage bei den Menschen ganz konkret ist.

Von 2000 bis 2010 lag das Wirtschaftswachstum 39 % unter dem Bundesschnitt. Dann kam das Nullwachstumsjahr 2015: Platz 16 von 16. Jeder hat es gesehen. Wir haben hier mehrfach darüber diskutiert. Das gilt auch für das erste Halbjahr dieses Jahres. Dann folgte ein im Bundesschnitt 10 % stärkeres Wachstum als hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Unser Wachstum ist immer noch deutlich hinterdran – und das in einem Land, in dem das nicht in Stein gemeißelt ist. In der Zeit von 2005 bis 2010 lag das Wachstum der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens 14 % über dem Bundesschnitt. Es geht also. Man muss nicht immer den 50 Jahre währenden Strukturwandel bemühen, um die Defizite von heute zu erklären, wenn man zwischendurch fünf Jahre hatte, in denen es funktioniert hat, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ganz konkret: Arbeitslosigkeit. Hätten wir in den letzten Jahren eine Entwicklung wie die übrigen Bundesländer gehabt, wäre die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen um 100.000 gesunken. 100.000 Menschen hätten Arbeit, wenn wir uns so entwickelt hätten wie der Rest der Republik.

In den letzten zwei Jahren sind fünf Ruhrgebietsstädte in die Top Ten der Städte mit den schlechtesten Lebensbedingungen in Deutschland aufgestiegen – allein in den letzten zwei Jahren. Ihre Wachstumsschwäche kommt sowohl bei den Menschen – bei den Arbeitslosen; bei denen, die keine Ausbildungsstelle kriegen – als auch bei den Städten und Gemeinden an.

Die Basis für Wachstum ist in arbeitsteiligen Ökonomien eine gut funktionierende Verkehrsinfrastruktur.

Wegen fehlender Planungen haben Sie im Jahre 2013 fast 50 Millionen € an den Bund zurücküberwiesen.

(Norbert Meesters [SPD]: Das ist doch Ihre Schuld gewesen!)

Wegen fehlender Planungen haben Sie 80 Millionen € im Jahr 2015 erst gar nicht mehr genommen. Wegen fehlender Planungen haben Sie aus dem Dobrindt-Paket 128 Millionen € bekommen, also nicht einmal ein Viertel dessen, was diesem Land nach Königsteiner Schlüssel zugestanden hätte.

Als hätte ich darum gebeten, hat eben jemand gesagt: „Das ist doch Ihre Schuld gewesen“. Weil Sie immer erzählen: „Da wurde vorher nicht ordentlich gearbeitet; da wurden Stellen abgebaut“, habe Ihnen einmal die Planungsstände zum Bauvolumen bei den Bundesfernstraßen mitgebracht. Unter Rot-Grün gab es da nicht viel. Dann kam Schwarz-Gelb. Als Rot-Grün erneut drankam, ging es wieder runter.

Wie soll vor diesem Hintergrund Ihre Geschichte stimmen? Ihre Geschichte stimmt nicht. Es liegt nicht daran, dass bei Straßen.NRW ein paar Stellen abgebaut wurden, weil in der schwarz-gelben Regierungszeit externe Planer die Arbeit gemacht haben. Damit hat man es geschafft, das Geld so abzurufen wie vorher nicht und nachher auch nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich kann Ihnen aber sagen, woran es liegt. Man muss nur in die Protokolle gucken. Da ist zu lesen, dass der grüne Staatssekretär Horst Becker am 5. Mai 2011 gesagt hat, es werde lediglich noch das geplant, was in näherer Zeit umgesetzt werden könne. Der grüne Verkehrspolitiker, der Kollege Klocke, legt nach, es gebe keine Notwendigkeit für weitere Planung.

Sie wollten nicht planen. Die Grünen haben Ihnen wieder ein faules Ei ins Nest gelegt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann kam das Geld vom Bund. Und jetzt stehen Sie da wie die begossenen Pudel und nehmen bei 400 km Stau an einem normalen Novembermorgen Zigttausend Menschen in Geiselhaft für Ihre vermurkste Verkehrspolitik, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie hatten schlicht keine Lust. Nun ist das mit der Lust ja so eine Sache. Manchmal nützt ein bisschen Motivationstraining, manchmal ein freundlicher Tritt in den Hintern. Viel schlimmer als „keine Lust“ ist: keine Ideen.

Nordrhein-Westfalen gibt 25 Millionen € aus den GRW-Mitteln an den Bund zurück. Zusammen mit der Kofinanzierung wären das 50 Millionen €, die man in die Wirtschaftsförderung des Landes stecken

könnte. Damit könnte man zum Beispiel Breitbandanschlüsse in Gewerbegebieten unterstützen. Hier verzichten Sie auf 50 Millionen € für mehr Wachstum, mehr Wohlstand und mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Das hat uns interessiert. Wir haben das Wirtschaftsministerium bzw. die Landesregierung um Auskunft gebeten. Die erste Antwort war, mit Blick auf den Haushalt könne man die Kofinanzierung nicht gewährleisten. Nun bin ich mit der festen Maxime aufgewachsen, dass Armut keine Schande ist. Aber in der Politik ist Armut Ausweis fehlender Prioritäten.

Noch schlimmer ist aber die zweite Antwort. Sie lautete, es gebe keine Ideen, was man mit den zusätzlichen Mitteln der Wirtschaftsförderung machen könne. Bei Nullwachstum keine Ideen zu haben, wie es besser wird, ist eine Bankrotterklärung der Wirtschaftspolitik in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn man keine Ideen hat, wie man die Wirtschaft stimulieren kann, dann könnte man wenigstens zusätzliche Belastungen zurücknehmen. Höchste Steuern bei niedrigstem Wachstum? Das ist nicht schlüssig. Das kapiert jeder.

„Weg mit den höchsten Gewerbesteuersätzen und der automatischen Gewerbesteuererhöhung“ wäre also ein Baustein.

„Weg mit den zusätzlichen Auflagen durch das Tariftreue- und Vergabegesetz“ wäre ein weiterer Baustein.

Der Kollege Bombis hat die Hygieneampel schon genannt. Wie sinnvoll ist denn ein Gesetz, in dem bürokratische Dokumentationsmängel höher bewertet werden als über den Tisch der Bäckerei laufende Mäuse, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist auch wieder so ein Murksgesetz, das Ihnen die Grünen beschert haben.

Ein Landesentwicklungsplan, der den Namen nicht verdient, weil er kein Entwicklungsplan, sondern ein Verhinderungsplan ist, wird hier noch zu diskutieren sein.

Am Ende bleibt: lustlos in der Verkehrspolitik, ideenlos in der Wirtschaftspolitik und daher erfolglos zum Schaden der Menschen in unserem Land. Das muss aufhören, verehrte Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich am Anfang ein Bild schildern, das sich in den letzten zehn Minuten bei mir im Kopf eingepägt hat: In meiner Heimatstadt sitzen zwei Herren mit verspiegelten Brillengläsern in einer Eisdiele. Sie schauen auf die Welt hinaus und wollen allen Leuten erklären, wie die Welt aussieht.

Das Problem bei Ihnen, Herr Bombis, und Ihnen, Herr Wüst, ist nur, dass Ihre Brillen nach innen verspiegelt sind, sodass Sie nur sich selbst sehen. Das haben wir nämlich heute gerade hier erlebt.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch jetzt über Wirtschaftspolitik sprechen. Wirtschaftspolitik ist – das zeigen auch die wiederholten Debatten in diesem Hause – ein Kernstück der Landespolitik. Deswegen ist es logisch und auch überhaupt nicht falsch, dass Wirtschaftspolitik im Wahlkampf im Mittelpunkt der Diskussionen stehen wird. Ich sage Ihnen von dieser Stelle ganz ehrlich: Ich freue mich auf die Diskussionen über die Wirtschaftspolitik in diesem Land im Wahlkampf.

Was ist heute der Anlass für diese wiederholte Aktuelle Stunde? Der Anlass ist das Gutachten vom Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag von „unternehmer nrw“. Ich will von dieser Stelle aus nicht von einem Gefälligkeitsgutachten sprechen. Lassen Sie mich nur die Frage stellen: Wer hat wem mit diesem Gutachten einen Gefallen tun wollen?

Ich möchte mich aber jetzt einer anderen Frage zuwenden: Wie sieht denn die Wirtschaft die Situation in unserem Land? Wie sehen denn die Unternehmen die Situation? Ist sie so, wie sie von „unternehmer nrw“ beschrieben wird und in dem Gutachten beschrieben wird? Oder sieht sie anders aus?

Denn am Ende des Tages spricht „unternehmer nrw“ nicht für alle Unternehmen in diesem Land. Das Handwerk zum Beispiel sieht ein Allzeithoch. Meine Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen erklärt: Die nordrhein-westfälische Wirtschaft bleibt auf ihrem eingeschlagenen Expansionskurs. – Die IHK Aachen sagt: Aufgrund der guten Rahmenbedingungen wollen die Unternehmen mehrheitlich ihre Investitionsausgaben erhöhen.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Weiter wird in diesem Gutachten ausgeführt, die Mehrheit der Betriebe wolle in den kommenden Jahren und Monaten Personal einstellen.

Aber vier von zehn Unternehmen geben an, dass sie offene Stellen über einen längeren Zeitraum nicht besetzen konnten.

Der Hauptgeschäftsführer des DIHK, Martin Wansleben, wurde am Wochenende im „FOCUS“ folgendermaßen zitiert: Der Fachkräftemangel sei „mittlerweile das Top-Risiko für die Unternehmen“.

Meine Damen und Herren, Fachkräftemangel ist für Unternehmen also das Wachstumshemmnis für die Entwicklung. Das hören wir immer wieder. Die entsprechenden Ausführungen zitiere ich auch gerne.

Was hat denn die Landesregierung getan, um diesem Fachkräftemangel entgegenzuwirken? Fangen wir bei den Studierenden an und hier bei den MINT-Studienfächern. Wir haben seit 2010 annähernd 100.000 Studierende mehr in diesem Kernbereich der MINT-Fächer. Glauben Sie, diese Steigerung hätten wir zustande gebracht, wenn wir nicht die Studiengebühren abgeschafft hätten? Nein, wir hätten sie nicht hinbekommen. Das ist auch ein Erfolg unserer Politik.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Ralph Bombis [FDP] und Marcel Hafke [FDP])

– Wenn Sie nicht verstehen, dass das Wirtschaftspolitik ist, dann müssen Sie noch einmal beim kleinen Einmaleins anfangen. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich, Herr Bombis und Herr Hafke.

(Ralph Bombis [FDP]: Lesen Sie sich das Gutachten durch!)

Lassen Sie uns hier auf einen zweiten Bereich schauen, nämlich die Facharbeiter. Das Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ organisiert und strukturiert die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung. Dieses Programm haben wir jetzt flächendeckend aufgelegt. Es sorgt dafür, dass wir künftig eben nicht mehr solche Brüche haben. Beim Übergang von der Schule zum Beruf haben wir jetzt diese Brüche. Da gehen uns die Leute verloren. Die Facharbeiter von morgen gehen uns genau an dieser Stelle verloren.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Entsprechend haben wir unser Programm aufgesetzt. Es zeigt auch schon Erfolge.

Dieses Programm ist gut für die Menschen und gut für die Wirtschaft. Und das ist klassische sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

Außerdem haben wir das Programm der Talentscouts ausgeweitet und – die Ministerin hat es in den letzten Tagen gesagt – ein Programm für Studienabbrecher neu aufgelegt.

Meine Damen und Herren, das zeigt: Wir setzen da an, wo sich die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft entscheidet, nämlich bei den Mitarbeitern. Wir stellen die Mitarbeiter in den Fokus. „Zukunftsfähigkeit“ ist sicherlich auch das Stichwort überhaupt.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Ich möchte zu einem wichtigen Zukunftsthema für Nordrhein-Westfalen kommen. Das ist die Digitalisierung. Hier haben wir mit der Strategie „Digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ einen Prozess aufgesetzt, der ein klares Ziel verfolgt: Nordrhein-Westfalen soll bei der Digitalisierung nachhaltig einen Spitzenplatz einnehmen.

Mit welchen Maßnahmen machen wir das? Natürlich tun wir das an erster Stelle mit den digitalen Hubs, die genau an dieser Schnittstelle ansetzen: Forschung, Start-up, Mittelstand, Industrie. Genau hier werden sie angesetzt, um diesen Prozess nach vorne zu bringen.

Meine Damen und Herren, wir haben aber nicht nur diese Hubs. Ich möchte hier nur eine weitere Initiative nennen, nämlich HochschulStart-up.NRW. Dieses Programm umfasst verschiedene Maßnahmen. Dabei geht es darum, den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren und wirtschaftlich nutzbar zu machen. Wir stecken 70 Millionen € bis 2020 in dieses Programm.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns einmal schauen, ob diese Politik heute schon erfolgreich ist. Nehmen wir einmal die Start-ups als Parameter für Innovation. Dass Start-ups wirklich ein Parameter für Innovation und auch für Wirtschaftspolitik sind, werden, glaube ich, selbst die blökenden Kollegen der FDP an dieser Stelle nicht infrage stellen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Welches Ergebnis haben wir denn bei dem „Startup Monitor 2016“? Schauen wir uns einmal Folgendes an: Wo haben die Start-ups ihren Hauptsitz?

(Marcel Hafke [FDP]: In Berlin!)

– Ja, das glauben Sie. Zu 19 % haben die Start-ups laut der Studie „Startup Monitor 2016“ ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Das sind 25 % mehr als 2015. Wir liegen damit vor Berlin, wo es nur noch 17 % waren. Also sind wir die Nummer eins. Wenn Sie jetzt sagen, NRW sei größer als Berlin: geschenkt. Allein die Gründerregion Rhein-Ruhr hat 14 % aller Gründungen.

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht und unserer Sicht sieht so der Zukunft zugewandte erfolgreiche Wirtschaftspolitik aus.

Lassen Sie mich zum Schluss zusammenfassend feststellen: Niemals sind hier in Nordrhein-Westfalen so viele Mittel für die Infrastruktur ausgegeben worden. Niemals ist so viel Geld in Bildung geflossen. Niemals haben die Kommunen mehr Geld für ihre Aufgaben bekommen. Niemals hatten wir so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist ein erfolgreiches Land. Wir werden in den nächsten

Jahren dafür sorgen, dass es das erfolgreichste Land wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Guten Morgen. – Frau Präsidentin, vielen Dank! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Seit Jahren erlebt Deutschland einen relativ stabilen Konjunkturaufschwung. Doch dieser Aufschwung erreicht nicht mehr das ganze Land, weder alle Menschen noch alle Regionen. Das ist eine Grundproblematik der heutigen Zeit. Diese spiegelt sich in der Sorge wider, Nordrhein-Westfalen oder zumindest Teile unseres Landes würden abgehängt. Und dieser Sorge muss man sich stellen, nicht zuletzt wegen des wachsenden Rechtspopulismus, der dieses Gefühl aufgreift.

Da hilft es nicht, wenn der Wirtschaftsminister beklagt, die Opposition würde das Land schlechtreten. Gehen Sie doch einfach mal in die Regionen unseres Landes mit über 12 % Arbeitslosigkeit. Das ist kein Schlechtreten, das ist eine Zustandsbeschreibung. Manche Regionen haben fast Vollbeschäftigung, bei anderen bricht das wirtschaftliche Fundament immer weiter weg. Und die Landesregierung unternimmt einfach nichts dagegen.

Als ich das letzte Mal ins Grundgesetz geschaut habe, stand die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ noch drin. Konsequenzen für Ihre Politik scheint das aber keine zu haben. Was macht denn die Landesregierung gegen die steigende Ungleichheit im Land? Nutzt sie ihre Möglichkeiten? – Bei weitem nicht!

Hier mal ein Beispiel: Das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW hat unter anderem die Aufgabe, faire Löhne zu ermöglichen und Sozialdumping zu bekämpfen. Ein fairer Lohn, der eine Rente ermöglicht – das wurde ausgerechnet –, eine Rente, die über der Grundsicherung liegt, beträgt in etwa 12 € pro Stunde. Also wäre es angemessen, bei Aufträgen der öffentlichen Hand einen vergabespezifischen Mindestlohn von 12 € einzuführen. Was aber macht Herr Minister Duin bei der Novellierung des Gesetzes? – Er schafft das Instrument des vergabespezifischen Mindestlohns klammheimlich ab und ersetzt es durch den viel tiefer liegenden bundesweiten Mindestlohn. Hier wird Haushaltskonsolidierung auf Kosten der Schwächsten in unserem Land betrieben!

Das ist schon schlimm genug, hat aber noch weitere Folgen. Wenn private Anbieter Löhne unterhalb der niedrigsten Tarifgruppe des öffentlichen Dienstes zahlen dürfen, dann werden immer mehr staatliche Leistungen privatisiert, mit entsprechenden Folgen

für die Qualität, und zwar nicht – wohlgemerkt! –, weil etwa Private eine Leistung effizienter anbieten können, sondern weil sie Niedrigstlöhne zahlen dürfen. Ist das die hier vorherrschende Vorstellung eines modernen Staatswesens? – Unsere ist es jedenfalls nicht.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir Piraten sprechen gerne mal zur Digitalisierung, auch zur digitalen Wirtschaft, und haben entsprechende Initiativen zuhauf in den Landtag eingebracht. Ich möchte nicht alles wiederholen, aber auf eine Zahl gehe ich mal ein: 2031, und zwar das Jahr 2031. Das liegt für uns noch in weiter Zukunft, immerhin 15 Jahre. Bis zum 1. Januar 2031 sollen Landesbehörden auf elektronische Verwaltungsabläufe, also E-Government, umgestellt haben. So will es die Landesregierung. Wow, da wird man echt sprachlos! Die Langsamkeit, mit der Sie die Digitalisierung angehen, ist einer der größten Bremsklötze für die Entwicklung unseres Landes.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Diese Gemütlichkeit passt vielleicht in eine bayerische Gaststätte, nicht aber zum bedeutendsten Politikfeld dieses Jahrhunderts, und das in NRW.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Die Gemütlichkeit hat ja etwas für sich, aber eben nicht da.

(Armin Laschet [CDU]: Die bayerische ist schneller!)

Dadurch erklärt sich auch, warum die Landesregierung bei wichtigen Projekten einfach nicht vorwärtskommt.

Wie sieht es denn mit der Start-up-Kultur in unserem Land aus? – Wir brauchen natürlich die kreativen Köpfe, die digitalen Tüftler. Denn ihre Ideen werden das Land wirklich voranbringen. Aber die Landesregierung bekommt von den Start-ups selbst die Schulnote 3,9, Tendenz stagnierend. Andere Bundesländer hingegen werden deutlich besser bewertet. Das ist also gerade ein „ausreichend“ für einen Politikbereich, den Minister Duin eigentlich voranbringen wollte. Das ist die Realität und nicht die rosarote Brille, die sich die Kollegen von Rot und Grün hier immer wieder aufsetzen. Insgesamt stagniert die Gründungsquote in NRW. Und gerade bei den Start-ups – ich kann es nur gebetsmühlenartig wiederholen –: Start-ups sind zarte Pflänzchen, die eine eigene Ökosphäre brauchen. Offensichtlich sind andere Bundesländer da etwas besser als wir.

Also: Die Gründungsquote stagniert. Aber es gibt trotzdem einen Lichtblick: Immer mehr Migranten gründen Unternehmen und schaffen Arbeitsplätze. Das ist gut so und verdient viel mehr gesellschaftliche Anerkennung, als das heute der Fall ist. Zum

Glück – dieser Satz ist heutzutage leider nicht mehr selbstverständlich – haben wir Menschen mit Migrationshintergrund in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Zu guter Letzt ein paar Worte zu den Kollegen der Union: Sie schaffen es ja erstaunlich gut, den Eindruck zu erwecken, Ihre Partei hätte mit den Zuständen in diesem Land rein gar nichts zu tun. Welcher Partei gehört denn der Bundesminister an, der die völlig absurde Idee einer Ausländermaut umsetzen will

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

und damit das nächste Desaster nach Toll Collect provoziert? Und welche Partei hat denn jahrelang die Störerhaftung verteidigt und damit verhindert, dass es in Deutschland an jeder Ecke offene WLANs gibt? Das ist die Bremsklötzpolitik der Union und nichts anderes! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Studie, die den Anlass für diese Aktuelle Stunde hergeben musste, passt ziemlich genau in die Geschichte, die von CDU und FDP immer wieder erzählt wird. Interessant fand ich in der Berichterstattung die Einschätzung unter anderem in der „Kölnischen Rundschau“ – Zitat –:

Die Studie dürfte auch vom Wahlkampf beeinflusst sein. Ausgerechnet jene Felder, in denen NRW gar nicht so schlecht abschneidet, wurden nur kurz angerissen oder kleingeredet, etwa die Breitbandversorgung.

Das fand ich ganz interessant für die Einordnung in Anbetracht der Geschichte, die CDU und FDP hier im Haus immer wieder mit viel Verve und viel Betroffenheit und immer knapp am Thema vorbei erzählen, nämlich dass die Zustände in Nordrhein-Westfalen furchtbar seien – womit sie unser Land richtig schlechtreden.

Herr Wüst hat gesagt, schlimmer als „keine Lust“ sei „keine Idee“. – Herr Wüst, ich habe mir mal Ihre aktuellen Beschlüsse angesehen. Das sind ziemlich schlimme Beschlüsse. Gute drei Seiten zur Wirtschaftspolitik stehen im Beschluss vom Juni. Die erste Seite widmen Sie einzig und allein dem Schlechtreden. Auf der dritten Seite steht im Wesentlichen, dass Sie das Tariftreue- und Vergabegesetz sowie das Klimaschutzgesetz abschaffen wollen.

Dazwischen steht eine halbe Seite, wo es konkret wird, wo Sie etwas Konkretes vorschlagen. Da fordern Sie digitale Hubs, da fordern Sie Inkubatoren, und da fordern Sie die Vernetzung etablierter Betriebe mit innovativen Start-ups. Das ist die einzige konkrete Forderung, die die CDU aktuell zur Wirtschaftspolitik erhebt.

Das ist genau das, was wir machen. Man kann also sagen, dass Ihre einzige konkrete wirtschaftspolitische Forderung lautet: Die Landesregierung muss ihre Strategie für die digitale Wirtschaft fortsetzen. – Das machen wir. Das machen wir gern. Und das machen wir auch nach dem 14. Mai 2017.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist Ihr erstes Problem. Sie haben keine Probleme. Es wird nichts mit Hashtag „#durchstarten“. Ich habe bei diesem Motto gedacht: Jetzt will sich Armin Laschet wieder zum Mond schießen lassen.

(Lachen von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

Warum eigentlich? Weil Sie inzwischen selbst an Ihre Katastrophengeschichten glauben? Weil Sie Ministerpräsident werden wollen, aber Ihnen nichts mehr einfällt als drei abgekupferte Zeilen und ein paar warme Worte? Dieses Raumschiff, lieber Kollege Laschet, wird nicht abheben.

Ihr zweites Problem ist, dass Sie offenbar gar nicht mehr an der Realität der Betriebe dran sind. In der Sommerpause sind die Kollegin Dr. Beisheim und ich durch das Land gefahren. Wir haben Handwerksbetriebe besucht, solide Betriebe, digital-innovativ gut aufgestellt.

Am Abend eines dieser Tourtage lese ich eine Pressemitteilung der CDU, dass sie jetzt endlich wisse, worin das größte Problem des Handwerks liege; sie kenne dieses größte Problem jetzt endlich. Das seien nämlich die Straßen in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, wir tourten mehrere Tage durch das Land. Wir besuchten eine zweistellige Zahl von Betrieben von Aachen bis Minden.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Sehr gut!)

Es geht um Fachkräfte. Es geht um Digitalisierung. Es geht um den Support durch die Handwerksorganisationen. Kein einziger Betrieb hat uns von Straßenproblemen berichtet.

(Dietmar Brockes [FDP]: Gibt's nicht! – Lachen von der FDP)

Da klaffen doch die Realität der Betriebe und Ihre Realität meilenweit auseinander.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD] – Lachen und Zurufe von der FDP)

Beim dritten Punkt unterscheiden sich CDU und FDP nicht voneinander: Sie sehen die Trends für die Zukunft des Standorts NRW nicht.

(Zurufe von der FDP)

Ich lese das Papier der CDU „Vorwärtsgang für Nordrhein-Westfalen“ und frage: Wohin wollen Sie denn? – Sie sagen doch nur: Wir wollen wieder zurück in die Industriepolitik der 50er- und 60er-Jahre.

(Armin Laschet [CDU]: Quatsch! Unfug!)

Stichwort: Energiewende. Sie verschließen komplett die Augen davor, dass die Energiewirtschaft in den nächsten Jahren völlig anders aussehen wird. Kein Satz dazu, dass es in dieser Zeit doch nur noch darum gehen kann, die alten Großstrukturen zu transformieren. Es ist doch klar, dass dieser Markt ganz anders aussehen wird, wenn die Energie dezentral erzeugt wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer wird denn von diesem Wandel profitieren? Das sind diejenigen, die in Zukunft die Anlagen steuern. Das sind diejenigen, die die Anwendungen für die privaten und auch für die Großverbraucher bauen. Das sind die Handwerksbetriebe, die das alles zu den Kunden bringen. Zu alledem gibt es keinen Satz von Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind die Veränderungen, die das digitale Zeitalter für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bringt. Wir sind es, die sie dabei unterstützen, damit weiterzukommen.

Stichwort: Digitalisierung. Die CDU sagt hierzu immer, sie habe dazu furchtbar viele Plenaranträge geschrieben. – Ja, es ist total super, dass Sie Plenaranträge schreiben können.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Aber Digitalisierung bedeutet mehr, als Plenaranträge zum Breitband zu schreiben. Da haben Sie nichts zu bieten. Die Fantastilliarden, die Sie regelmäßig für den Breitbandausbau versprechen, sind zweckgebundene Mittel aus Steinkohlesubventionen, zweckgebundene Mittel aus der Rahmenvereinbarung „Sozialverträgliche Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland“. Sie versprechen nichts als Luftbuchungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage es gerne noch einmal – ich habe das vorgestern schon in der Haushaltsdebatte gesagt –: Keine Regierung zuvor hat jemals so viel Geld in den Breitbandausbau investiert wie Rot-Grün. Das ist richtig so, denn das ist die Infrastruktur, die wir brauchen. Deswegen ist es richtig, dass wir da hinein investieren. Da frage ich Sie: Wo ist denn Ihr Plan? Wo ist Ihre Strategie für die digitale Wirtschaft, die so viel

besser als unsere sein soll? Davon habe ich nichts gehört.

Das ist bei uns anders: Wir haben Ideen nach vorne.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir wissen: Der Mittelstand als tragende Säule unserer Wirtschaft muss beim digitalen Wandel unterstützt werden.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das ist eines der Probleme!)

Wir bringen ihn zusammen mit den innovativen Start-ups, mit den Innovationen, die wir nach Kräften und mit großem Erfolg unterstützen. Kollege Sundermann hat Ihnen die Zahlen gerade vorgelesen. Wir denken auch die Bereiche zusammen: Die Digitalisierung ist für uns der Motor der ökologisch-industriellen Revolution.

Deshalb sind die Initiativen, die wir ergriffen haben, für die Förderung der Industrie 4.0 so wichtig. Deshalb ist es so wichtig, dass wir „it's OWL“ jetzt schon mit erheblichen Beträgen unterstützen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Strukturen fördern und dass wir uns darum kümmern, dass es auch in Zukunft Strukturen gibt – auch in den anderen Regionen –, wo das gemacht wird, was in Ostwestfalen so gut klappt, nämlich Kooperationen bei der Digitalisierung voranzubringen. Denn da ist die Digitalisierung unser Partner, nicht nur bei der Energie, sondern auch bei der Ressourcenwende. Dort sind für uns die Potenziale der Zukunft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und Regina Kopp-Herr [SPD])

Wenn man sich anhört, dass Sie, Herr Bombis, jetzt wieder anfangen wollen, Kohle zu verfeuern,

(Ralph Bombis [FDP] schüttelt mit dem Kopf.)

und dass die CDU hierzu – abgesehen von den ollen Kamellen, von denen Sie seit Jahren erzählen – gar nichts zu bieten hat, zeigt nur: Sie wollen Politik von gestern mit Ideen von vorgestern machen. Wir machen Wirtschaftspolitik für morgen:

(Zurufe von der FDP: Oh! – Weitere Zurufe)

erneuerbar, digital und zukunftsfähig. Das wird von den Menschen in unserem Land honoriert. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Duin.

(Christian Möbius [CDU]: Kein Kind zurücklassen!)

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Lesen von Drucksachen, die der Landtag berät – das sage ich, bevor ich zu den Gutachten selbst komme –, ist manchmal durchaus Grundlage für große Freude.

Ich nehme die Drucksache 16/13558 zum Anlass, nämlich die Kleine Anfrage 5359 des Abgeordneten Witzel,

(Zuruf von der SPD: Von wem auch sonst! – Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

die vom 22. November 2016 datiert. Ich darf zwei Absätze Ihrer Kleinen Anfrage einleitend zitieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Gern! – Zuruf von der FDP: Sie können sie auch ganz vorlesen!)

Sie schreiben:

„Interessenverbände, Lobbygruppen, aber auch Einzelunternehmen aus unterschiedlichsten Geschäftszweigen beauftragen üblicherweise regelmäßig Sachverständige aller Art mit der Erstellung von Gutachten zu bestimmten, das jeweilige eigene Geschäftsfeld berührenden Themen. Dass insofern oft der alte Grundsatz, ‚Wer bestellt, bezahlt‘ in seiner Ausprägung des ‚Wer bestellt, bekommt auch das gewünschte Gutachten-ergebnis‘ zur Geltung kommt, erscheint in diesem Rahmen nicht weiter verwunderlich.“

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

„Für eine objektive gutachterliche Beratung der Politik und ihrer Entscheidungsträger müssen daher andere Grundsätze gelten.“

So Herr Witzel.

(Beifall von der SPD)

„Es ist das Recht eines jeden Privaten, sich von seinem eigenen Geld diverse Studien im Eigeninteresse erstellen zu lassen – egal, welche Folgen die Untersuchungen dann enthalten mögen und wie sie zur Umsetzung gelangen.“

Herr Witzel, genau mit diesem Sachverhalt haben wir es hier zu tun.

(Beifall von der SPD)

Denn der Anlass unserer Aktuelle Stunde ist ja das aktuelle Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft, IW, unter dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen“.

Das Gutachten wurde von unternehmer.nrw bestellt. Chef ist Herr Kirchhoff von der Landesvereinigung der Unternehmensverbände.

Der „Westblick“ im WDR hat das wie folgt kommentiert – ich zitiere –:

Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff ist ein honorierter Mann.

– Hier unterbreche ich das Zitat; denn ich unterstütze diese Feststellung ausdrücklich. Ich setze das Zitat fort:

Er hat recht, wenn er sagt, NRW müsse sich wieder am Platz eins orientieren, auf Sieg setzen, nicht auf Platz. Aber am Anfang einer solchen Aufholjagd sollte eine wirklich ehrliche Bestandsaufnahme stehen, keine Schwarzmalerei. Fakten – gerne, dann aber bitte schön alle, und nicht nur die, die gerade mal für ein billiges Wahlkampfmanöver reichen. – Zitat Ende.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bezogen auf das Gutachten des IW habe ich mir noch einmal angesehen, was eigentlich das Leitbild des IW ist, dessen Chef auch Arndt Kirchhoff ist. Im Leitbild des IW heißt es:

„Unsere Beratungs- und Kommunikationsdienstleistungen sind kundenorientiert, kreativ und zielgruppengerecht.“

Die Kundenorientiertheit kann man dem Gutachten nicht absprechen, Kreativität auch nicht, und zielgruppengerecht ist es allemal. Insofern hat man seine Grundsätze dort optimal erfüllt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir einmal – das hat von den Oppositionsrednern noch gar keiner gemacht – zu den Punkten, die in dem Gutachten tatsächlich stehen. Unter „3. Fazit und Ausblick“ werden in vier Bulletpoints, also in vier Überschriften, Handlungsempfehlungen gegeben.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Genau, Herr Wüst, genau das habe ich vor.

Unter „1. Haushalt“ steht:

„Einsparpotenziale zum Beispiel bei den Personalausgaben sollten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels genutzt werden.“

Also: einsparen beim Personal im Haushalt. – Zu allen anderen Punkten kommt dann: Man muss mehr tun bei Bildung, man muss mehr tun bei der Infrastruktur.

Also, genau das, was wir als Landesregierung getan haben, nämlich mehr Personal für Infrastruktur und Straßenbau, mehr Personal für Bildung zu schaffen, wird hier wieder in Abrede gestellt. Dort sollen wir wieder einsparen. Das ist schwarz-gelbe Politik aus dem letzten Jahrhundert, die hier vorgeschlagen wird, aber nichts, was unseren Standort voranbringt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann kommt unter „2. Infrastruktur“:

„Der Straßenbau bleibt daher bei den Verkehrswegen der entscheidende Bereich, in dem es an Investitionen mangelt.“

Herzlich willkommen im Jetzt! Auch unternehmer.nrw ist Teil unseres Bündnisses für Infrastruktur, das wir mit sehr vielen Beteiligten und vielen Ressorts auf den Weg gebracht haben. Aber eines will ich unternehmer.nrw bzw. dem IW doch sagen: Die alleinige Fokussierung wieder nur auf den Verkehrsträger Straße greift erneut zu kurz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da sind wir mittlerweile auch sehr viel weiter, weil wir wissen, dass es auch bei Wasserstraßen, bei den Flughäfen und auf der Schiene Investitionen braucht.

Ich glaube, liebe CDU, dass wir gemeinsam – das haben wir auch immer wieder betont – doch sehr erfolgreich in Berlin gewirkt haben, dass uns jetzt die Mittel zur Verfügung stehen, die notwendig sind, um diese Investitionen auszulösen und zu tätigen.

Unter dem Punkt „Infrastruktur“ steht noch:

„Der Breitbandausbau sollte ein vorrangiges Ziel der Landesregierung sein.“

Auch dazu kann ich nur sagen: Herzlich willkommen im Jetzt, weil diese Landesregierung dafür gesorgt hat, dass bis zu eine Milliarde € in Nordrhein-Westfalen in den Breitbandausbau investiert wird.

(Zuruf von der CDU: Luftbuchungen!)

Genau dieser Punkt ist längst auf den Weg gebracht!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dann kommt: „3. Bildung und Innovation“. In diesem Fazit stellt man sogar fest, dass wir bei der frühkindlichen Bildung gar nicht schlechter seien als andere Bundesländer. Dann hebt man noch einmal ab auf das Thema „Existenzgründer“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in welchem Land gibt es die meisten Existenzgründer? – In Nordrhein-Westfalen! In welchem Land gibt es die meisten Gründungen bei den freien Berufen? – In Nordrhein-Westfalen! Herr Sundermann hat gerade die Statistik noch einmal dokumentiert. Wo gibt es die meisten Start-ups, also auch die Gründungen in dem so wichtigen digitalen Bereich? – In Nordrhein-Westfalen!

Insofern kann ich nur sagen: Wichtig, dass dieser Punkt im Gutachten Erwähnung findet, aber wir sind längst dort, wo das Gutachten glaubt, dass wir dort erst hingehen sollten. Wir haben diese Aufgabe längst auf den Weg gebracht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Last but not least geht es dann um „Bürokratie und Regulierung“. – Herr Kirchhoff ist selbst Chef unseres Mittelstandsbeirates und trägt regelmäßig auch im Ausschuss für Wirtschaft hier im Landtag vor. Seine letzten Ausführungen im Ausschuss waren getragen von Lob und Anerkennung dafür, dass wir es gewesen sind, die mit Blick auf den Mittelstand die Clearingstelle eingerichtet haben, die dafür gesorgt haben, dass es eine Überprüfung der Mittelstandsrelevanz und vor allem der mit der Gesetzgebung für den Mittelstand verbundenen Kosten gibt.

Es ist auch kein Zufall, dass der Normenkontrollrat auf Bundesebene uns in Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland hervorhebt, weil sich durch die Clearingstelle kein anderes Bundesland bereits so mittelstandsfreundlich um das Thema „Bürokratieabbau“ kümmert. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Das ist hier bereits Realität.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insofern, meine Damen und Herren, will ich abschließend noch die zwei Punkte aufgreifen, die Herr Wüst und Herr Bombis hier angesprochen haben.

Herr Wüst war ja so nett und hat mir, weil ich beim letzten Mal keine Punkte gefunden hatte, die die CDU vorschlägt, seinen Zettel zu geben. Das ist das wirtschaftspolitische Programm der CDU, das Herr Wüst mir nach der letzten Debatte übergeben hat:

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Bell [SPD]: Das passt auf einen Bierdeckel!)

Das Tariftreue- und Vergabegesetz haben wir schon dreimal diskutiert, LEP mit falschen Annahmen, GRW-Mittel und die Steinkohlehilfe. Mehr fällt der CDU zu diesem ganzen Thema wirtschaftspolitisch nicht ein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Herr Bombis, Sie haben hier zum Thema „Energiepolitik“ für das Rheinische Revier gefordert und es ausdrücklich so gesagt: Die SPD solle hier klar erklären, dass es mit ihrer Planungssicherheit für die Menschen im Rheinischen Revier gebe.

Ich sage: Klar gilt das für die SPD. Aber was noch viel wichtiger ist: Diese Landesregierung steht für Planungs- und Investitionssicherheit im Rheinischen Revier.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU – Ralph Bombis [FDP]: Sagen Sie eine Jahreszahl!)

Insofern habe ich keinen Anlass, an den Dingen – dabei es geht um die industriepolitischen Leitlinien – etwas zu ändern, die wir auf den Weg gebracht haben und die wir am kommenden Montag auf einem großen Kongress gemeinsam mit Herrn Kirchhoff

vorstellen werden. Es gibt keinen Anlass, an diesem Kurs irgendetwas zu ändern.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Wir sind in der Spur für neues Wachstum, für neue Arbeitsplätze, für Digitalisierung sowie für eine starke Industrie und ein starkes Handwerk in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. Sie haben die Redezeit um zwei Minuten und 27 Sekunden überzogen. Dementsprechend großzügig werden wir gleich auch bei den nachfolgenden Fraktionsrednerinnen und -rednern sein. – Als Erster hat Herr Kollege Laschet für die CDU-Fraktion das Wort.

Armin Laschet (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir rätseln in diesen Tagen – das gilt für alle demokratischen Parteien – gemeinsam, wie man eigentlich die Populisten bzw. die radikalen Parteien sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite bekämpfen kann. Das, was Sie hier gerade geliefert haben – an den Nöten der Menschen vorbeireden und die Dinge schönreden –, ist das Schlimmste, was Sie tun können!

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD)

– Sie reden alles schön!

(Zurufe von der SPD)

– Sie können sich ruhig aufregen. Das müssen Sie sich jetzt anhören!

(Unruhe – Glocke)

Wir werden es nicht dulden, dass Sie über die Nöte der Menschen und über die Arbeitslosen mit solcher Schönrederei hinweggehen, wie Herr Duin das hier gemacht hat. Mit uns nicht!

(Beifall von der CDU und der FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

– Ich komme gleich zum Rheinischen Revier. Diese Woche war ein hochrangiger Vertreter der IG BCE bei mir. Der hat mir gesagt, wie die Bergleute dort denken, was sie denken, wenn die Grünen ihnen sagen, dass im Jahr 2025 der Ausstieg stattfindet, wenn danach gesagt wird, der Ausstieg sei 2037, wenn deren Mitarbeiter im Hambacher Forst angegriffen werden! – Und Sie sagen: Wir haben den Eindruck, dass manche im Landtag mit dem Protest sympathisieren, der da stattfindet. – Da gibt es eben keine klare Haltung dieser rot-grünen Regierung zugunsten dieser Menschen. Das ist doch unglaublich!

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD – Zuruf von der SPD: Populist!)

– Ja, gehen Sie einmal zu den Bergleuten! Gehen Sie doch mal hin!

(Weitere Zurufe von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

– Herr Brockes, das IW – das Institut der deutschen Wirtschaft – sagt das Gleiche, was das RWI sagt und was die Hans-Böckler-Stiftung in Bezug auf Arbeitsplätze und in Bezug auf Armut in Nordrhein-Westfalen sagt. Da kann man sich nicht so süffisant hier hinstellen und sagen: Herr Witzel hat da eine Anfrage gemacht. Wer bestellt, bezahlt. – Das ist die Realität im Land! Die können Sie mit solch blöden Witzen nicht wegreden, Herr Duin! So ist die Lage in diesem Land!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir sollten irgendwann an den Punkt kommen, dass wir alle hier im gesamten Plenum sagen: Wir sind 16. von 16 beim Wirtschaftswachstum, wir haben zu wenig Bildungsausgaben, wir sind bei den U3-Plätzen Letzter, und wir haben Defizite bei der Infrastruktur der Straßen. – Wenn diese Gemeinsamkeit nicht da ist, sondern die eine Seite des Hauses die Dinge schönredet, dann werden wir den Kampf gegen die Gegner links und rechts des Parlaments nicht gewinnen. Wir müssen Probleme lösen und nicht schönreden in diesem Landtag!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Dietmar Bell [SPD]: Einfach nur frech, laut und sonst nichts!)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hübner das Wort.

Michael Hübner (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Herr Laschet, wenn es eines Beweises bedurft hätte, was postfaktische Argumentation ist, ...

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Ooooh!)

– Diesen Beweis haben Sie nicht nur heute angetreten. Sie haben ihn auch damals mit Ihrer bekannten „Sputnik-Rede“ angetreten, wo Sie mit dem Sputnik verglüht sind und die Realitäten in diesem Land in keiner Weise zur Kenntnis genommen haben, meine Damen und Herren.

Bevor Sie weiterhin behaupten, dass wir in jedem Bereich 16. im Bundesländervergleich sind, nehmen Sie doch mal die Statistiken vernünftig zur Kenntnis!

(Zurufe von Ralph Bombis [FDP] und Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Bombis, bleiben Sie doch ganz ruhig! Und auf Sie, Herr Brockes, komme ich gleich noch mal zurück. – Nehmen Sie bitte die Statistiken ordentlich zur Kenntnis und ordnen Sie die vernünftig ein! Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass das IW Köln zumindest in dieser Art und Weise, im Hinblick auf die Beantragung dieser Aktuellen Stunde, eine differenziertere Haltung eingenommen hat, als Sie sie hier gerade an den Tag gelegt haben.

Sie bleiben dauerhaft dabei, dieses Land schlechtzureden und schwarzzumalen. Und das ist einfach nicht akzeptabel!

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Herr Kollege Bombis hat mich ja dankenswerterweise – oder nicht dankenswerterweise; das ist mir eigentlich auch egal – in Bezug darauf zitiert, dass ich einmal von einer großartigen Leistung in dem Zusammenhang gesprochen habe, dass dieses Land im energiewirtschaftlichen Bereich stark genug ist, Umbaukosten zu kompensieren, und dass die Wirtschaft dieses Landes so stark ist, dass sie diese Umbaukosten auch kompensieren kann.

Ich will Ihnen einmal etwas vom wundersamen Wachstum Irlands erzählen. Über das wundersame Wachstum Irlands in 2015 ist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ berichtet worden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ist nicht unbedingt dafür bekannt, uns nahezustehen; sie arbeitet dieses Thema aber sehr souverän ab. Ich werde Ihnen gleich noch erklären, warum ich Ihnen das vortrage.

Ausweislich der Statistik ist die irische Wirtschaft im Jahr 2015 um sagenhafte 26,3 % gewachsen. Woran liegt das? – Es liegt daran, dass mehrere Großunternehmen ihren Sitz nach Irland verlegt haben, darunter zum Beispiel die Firma Medtronic. – Nach Ihrem Auftritt, Herr Laschet, wäre es vielleicht nicht ganz falsch, wenn Sie sich mal mit der Firma Medtronic in Verbindung setzen würden; schließlich stellt diese auch Defibrillatoren und Herzschrittmacher her. – Dadurch taucht in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Irlands ein Umsatzvolumen in Höhe von 42,9 Milliarden \$ auf.

Das ist so unglaublich viel, dass dadurch das positive Wirtschaftswachstum in Irland auf sagenhafte 26,3 % stieg.

(Zuruf von Jens Kamieth [CDU])

In der Debatte haben wir – ich erinnere an „Sputnik“ – darüber philosophiert, und auch ich bin dem nachgegangen, woran es liegt, dass wir in diesen Jahren ein Nullwachstum hatten.

(Zuruf von der CDU: An Ihnen!)

Es lag am energiewirtschaftlichen Umbau. Sie können nicht verhehlen, dass wir zwei der ganz großen energiewirtschaftlichen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen haben. Wir haben RWE, und wir haben E.ON, die die aus unserer Sicht richtigen Entscheidungen auf den Weg gebracht haben. Das geht aber auch damit einher, dass wir in den letzten Jahren zusammen mit den Stadtwerken Umsatzeinbrüche in einer Größenordnung von 16 Milliarden € verkraften mussten. Dass wir es verkraftet haben, zeigt, wie stark die Volkswirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist – die Volkswirtschaft, die wiederum 645 Milliarden € erwirtschaftet hat und damit die größte Volkswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Ihr Kollege Herr Lindner hat hier – vorsichtig formuliert – einen lächerlichen Vergleich gezogen. Er hat gesagt, die Volkswirtschaft in Nordrhein-Westfalen brauche keinen Strukturwandel mehr, sie habe den Strukturwandel quasi schon geschafft. Das ließe sich auch im Saarland ablesen – im Saarland, meine Damen und Herren!

Es ist immer hilfreich, sich so etwas auch mal anzuschauen: Die Leistungsfähigkeit des Saarlandes liegt bei 35 Milliarden €.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

– Herr Wüst, wenn Sie sich mit den Fakten auseinandersetzen und hier nicht nur Plattitüden von sich geben oder neuen Wein in alte Schläuche füllen würden – in diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen zu bedenken geben, dass der Wein umkippen könnte –, wüssten Sie auch, dass es erhebliche Auswirkungen auf das Wachstum im Saarland hätte, wenn Sie, von Forbach kommend, zwei Pommesbuden ins Saarland verlegen würden. Bei einer Leistungsfähigkeit von 35 Milliarden € wäre das Umsatzvolumen, das die Frittenschmiedien aus Frankreich im Saarland erzeugen würden, nämlich messbar. Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 645 Milliarden € ist das hingegen kaum messbar.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich finde, dass wir uns zu Recht – Herr Minister Duin hat das gerade vernünftig dargestellt – auf den Weg gemacht haben, diese Volkswirtschaft in Nordrhein-Westfalen zu stärken, und zwar mit den richtigen Entscheidungen, Herr Dr. Paul. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Wir haben gesagt: Ja, wir investieren mehr in die Infrastruktur. In diesem Zusammenhang möchten wir uns übrigens auch bei den Kollegen der CDU-Bundestagsfraktion bedanken – ich meine nicht die hiesige CDU-Fraktion –,

(Armin Laschet [CDU]: Witzbold!)

die gesagt haben: Ja, wir brauchen einen Bundesverkehrswegeplan, der alles in den Blick nimmt: Wasserstraßen, Eisenbahnen und natürlich auch die Autobahnen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU]: Was ist mit Mike Groschek?)

– Ja, wir bedanken uns bei eurer Bundestagsfraktion, dass wir alle zusammen an der Seite von Mike Groschek gekämpft und den richtigen Weg beschritten haben. Vielen Dank dafür!

Wir sagen auch Ja zu den richtigen Entwicklungen im Bereich der Bildung mit Svenja Schulze und Sylvia Löhrmann, die wir auf den Weg gebracht haben. Wir müssen weiter investieren; wir müssen die dichteste Hochschullandschaft Deutschlands in Nordrhein-Westfalen weiter stärken. Ja, das ist eine richtige Entscheidung.

Sie vergessen übrigens gern, zu erwähnen, dass wir für den Politikwechsel, den wir 2009 begonnen haben, eine Sache besonders in den Fokus gestellt haben. Sie werden eine dauerhafte Binnennachfrage nur dann unterstützen können, wenn die Kommunen auch wieder dazu befähigt werden, in die Infrastruktur vor Ort zu investieren.

In dieser Hinsicht sind wir auf dem richtigen Weg; denn wir haben gesagt: Wir müssen die Ausschüttung im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes auf 10,6 Milliarden € aufstocken, und wir müssen entsprechende Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen umsetzen. Dazu gehört – das haben wir in den letzten zwei Tagen ausreichend debattiert – auch „Gute Schule 2020“. Dadurch werden die Schulen und die Städte in die Lage versetzt, zu investieren. Wir haben diesen Dreiklang ordentlich auf den Weg gebracht.

Gestatten Sie mir zum Ende der Debatte einen Hinweis: Wenn Sie hier Aktuelle Stunden beantragen, setzen Sie sich bitte damit auseinander, was der Grund für die Einberufung war. Das haben Sie in keiner Art und Weise getan.

(Zuruf von der FDP)

Sie haben weiterhin einfach nur über Ihren angeblichen Wachstumsimpuls Bürokratieabbau gesprochen und

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

über Gesetze, die noch gar nicht in Kraft sind. Außerdem haben Sie den Klimaschutz verneint, indem Sie gesagt haben, es müsse abschließend geklärt sein, dass bis 2045 Braunkohle in der gleichen riesigen Menge wie heute verfeuert wird.

(Armin Laschet [CDU]: Wollen Sie das nicht?)

Das ist Politik von vorgestern. Das haben wir deutlich gemacht. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Für die FDP spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist schon sehr traurig, Herr Minister. Der Kollege Bombis hat eben hier gestanden und fünf unterschiedliche Studien von Wissenschafts- und Konjunkturforschern benannt, die Ihnen allen ein schlechtes Zeugnis ausstellen – und Sie stellen sich hierhin und behaupten einfach, das wäre Wahlkampfgetue. Das ist äußerst billig. Es ist unfair und unseriös gegenüber diesen Instituten, wie Sie hier auftreten!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist, ehrlich gesagt, eine Frechheit. Erst hat der Minister den Landeswirtschaftsbericht ausgesetzt, weil er nicht die Traute hatte, sich den Diagnosen zu stellen und etwas zu verändern, und jetzt tut er es auch noch als billiges Wahlkampfgetue ab, wenn andere hier entsprechende Studien vorlegen. Das ist unfair und unseriös.

Man könnte ja meinen, dass wissenschaftliche Untersuchungen für die SPD, für die Landesregierung und für den Wirtschaftsminister keinerlei Rolle spielen. Deshalb habe ich mir mal die Mühe gemacht und nachgeschaut, wie es denn insgesamt bei den Sozialdemokraten so aussieht. In diesem Zusammenhang habe ich einige Aussagen eines ehemals führenden Wirtschaftspolitikers der SPD-Bundestagsfraktion herausgesucht. Wir spielen jetzt das bekannte SPD-Spielchen: Ich weiß, wer es ist, aber ich verrate es Ihnen noch nicht.

(Heiterkeit von der FDP)

Liebe Freunde, ich zitiere aus einem Plenarprotokoll des Bundestags aus dem November 2010:

(Hans-Peter Müller [SPD]: Mein Gott!)

„Es ist vollkommen richtig, dass die Sachverständigen in ihrem Gutachten herausstellen, dass diese Bundesregierung dazu kaum einen Beitrag geleistet hat.“

Siehe da: Man bezieht sich innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion auf Gutachten. Ein anderes Beispiel aus 2009:

„Die Berichte der Vertreter der Institute“

– gemeint ist die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute –

„deuten zwar eine leichte Aufhellung der Konjunkturentwicklung für 2010/2011 an; deutlich wurde in der Diskussion aber vor allem, dass die Aussagen zur Konjunkturentwicklung mit einer erheblichen Unsicherheit belastet sind.“

Siehe da: Auch an anderer Stelle bezieht man sich auf diese Institute, und genau derjenige, der das gesagt hat, ist heute in Nordrhein-Westfalen Wirtschaftsminister und behauptet, dass all die Institute

nicht die Wahrheit sagen und dass das nur Wahlkampfgetue sei. Das ist billig, Herr Minister, äußerst billig!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Erst haben Sie in diesem Land dreieinhalb Jahre lang nur zugesehen und nichts gemacht, jetzt fahren Sie seit einem Jahr durchs Land und diskutieren, und diskutieren, und diskutieren Ihr industriepolitisches Leitbild. Bis heute hat dieses Leitbild noch nicht das Licht des Kabinetts gesehen. Ich gehe jede Wette ein, dass es dazu bis zum Ende dieser Legislaturperiode auch nicht kommen wird.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Ich frage Sie: Wann fangen Sie endlich an zu handeln, statt nur zu diskutieren, Herr Minister?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ebenso: Sie gründen mit dem Verkehrsminister das Bündnis für Infrastruktur. Das Bündnis für Infrastruktur! Brauchen Sie Unterstützung? Haben Sie selbst nicht mehr die Traute, im Kabinett dafür zu sorgen, dass die durchgrünte Politik endlich aufhört und wir endlich die Maßnahmen nach vorne bringen, die wir in diesem Land brauchen?

(Zuruf von der SPD)

Während hier diskutiert wird – und nur diskutiert wird –, wird an anderer Stelle gehandelt: Der Umweltminister in Nordrhein-Westfalen ist der eigentliche Wirtschaftsminister.

(Widerspruch von der SPD)

Während Minister Duin nur herumdiskutiert hat,

(Michael Hübner [SPD]: Das können Sie doch sogar besser!)

hat diese Landesregierung das Landeswassergesetz beschlossen, das Landesnaturschutzgesetz beschlossen

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Gutes Gesetz!)

und auch die Hygieneampel beschlossen und auf den Weg gebracht – alles Projekte, die dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen massiv und nachhaltig schaden.

(Michael Hübner [SPD]: Was ist mit dem Klimaschutzgesetz?)

Herr Minister, ich frage Sie: Wo waren Sie denn? Wo waren Sie, als diese Gesetze im Kabinett beschlossen wurden?

(Ralf Witzel [FDP]: Dabei!)

Meines Erachtens herrscht Einvernehmen im Kabinett darüber, dass dort nichts beschlossen wird, bei dem nicht alle zustimmen. Wo waren Sie denn? Ich

hoffe nicht, dass Sie in dieser Zeit Weihnachtsplätzchen gebacken haben.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Fünf Jahre!

Genauso sieht es doch beim Landesentwicklungsplan aus. Auch diesbezüglich haben wir hier in diesem Hohen Hause von Sachverständigen aus dem kommunalen Bereich, aus der Wirtschaft und von Unternehmen übergreifend gehört, wie schädlich der Landesentwicklungsplan für unser Land ist, wie er die Perspektiven für Unternehmenserweiterungen gerade im ländlichen Raum schmälert.

Denken Sie auch an die unsägliche Differenzierung bei den Flughäfen, die die wirtschaftliche Entwicklung in Weeze, in Dortmund und in Paderborn/Lippstadt massiv negativ beeinträchtigt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Absoluter Quatsch!)

Wo waren Sie, als das durch das Kabinett gegangen ist, Herr Minister?

(Beifall von der FDP)

Wir müssen leider festhalten: Fünf Jahre Wirtschaftsminister Garrelt Duin waren keine gute Zeit für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Es ist an der Zeit, dass sich dies ändert. – Vielen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Kollege Reiner Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Armin Laschet, Ihre Rede eben war – das muss ich sehr deutlich sagen – in einem Punkt schäbig. Sie war populistisch, und sie hat gezeigt, dass Sie keine Ahnung vom rheinischen Revier haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich gehe jetzt alle Punkte durch.

Ich will mit dem Punkt anfangen, den ich am unangenehmsten finde. Da war die Rede in folgender Hinsicht schäbig: Es gibt sehr viele Menschen, die zivil und in angemessener Form gegen die Braunkohle protestieren und nicht verstehen, warum die letzten Reste dieses großen Waldes gefällt werden sollen. Und es gibt einige wenige, die zu kriminellen Methoden greifen, die jeder nur verurteilen kann; denn es kann nicht sein, dass Menschen in Gesundheit und Leben gefährdet werden, wie jetzt geschehen.

(Zuruf von der CDU: Aha! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, hören Sie auf, jetzt unterhalten sich Erwachsene!

(Heiterkeit und Beifall von Grünen und SPD)

Herr Laschet, vorhin haben Sie diejenigen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten friedlich und anständig protestieren, in einen Topf geworfen mit denjenigen, die kriminell sind.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Das hätten Sie gerne! – Zurufe von CDU und FDP)

– Doch, genau das haben Sie eben getan!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Hendrik Schmitz [CDU]: Sie hätten das gerne! – Fortgesetzt Zurufe)

Ich will Ihnen auch sagen, warum das Ganze populistisch ist. Wir leben ja nun beide in Aachen. Schauen wir uns das Revier an: Es gibt eine Exzellenzuniversität in Köln und eine in Aachen; 20.000 Beschäftigte an der Hochschule in Aachen, 5.000 in Jülich und im rheinischen Revier direkt in der Braunkohle.

Wenn das, was zwischen Unternehmen und Bundesregierung vereinbart wurde, mit der Stilllegung von fünf Blöcken abgewickelt wird, reden wir über 7.000 Beschäftigte, um die man sich kümmern muss, die man genauso wenig ins Bergfreie fallen lassen darf, wie es bei der Steinkohle geschehen ist, und deren Sorgen man ernst nehmen muss.

(Armin Laschet [CDU]: 2025!)

Das ist alles richtig – aber um es klar zu sagen: Sie wissen ganz genau, dass die Perspektive dieser Region in den Ausgründungen aus der Hochschule und den anderen Bereichen liegt. Sie liegt in keinem Fall in der Braunkohle.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Armin Laschet [CDU]: Das ist eine Binsenweisheit!)

– Hören Sie auf! Sie wissen das ganz genau! – Deswegen ist es Populismus; denn Sie sagen den Leuten nicht, dass es eben laufende Prozesse gibt.

(Armin Laschet [CDU]: Ihr beschließt das doch! – Fortgesetzt Zurufe)

Ihre Bundesregierung, in der Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender mit Angela Merkel und allen anderen ebenfalls vertreten sind, hat „Paris“ mitunterschrieben. Sie wissen genau, dass die Braunkohle keine Zukunftsperspektive für die Region bietet.

(Zurufe)

Da ist Minister Duin viel ehrlicher, weil er das auch ganz klar gesagt hat. Sie hingegen streuen den Leuten Sand in die Augen.

(Zurufe von Armin Laschet [CDU])

– Passen Sie auf! – Wir erleben dort den gleichen Prozess, wie wir ihn im Ruhrgebiet lange und zu spät anders gestaltet haben. Das Schlimme daran ist, dass Sie ihn mitmachen und meinen, Sie als Opposition könnten da Ihr Süppchen kochen, indem Sie die Leute auf die Bäume jagen. Und wir müssen sie nachher runterholen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Armin Laschet [CDU]: Das ist doch albern!)

– Doch, genauso ist das! – Ich habe mich wirklich gewundert, dass die Sozialdemokraten, von denen ich weiß, dass sie im Rheinischen Revier sehr verankert sind, bereit waren, mit der Innovationsregion diesen unabänderlichen Prozess, der zu einem Auslaufen führen wird, zu gestalten, denn sie wussten eigentlich, dass wir im Ruhrgebiet zu spät eingesetzt haben.

(Armin Laschet [CDU]: Ihr beschleunigt das doch immer noch! Ihr macht doch immer mehr Tempo!)

Sie stehen jetzt an einer Stelle, wo Sie das hochziehen, was Ihnen irgendein Betriebsrat sagt, weil Sie meinen, dass Sie damit bei den Leuten gewinnen. Das trägt nicht!

(Armin Laschet [CDU]: Doch, das trägt!)

Im Prinzip versündigen Sie sich an der Region, weil Sie sich nicht nach vorne aufstellen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Armin Laschet [CDU]: Quatsch! – Weitere Zurufe)

– Doch, genauso ist das! – Kollege Wüst hat eben gesagt: Viel schlimmer als „keine Lust“ ist „keine Idee“.

Wenn ich mir das Rheinische Revier – und wir leben da nun beide seit Jahrzehnten – im Hinblick darauf anschauere, was da gemacht werden müsste, dann stelle ich fest: Da kommt in dieser Hinsicht nichts von Ihnen. Sie tun so, als ob die Braunkohle eine Perspektive wäre, dabei wissen Sie das doch viel besser.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Das ist doch nicht wahr!)

– Natürlich ist das wahr! – Liebe Leute, niemand glaubt doch, dass man in der Bundesregierung stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender sein und in Paris die Klimakonferenz mitbeschließen kann, gleichzeitig aber bei all den Zielsetzungen so tun kann, als könnten wir bis 2050 einfach so weitermachen. Das passt nicht. Das ist einfache Mathematik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Hendrik Schmitz [CDU]: Sie haben auch Scheuklappen auf!)

Sie haben den Eindruck erweckt!

(Zurufe von der CDU)

– Er interessiert mich, ehrlich gesagt, an dieser Stelle auch nicht, weil das, was er erzählt hat, genauso ein dummes Zeug war. Bei Ihnen ist es jedoch viel schlimmer, Herr Laschet!

(Armin Laschet [CDU]: Herr Hübner hat eben gesagt, dass das die Position der Landesregierung bis 2045 ist! Hat er eben hier gesagt!)

– Passen Sie mal auf! Es gibt klare planerische Festsetzungen. Hier hat die Landesregierung ihre Arbeit gemacht. Aber wenn Sie eins und eins zusammenrechnen, und wenn Sie wissen, dass Inden viel früher geschlossen wird, wenn Sie wissen, was dort noch an Kohle liegt, dann wissen Sie genau, dass man die 7.000 Leute, von denen zwei Drittel bis Mitte der Dreißigerjahre in Rente gehen, dort abholen muss, wo die Innovationsregion angefangen hat. Man muss ihnen sagen, dass wir es auch in der Steinkohle geschafft haben, ohne dass jemand arbeitslos wurde. Das wird nachher die Garantie für alles sein und nicht das, was Sie machen!

(Armin Laschet [CDU]: Ihr versprecht den Leuten was anderes!)

– Herr Laschet, Sie sind derjenige, der Ministerpräsident werden will. Dann müssen Sie auch eine Perspektive für das Revier bieten, die zumindest einen Ansatz von Realität enthält.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Nummer, dass Sie sich nur wegducken und nichts Konkretes liefern, lässt Ihnen doch keiner mehr durchgehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Piraten spricht der Kollege Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vielen Dank für die sachlichen Beiträge, im Übrigen zuletzt Herrn Priggen. Allen anderen möchte ich raten, den Kopf mal unter den Wasserkran zu halten. Das verbessert vielleicht nicht Ihr Denken, aber es kühlt zumindest ab.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Frage, was dieses Land wirklich braucht – ich weiß, die FDP wird gleich wieder mit den Augen rollen –, möchte ich mal auf jemanden referenzieren, der sich letztlich in unseren Augen als einer der größten Ökonomen des 20. Jahrhunderts entpuppt hat, nämlich John Maynard Keynes.

(Zurufe: Oh!)

Der Punkt ist: Keynesianische Wirtschaftspolitik ist nicht in jeder wirtschaftlichen Situation die richtige, dafür aber in vielen und in manchen anderen – so auch jetzt.

Ich habe von einem Beispiel von Herrn Prof. Andreas Syska erfahren, bei dem man das mal umgebrochen und besonders griffig gemacht hat. Einige von Ihnen, vor allem die Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss, werden ihn nächste Woche Mittwoch kennenlernen. Wir haben ein Sachverständigengespräch zum Thema „Industrie 4.0“.

(Zuruf von der FDP: Wann ist das?)

– Am Mittwoch. – Prof. Syska ist Maschinenbauer und Produktionsökonom im Fachbereich BWL und hat mit seinen Studenten etwas ausgerechnet. – Jetzt machen wir mal was ganz Neues: interaktives Parlament. – Was schätzen Sie, was ein Bahnkilometer ICE auf der Strecke von Köln nach Frankfurt in voller Fahrt – und zwar für den ganzen Zug, nicht pro Person – kostet? Das hat er mit seinen Studenten mal umgebrochen und kam bei 300 km/h auf einen Preis von 11 € pro Bahnkilometer.

Wenn man diese 11 € mal ein bisschen aufdröseln, stellt sich heraus, dass die Bahn allein 4,50 € für die Nutzung der Infrastruktur an den Partner DB Netze zahlt. Die Lohnkosten für den Bahnkilometer betragen 2,50 €, vom Lokführer bis zum Servicepersonal im Speisewagen. Daran sieht man sehr deutlich, was schiefläuft. 4,50 € für eine fiktive Netzgebühr – wenn das jetzt die Menschen betreffen würde, dann könnte man davon ausgehen, dass es bei der Bahn weniger Signalstörungen gibt. Die gibt es aber nicht. Nur 2,50 € entfallen auf die Lohnkosten. Da steht der Mensch nicht mehr im Mittelpunkt.

Mit Keynes möchte ich mich ganz deutlich – auch im Namen meiner Partei – für eine eher nachfrageorientierte Politik aussprechen. Wir betreiben eine ausschließlich angebotsorientierte Politik, und das aufgrund einer schlecht gemachten Schuldenbremse. Ich weiß, dass mir viele Sozialdemokraten im Herzen zustimmen werden. Sie trauen sich nur nicht, das laut zu sagen. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Herr Minister Duin, Sie haben das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Laschet, ich will nur darauf hinweisen, dass ich in meiner Rede mehr als alle Oppositionsredner auf den eigentlichen Anlass zur Beantragung dieser Aktuellen Stunde Bezug genommen habe.

(Beifall von der SPD)

Ich habe das Gutachten Punkt für Punkt behandelt. Ich habe damit begonnen, dass ich mich in der Tat grundsätzlich zu Gutachten und deren Auftraggeber geäußert habe, und dann bin ich die vier Handlungsempfehlungen Punkt für Punkt durchgegangen. Es besteht kein Anlass, hier einen solchen Ausbruch hinzulegen, und dann noch ein Thema aufzugreifen, das in dem Gutachten gar nicht vorkommt und auch in dem Redebeitrag des Abgeordneten der CDU überhaupt nicht vorkam, nämlich das Thema „Rheinisches Revier“.

Es ist gut, wenn Sie der gestrige Besuch von Michael Vassiliadis beeindruckt hat und Sie Kenntnisse daraus gezogen haben. Ich will jedoch in aller Deutlichkeit sagen, dass es diese Landesregierung gewesen ist, die in einem unglaublich intensiven, dialogorientierten Prozess eine Leitentscheidung auf den Weg gebracht hat, die für alle Beteiligten im Rheinischen Revier – für die Beschäftigten genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger – Klarheit und Planungssicherheit bringt.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet [CDU]: Dazu hat Herr Priggen Ihnen doch eine Frage gestellt! – Weitere Zurufe)

Punkt eins. Wenn Herr Brockes hier reinruft, ich solle mal mit den Gewerkschaften reden, dann muss ich wirklich an mich halten. Die vielen regelmäßigen Gespräche, gerade auch mit den Gewerkschaften, lassen mich, Herr Laschet, zu dem Schluss kommen: Von Ihnen habe ich keinen Nachhilfeunterricht nötig in Fragen,

(Armin Laschet [CDU]: Doch!)

die das Rheinische Revier, die IG BCE oder andere Menschen dort betreffen. Als es darum ging – insbesondere getrieben durch einen Staatssekretär, über den wir gerne sprechen können –, in unserer gemeinsamen Bundesregierung eine Klimaabgabe einzuführen, da war kein Armin Laschet in Berlin.

(Armin Laschet [CDU]: Wir haben Sie hier getrieben, damit Sie überhaupt wach wurden!)

Ich war zigmal dort, und wir haben es verhindert, dass dieser Strukturbruch organisiert wurde!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von Armin Laschet [CDU])

Wir haben organisiert, dass diese krude Idee verhindert wurde, nicht Sie!

(Zurufe von Armin Laschet [CDU] – Lebhaftes Zurufe von der CDU – Fortgesetzt Zurufe)

Sie haben auch in den letzten Wochen ...

(Fortgesetzt lebhaftes Zurufe)

Herr Dr. Paul hat gerade einige wertvolle Hinweise gegeben.

(Armin Laschet [CDU]: Und Frau Hendricks!)

– Darauf komme ich jetzt, Herr Laschet. Auch in den letzten Wochen, als es um die Ausgestaltung des Klimaschutzplans ging, gab es zwei Handlungsweisen.

(Fortgesetzt lebhaftes Zurufe)

Die eine war: Armin Laschet macht Pressemitteilungen. – Die andere: Der Landwirtschaftsminister und diese Landesregierung arbeiten ganz konkret mit dem Bundeswirtschaftsminister und mit den Gewerkschaften an konkreten Veränderungen. Und die sind dann auch gekommen, nicht wegen Ihrer Pressemitteilungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Stimmt doch gar nicht! – Weitere lebhaftes Zurufe)

– Wenn Sie sich jetzt noch mal so aufregen und so echauffieren, dann wird eines deutlich, nämlich dass es Ihnen gar nicht um die Sache geht.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Deutlich geworden ist Folgendes: Nach einer völlig normalen Landtagsdebatte in einer Aktuellen Stunde zur wirtschaftlichen Situation, in der Opposition und Regierung Argumente und ihre Sicht auf die Dinge austauschen, stellen Sie sich erst einmal wutentbrannt – jedenfalls tun Sie so – hier hin. Bevor Sie dann zum Thema „Rheinisches Revier“ und den damit zusammenhängenden Punkten kommen – mit denen man sich, wie ich es gerade auch gemacht habe, inhaltlich auseinandersetzen und über die man auch streiten kann; alles ganz normal –, beginnen Sie Ihre Rede, indem Sie zunächst auf den Populismus eingehen und mir nach meinem Redebeitrag vorwerfen, ich würde Populisten Vorschub leisten.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ist das!)

Sehr geehrter Herr Laschet, das ist maßlos, was Sie hier veranstaltet haben!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe)

Wir können lange darüber streiten, welchen Blick wir auf dieses Land haben. Ich weiß nur, dass die Menschen in diesem Land, die in ihren jeweiligen Heimatregionen verankert sind, sehr stolz auf dieses Land sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diejenigen, die nicht müde werden, nur noch von dunklen Wolken zu reden, und die – das hat das IW gemacht – überhaupt nicht mehr zwischen den Dingen, die gut funktionieren, und den Dingen, an denen

wir arbeiten müssen, differenzieren, das sind die Vereinfacher – und Vereinfacher brauchen wir in diesen Zeiten wirklich nicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir brauchen vielmehr eine differenzierte Betrachtung der Probleme und der Herausforderungen unseres Landes.

Sehr geehrter Herr Laschet, wir kennen uns seit vielen Jahren. Mir vorzuwerfen, ich würde Populisten Vorschub leisten, ist erstens maßlos, zeigt zweitens aber auch, dass Sie ganz persönlich nicht das Format haben, an der Spitze von Nordrhein-Westfalen zu stehen.

(Lebhafte Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Angehörigen zu ihrem Erbe verhelfen und das Problem der nachrichtenlosen Konten lösen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13538

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13652

Ich erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Kämmerling das Wort.

Stefan Kämmerling (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist jetzt ein bisschen einfacher. Vielleicht wäre das etwas für Herrn Laschet gewesen, weil die Nummer eins offensichtlich nicht seine Kragenweite war.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Hoffentlich ist das aber jetzt Ihre.)

Bundesweit schlummern 2 Milliarden € nach der Einschätzung des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums auf Bankkonten, deren Inhaber entweder verstorben sind oder aus einem anderen Grund keine Kenntnisse mehr von ihren Einlagen haben. Etwa 300 Millionen € von diesen 2 Milliarden €, so schätzt jedenfalls das Finanzministerium NRW, entfallen auf den Wirkungsbereich unseres Bundeslandes.

(Zuruf von den PIRATEN: Auf wie vielen Konten?)

Bei den Konten, die unter die gerade von mir vorge-tragene Einschätzung fallen, handelt es sich um sol-che, die über einen längeren Zeitraum umsatzlos sind. Gelingt es dem Kreditinstitut dann nicht mehr, den Kontakt zu ihrem Kunden aufzunehmen, spricht man von nachrichtenlosen Konten.

Wie kommt es überhaupt erst zu diesem Phänomen? Das hat unterschiedliche Gründe. Menschen geraten aus gesundheitlichen Gründen in Situationen, die ihnen nicht mehr erlauben, zu rekonstruieren, bei welcher Bank sie einst welches Konto unterhielten. Sind dann keine ordentlichen Bankunterlagen zu fin-den, haben Betreuer oder Verwandte es oftmals ext-rem schwer, Konten und dazugehörige Banken aus-findig zu machen.

Meine Damen und Herren, Menschen versterben und haben – so ist nun einmal das echte Leben – nicht zeitlebens alles perfekt und buchhalterisch or-ganisiert und vorbereitet. In diesem Falle haben es Erben schwer, ein Vermögen des Erblassers zu er-mitteln. Banken tun von sich aus das Ihre, die Inha-ber nachrichtenloser Konten ausfindig zu machen und Gelder den rechtmäßigen Inhabern wieder zu-gänglich zu machen. Aber so wie Banken manchmal daran scheitern, den Kontakt zu ihren Kunden zu fin-den, so scheitern Betreuer und Erben ebenso oft.

Die bisherigen Regelungen zu nachrichtenlosen Konten empfinde ich als unzureichend und uneinheit-lich und sie schaffen auch keine Transparenz. Gut-haben in Höhe von bundesweit – wie bereits er-wähnt – 2 Milliarden € werden dem Wirtschaftskreis-lauf entzogen, Wertschöpfung wird damit verhindert und Gerechtigkeit beschädigt.

Das wollen wir ändern, meine Damen und Herren. Wir wollen die Einführung einer klaren zeitlichen De-finition, ab wann ein Konto als nachrichtlos gilt. Wir wollen eine niedrigschwellige Abfragemöglichkeit für Kundenbetreuer und Erben schaffen. Diese muss das Bankgeheimnis wahren und eine gewinnwirt-schaftliche Auswertung von Daten ausschließen.

Können Kreditinstitute auch nach vertretbarem Auf-wand Kunden nicht ermitteln, soll eine Meldung an die Nachlassgerichte erfolgen. Da ist wichtig: Diese Meldung soll nicht erst erfolgen, wenn die Bank den Tod festgestellt hat, sondern das Problem ist ja, dass wir über viele Jahre umsatzlose Konten haben und der Kontakt abgerissen ist. Das heißt, wir brauchen eine Regelung, die sicherstellt, dass dann, wenn die Bank merkt, dass da irgendetwas nicht mehr in Ord-nung ist, der Kunde sich nicht meldet, eine Meldung erfolgt und nicht – wie bereits gesetzlich vorgeschrie-ben – erst dann, wenn der Tod festgestellt wird, an das Nachlassgericht bzw. über den Schritt davor an das Standesamt zu melden ist.

Wir wollen außerdem, meine Damen und Herren, nach Schweizer Vorbild ein zentrales Register, in

welches Banken Daten zu nachrichtenlosen Konten einpflegen müssen.

Auf dem Weg zu diesen Zielen wollen wir die Banken und Sparkassenverbände ausdrücklich mitnehmen.

Dieser Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann das Land ein Stückchen gerechter machen. Deswe-gen bitte ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung. – Viel-en Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kämmerling. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Frau Zentis.

Gudrun Zentis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsi-dent! Sehr geehrte Damen und Herren! Angehörigen zu ihrem Erbe zu verhelfen und das Problem der nachrichtenlosen Konten zu lösen – das ist das An-liegen in dem vorliegenden Antrag. Dazu fordern wir die Landesregierung auf, auf Bundesebene – denn da liegt die Zuständigkeit – den jetzigen Rechtsstand zu klären – nicht mehr und nicht weniger.

Uns geht es um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, und nicht darum, den Fiskus zu be-reichern. Wir leben in einem Land, in dem vieles ge-regelt und geordnet ist, nicht aber, was mit Konten passiert, auf denen jahrelang keine Kontenbewegun-gen mehr stattgefunden haben, geschweige denn Kontoauszüge erstellt und zugestellt wurden.

Leicht ist dies zu klären, wenn das Kreditinstitut die Kontoinhaberin oder den Kontoinhaber ausfindig ma-chen kann. Aber wann ist der entsprechende Zeit-punkt, wann ist ein Konto nachrichtlos? Dies ist ein Teil, der geklärt werden muss. Wenn festgestellt wird, dass sich niemand mehr meldet, müssen ge-wisse Mechanismen greifen, wie damit umzugehen ist. Das kann nicht jedem Kreditinstitut überlassen werden. Denn hier erreichen wir einen sehr sensiblen Bereich.

Wie es dazu kommen kann, kann vielfältige Gründe haben; der Kollege hat es schon erwähnt. Das kön-nen sein: verlorene und vergessene Dokumente – aus welchen Gründen auch immer –, krankheitsbe-dingte Einflüsse im Alter, ein Ableben ohne beglei-tende Angehörige, eigene menschliche Defizite usw. Das sind alles keine lebensfremden Situationen.

Um diesen aufgetanen Regelungsbedarf zu erfüllen, spielt es keine Rolle, ob es sich um viele oder nur um eine kleine Anzahl von Konten handelt, mit großen oder mit kleinen Guthaben. Gerade dass sich der Verband der deutschen Erbschaftsermittler gebildet hat und sich hier ein Geschäftsfeld gefunden hat, spricht dafür, dass hier Regelungsbedarf besteht.

Ich denke, unsere kompetenten Geldinstitute können vorhandene Erbinnen auch ermitteln. Da habe ich volles Vertrauen in deren Abwicklung.

Die Forderung des Kreditgewerbes, dass dies auch für Immobilien gelten muss, ist hierbei jedoch nicht ganz schlüssig. Denn wer Eigentümer von Immobilien im Inland ist, zahlt Grundsteuer. Mit dem Grundsteuerbescheid kommt die Zahlungsaufforderung. Kann der Bescheid nicht zugestellt werden oder Zahlungen erfolgen nicht, zieht dies automatisch das Verwaltungshandeln nach sich, den Eigentümer zu ermitteln.

Die Meldung von Kreditinstituten über Todesfälle ist richtig. Aber dies kann nur erfolgen, wenn auch Kontakt zur Kundin oder zum Kunden bestanden hat und somit dann auch der Todesfall bekannt wird. Im Antrag gehen wir von dem umgekehrten Fall aus: kein Kontakt zum Kreditinstitut, keine Mitteilung des Todesfalls.

Natürlich gehen die Guthaben rechtlich nicht auf die Sparkassen über, bleiben aber auf Dauer im Geschäftsbestand als Einlage der Kundin oder des Kunden bzw. als Verbindlichkeit und erhöhen somit die Bilanzsumme.

Genau in diesen Fällen und aus den anfangs genannten Gründen muss es eine Regelung geben, die zwischen Persönlichkeitsrechten, Gläubigeransprüchen und eventuellen Kosten gut abwägt und alle Parteien gut informiert. Vorschläge haben wir gemacht. Eine Vorlage bietet die Schweiz. Dazu kommen wir auch gerne mit dem Bankenverband und dem Sparkassen- und Giroverband ins Gespräch.

Der Ball geht nun mit der Zustimmung dieses Hauses an die Landesregierung, die sicherlich das Beste daraus machen wird. Da haben wir keine Bedenken. Herr Witzel, Sie sicherlich auch nicht – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Zentis. – Für die CDU-Fraktion spricht Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nichts in dieser Welt ist sicher, außer dem Tod und den Steuern. Dieser Satz stammt von Benjamin Franklin. Obwohl der Satz über 200 Jahre alt ist, passt er ganz gut zu dem aktuellen Antrag der Koalitionsfraktionen.

(Zuruf von der SPD)

Mit dem Antrag soll nämlich der Eindruck erweckt werden, als wolle die Landesregierung tatsächlich Erben zu ihrem berechtigten Erbe verhelfen. Wenn es tatsächlich um diese Erben gehen würde, wie

meine beiden Vorredner das dargestellt haben, wäre das in der Tat sehr zu begrüßen. Dagegen spricht allerdings schon die Zuordnung der Zuständigkeit. Denn offensichtlich ist in der Landesregierung nicht der Verbraucherschutzminister, sondern der Finanzminister federführend. An der Stelle muss man zumindest schon mal zum Nachdenken kommen.

Diese „nachrichtenlosen Konten“ – in Anführungszeichen – haben einen regelrechten Wettlauf ausgelöst, wer denn die höchste Zahl des vererbten, aber vermeintlich unauffindbaren Vermögens bieten kann. Das wirkt fast wie samstagsabends bei der Ziehung der Lottozahlen.

In Baden-Württemberg ging die grüne Finanzministerin ursprünglich von 16 Millionen € aus, die auf solchen Konten schlummern sollen. Bundesweit wären das, wenn man es nach der Bevölkerung hochrechnet, 125 Millionen €. Das hat im Sommer auch den NRW-Finanzminister aufhorchen lassen, der zwischenzeitlich 2 Milliarden € auf solchen Konten vermutete. Vielleicht war er sogar noch früher dran; jedenfalls habe ich die Zahl von 2 Milliarden € in Ihren Pressemitteilungen gefunden.

Dann gibt es diesen sehr großen Fachverband aus neun Firmen, die eben zitiert worden sind und 10 bis 30 % dessen, was sie da finden, einsacken – ein ganz toller Laden, der sogar von 9 Milliarden € spricht. Mit 10 bis 30 % davon wären wir alle saniert – wunderbar. Dieser Verband hat also das 70-fache dessen ausgerechnet, was Frau Sitzmann aus Baden-Württemberg errechnet hat. Es kann nicht mehr werden.

Und das weckt Begehrlichkeiten, offensichtlich auch in der zuständigen Fachabteilung des Finanzministeriums, das für Fiskalerbschaften zuständig ist. Das verwundert nicht, wenn man sieht, dass wir in der Haushaltsplanung des Landes – jedenfalls in der mittelfristigen Finanzplanung – Loch an Loch reihen, und das ist das Verbindungsstück überhaupt.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie begeben sich auch noch unter die Verschwörungstheoretiker! Das ist unfassbar!)

Herr Minister, ich verstehe, dass Sie auch im Sinne Ihres Haushalts Witterung aufgenommen haben. Aber dann heißt das Thema eben nicht „Verbraucherschutz und Erben ermitteln“, sondern es heißt: So lange ermitteln, bis sich herausstellt, dass man doch eine Fiskalerbschaft machen kann. Denn die Gelder aus diesen nachrichtenlosen Konten müssen irgendwohin.

Das Ziel, Erben zu ihrem Erbe zu verhelfen, wäre richtig. Aber ich fürchte, das ist nicht das wirkliche Motiv. Jedenfalls kann man ahnen, dass der rot-grüne Weg am Schluss direkt zum Fiskus führen soll. Dann gilt: Nichts ist so sicher wie der Tod und die

Steuern. – In diesem Fall beträgt die Steuer- und Abgabenlast 100 % dieser Konten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die FDP-Fraktion spricht Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Antrag beschreibt ein Problem, das gelegentlich vorkommt: Private Erben zweifeln an der Vollständigkeit eines Nachlasses. Sie haben Auskunftsbedarf gegenüber Banken, Versicherungen oder anderen potenziellen Vertragspartnern.

Damit wird häufiger auch die Annahme verbunden, Banken würden sich nach Todesfällen Vermögensmassen einverleiben. Jedenfalls kennt die Landesregierung diesen Vorwurf nur allzu gut. Denn im Zuge der WestLB-Abwicklung ist genau dieser Vorwurf von vermögenden Privatkunden

(Zuruf von der SPD: Keine Rede ohne WestLB!)

– das sollte Sie interessieren, Herr Kollege – ausdrücklich erhoben worden, wie auch aus der Presseberichterstattung mit der Anschuldigung verlorener Konten bei der WestLB bekannt ist.

Der Finanzminister hatte dafür seinerzeit nur ein Achselzucken übrig und verwies auf bankinterne Recherchewege.

Ich finde das sehr instruktiv, was im Plenarprotokoll zur diesbezüglichen Fragestunde am 19. Dezember 2013, beantragt von der FDP-Landtagsfraktion, mit dem Titel „Verdacht auf Steuerhinterziehung, schwarze Kassen und fehlende Millionenvermögen bei der WestLB – Was unternimmt die Portigon AG zur Auffindung von mehreren einhundert untergegangenen Konten sowie Aufklärung der dahinterstehenden Sachverhalte?“ steht.

Der Finanzminister persönlich antwortet, nachlesbar im Plenarprotokoll 16/47 – ich zitiere –:

„In der Zeit, in der die Bank Privatkundengeschäft betrieben hat, gehörte es zum Tagesgeschäft, Fragen von Kunden oder deren Hinterbliebenen zum Inhalt der Geschäftsbeziehungen auch zu beantworten.“

Im Übrigen sind die Verbände der Kreditwirtschaft zentrale Ansprechpartner, wenn in einem Erbfall die Hinterbliebenen auf der Suche nach Konten des Erblassers sind. Die Verbände leiten derartige Nachfragen an ihre Mitgliedsinstitute weiter.

Vor diesem Hintergrund wird auch die Portigon AG heute noch sporadisch vom Bundesverband öffentlicher Banken – VÖB – angesprochen. Die Portigon prüft derartige Vorgänge und gibt den betroffenen Angehörigen eine Rückmeldung.“

Damit, Herr Finanzminister, war die Veranstaltung für Sie erledigt.

Dieses Vorgehen öffentlicher Kreditinstitute gilt natürlich auch für genossenschaftliche und private Anbieter. Es gibt dort einen Suchservice, der von Auskunftsberechtigten in Anspruch genommen werden kann.

Vor einer Neuregelung des Gesetzgebers, der für eine vierstellige Anzahl von Kreditinstituten mit großem administrativen Aufwand verbunden ist, sollte daher der Bedarf für eine generell und strukturell neue Regelung hinreichend belegt sein.

Doppelstrukturen sind jedenfalls ineffizient und verteuern die Bankentgelte, und das, obwohl ohnehin in der momentanen Zeit im Hinblick auf die Negativzinsphase, auf die immer mehr regulatorischen Anforderungen gerade auch von EU-Ebene oder die neue Immobilienkreditrichtlinie vieles nicht zum Besten bestellt ist.

Die jahrzehntelange kostenfreie Verwahrung von unbewegten Kleinstguthaben ist aus unserer Sicht auch nur fraglicher Wettbewerbsvorteil für bestimmte Kreditinstitute in der Negativzinsphase. Der Vergleich der Antragstellen mit der Schweiz hinkt ebenfalls. Denn dort gibt es ein Zentralregister, da es keine Suchstellen der einzelnen Institutsgruppen, aber eben auch keine Doppelstrukturen gibt.

Dem Finanzminister geht es offenbar um den netten Nebeneffekt von Fiskalerbschaften,

(Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass nicht der Finanzminister Antragsteller ist, oder überfordert Sie das, festzustellen?)

wenn rechtmäßige Kontoinhaber, Herr Kollege, nicht zu ermitteln sind. Nicht unkritisch zu sehen ist dies, wenn – bedingt durch Umzug – nicht direkt auffindbare Kontoinhaber noch leben, sich aber erst später melden. Das kann hohe Kosten der Rückabwicklung für den Staat bedeuten. In diesen Fällen wäre eine staatliche Vereinnahmung auch nicht unproblematisch.

Steuerrechtliche Regelungen wie die Deaktivierung von Verbindlichkeiten bei seit Jahrzehnten unbewegten Konten sind nicht identisch mit der zivilrechtlichen Handhabung von Ansprüchen. Wir brauchen daher eine gründliche Betrachtung dieses Feldes, und nicht automatisch die Schaffung von Doppelstrukturen.

Wir sagen deshalb: Wenn es Ihnen bei dem, was Sie hier an Dialog mit den Verbänden in Aussicht gestellt haben, um eine sachgerechte, vernünftige Debatte

geht, dann dürfen Sie diesen Antrag nicht zur direkten Abstimmung stellen, sondern Sie müssten bereit sein, dass wir uns im Rahmen einer Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss dieser Problematik widmen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Diese Bereitschaft besteht bei Ihnen offenbar nicht. Vor diesem Hintergrund können wir diesen Schnellschuss heute nur ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Kern.

Nicolaus Kern¹⁾ (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Bei der Lektüre dieses rot-grünen Antrages begann ich mit der Übersicht der Beschlusspunkte, und ich verstehe die Intention Ihres Antrages. Dann hört mein Verständnis für Sie aber auch schon auf, denn die richtige Intention rechtfertigt nicht den unfassbaren Unsinn, den die antragstellenden regierungstragenden Fraktionen in ihrem Sachverhaltsteil vorausschicken.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Zimkeit, sehr geehrter Herr Abel, sehr geehrte Frau Zentis, so einfach, wie es Herr Kämmerling gerade behauptet hat, scheint es doch nicht zu sein. Ich zitiere aus dem Feststellungsteil Ihres Antrages unter Ziffer II.:

„Eine faktische oder gar rechtliche Vereinnahmung der Guthaben durch die Banken ist weder im Sinne der Betroffenen, noch der Allgemeinheit: Die Guthaben werden dem Wirtschaftskreislauf entzogen, Wertschöpfung wird verhindert.“

Moralisch bin ich bei der ersten Hälfte Ihrer Ausführung durchaus bei Ihnen. Wenn aber die gesammelte volkswirtschaftliche Kompetenz Ihrer Fraktionen ist: „Guthaben werden dem Wirtschaftskreislauf entzogen, Wertschöpfung wird verhindert“, dann packe ich mir nur noch an den Kopf.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da haben selbst die Verschwörungstheorien im Gelben Forum mehr Niveau.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Daher haben wir auch einen eigenen Antrag zu dem Thema eingereicht. Wir haben versucht, die Intention des Antrages nicht zu verändern, haben quasi Ihren Job gemacht und bieten zumindest allen anwesenden Mitgliedern des Landtages nun die Möglichkeit,

hier im Hohen Hause einem Antrag zuzustimmen, der volkswirtschaftlich korrekt ist, die gesetzliche Lage klar herausarbeitet und trotzdem die Landesregierung auffordert, in unserem gemeinsamen Sinne tätig zu werden.

Dabei bin ich mir auch darüber im Klaren, dass auch unserer Antrag nicht der Weisheit letzter Schluss ist

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das war bisher der beste Teil der Rede!)

und das nur der Anfang einer Diskussion sein kann – dafür hatte Herr Witzel auch schon die richtigen Worte gefunden. Die Belange der Allgemeinheit müssen sorgfältig mit datenschutzrechtlichen Aspekten und dem Bankgeheimnis abgewogen werden.

Sie helfen hier mit einem Ja zum rot-grünen Antrag aber nicht dem Finanzminister. Im Gegenteil: Man wird Sie wohl eher als postfaktisch abstempeln – auch Sie, Herr Hübner.

(Zuruf von Gudrun Zentis [GRÜNE])

Das schadet einer richtigen Debatte. Hier geht es nicht darum, jemanden zu verteufeln, sondern dem Recht zu seiner Durchsetzung zu verhelfen und Maßnahmen zu ergreifen, um an entsprechender Stelle korrigierend eingreifen zu können.

Ich werbe bei allen Fraktionen dringlich darum, unserem Entschließungsantrag zuzustimmen. Sollten Sie tatsächlich diesen rot-grünen Antrag verabschieden, haben Sie jeden Anspruch verspielt, das Thema hier noch einmal postfaktisch oder mit Fake News anzusprechen.

Mit der direkten Abstimmung bringen Sie außerdem eine vollkommen unnötige Eile in das Verfahren. Die Fristen belaufen sich, wie in unserem Antrag benannt, auf 30 Jahre. Eine Ausschussüberweisung wäre daher noch möglich gewesen. So bleibt allen klar denkenden Menschen nur die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Nun spricht der fraktionslose Abgeordnete, Herr Schulz.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, ein doller Antrag, dolle Anträge. – Na ja, sagen wir einmal so: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, von Rot-Grün, Sie leisten sich hier offenbar einen Wettlauf um den unsinnigsten Antrag der Woche.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von den PIRATEN)

Ginge es Ihnen um die Sache, hätten Sie eine Überweisung in die Ausschüsse beantragt. Ihnen geht es um pseudopopulistisches Getöse und eine Schelte gegenüber Banken und Sparkassenverbänden, gerade auch jener Sparkassenverbände Nordrhein-Westfalens – ich konnte es leider nur überfliegen, weil es mir nicht zugestellt wurde, sondern offenbar nur den Fraktionsvorsitzenden –, die diesen Antrag von Rot-Grün dem Finanzminister rechts und links um die Ohren gehauen haben, weil der Antrag von vorne bis hinten

(Zuruf von Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister)

– kennen Sie das Schreiben noch nicht? –

(Zuruf von Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Doch!)

tatsächlich und rechtlich falsch ist.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kern zulassen?

Dietmar Schulz (fraktionslos): Ja, selbstverständlich, gerne, da es nicht auf meine Zeit angerechnet wird.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Nein, es wird nicht angerechnet.

Nicolaus Kern* (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Vielen Dank, Kollege Schulz, lieber Dietmar, dass du die Frage zulässt. Bist du bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es mir leider nicht möglich ist, diesen Antrag in den Ausschuss zu bringen, weil unser Antrag an den Antrag der regierungstragenden Fraktionen gebunden ist, wir da sozusagen mit dranhängen und es an den regierungstragenden Fraktionen wäre, hier die Beratung in den Ausschüssen zu ermöglichen, was wir natürlich ausdrücklich begrüßen würden?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen lieben Dank, lieber Kollege Nico Kern. Ich nehme das nicht nur zur Kenntnis, sondern ich pflichte dem bei. So ist eben der Lauf der Dinge. Unabhängig davon hätte ich, ganz ehrlich gesagt, einen solchen Entschließungsantrag gar nicht gestellt, weil dieser Antrag, also der Hauptantrag, so grottenschlecht ist. Bei direkter Abstimmung ist er eben aus diesem Haus ganz schnell weg. Auch damit kann man leben.

Man muss allerdings berücksichtigen – jetzt setze ich meine Rede fort –, dass die SPD in der Bundesregierung sitzt. Das ist eine Bundesangelegenheit. Klären Sie das doch da einmal!

(Beifall von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Warum müssen wir hier den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen auffordern, im Bund tätig zu werden, wenn die Frau Ministerpräsidentin als stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD den direkten Draht in den Bundestag hat? Also, ganz ehrlich, das verstehe ich nicht.

Politik der ausgestreckten Hand – na ja, sagen wir einmal so: Eigentlich hätte der Antrag auch von der künftigen Fraktion der Linken mituntersrieben werden können. Möglicherweise ist das schon ein Fingerzeig auf Rot-Rot-Grün in NRW. Wer weiß das alles? Fakt ist jedenfalls: Sie wissen, dass eine fundierte sachliche Auseinandersetzung in einem Ausschuss nur dazu hätte führen können, dass dieser Antrag in der Luft zerrissen wird. Dann nämlich würde Ihnen um die Ohren fliegen, dass Sie offenbar Nachlassgerichte belasten wollen. Bürokratie ohne Ende geht aus diesem Antrag hervor.

Buchgeld, Kontengeld ist im Übrigen nicht dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Es befindet sich möglicherweise gar nicht im Wirtschaftskreislauf. Darüber ist aber noch gar nicht gesprochen worden, und darüber wird auch nicht gesprochen werden können.

Ihr geplantes Bürokratiemonster geriert sich, wenn man liest, dass Sie von den Banken jährlich Briefe an irgendwen verschicken lassen wollen, wie ein Konjunkturprogramm für die Deutsche Post. Überall, wo man nur hinguckt, Kostensteigerungen in Ihrem Antrag. Überall, wo man nur hinguckt, Bürokratiesteigerung in Ihrem Antrag. Wer soll denn das alles bitte personalmäßig erfassen?

Sie würden bei einer Überweisung in den Ausschuss auch lernen, dass es sich bei Kontoguthaben nicht um Eigenkapital der Banken handelt, wie es in Ihrem Antrag dargestellt ist. Vom Kernkapital der Banken haben Sie wohl noch nichts gehört, und Kontoguthaben sind nun einmal kein Eigenkapital. Richtig ist allerdings das, was Frau Kollegin Zentis ausgeführt hat, nämlich dass es Einfluss auf die Bilanzsumme hat.

Was den Verband der Erbenermittler angeht, so ist das ja der größte Witz. Es ist ja interessant, dass sich ausgerechnet Rot-Grün zum Lobbyvertreter für neue Firmen aufschwingt, die nichts anderes zu tun haben, als hier ein Geschäftsmodell zu kreieren. Da muss ich Ihnen einfach unterstellen, dass Sie offenbar dieses Geschäftsmodell unterstützen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Genau das Gegenteil!)

Ob es hier im Landtag scheitern wird, spielt keine Rolle, aber im Bund wird es einfach scheitern.

Mit anderen Worten – auch wenn der Antrag leider Gottes angenommen werden wird –: Vergessen wir diesen Antrag lieber ganz schnell und stimmen ihn ganz schnell weg. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin den Regierungsfractionen außerordentlich dankbar dafür, dass sie ein Thema aufgegriffen haben, das nicht erst in den letzten Monaten und Jahren ein Problem geworden ist – ein Problem, bei dem bisher stillschweigend hingenommen worden ist, dass Konten von Menschen, die rechnerisch 110, 120 oder 130 Jahre alt sein müssten, mit einer riesigen Gesamtsumme quasi vergessen worden sind und dass es Erben gibt, die Ansprüche hätten, die diese Ansprüche jedoch niemals geltend machen können. Ich finde es richtig, dass man sich ein Beispiel an anderen Ländern nimmt, die mit einem Register die Möglichkeit schaffen, dass dieses Erbe denen zugutekommt, die darauf einen Anspruch haben.

Herr Optendrenk, es ist ja schön und gut, wenn Sie sich auch hier hinstellen und zunächst sagen, wir könnten ja nicht tatsächlich wollen, dass die Erben ihren Anspruch nicht zur Geltung bringen können. Nun hängen Sie ein bisschen zwischen Baum und Borke. Sie meinen deshalb, es dann jedoch mit einer schlicht und ergreifend dahergesagten Behauptung oder Befürchtung verbrämen zu müssen, nämlich dass eigentlich ein ganz anderes Motiv hinter diesem Antrag steht – im Übrigen nicht ein Antrag des Finanzministers, sondern ein Antrag der Regierungsfractionen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Frage des Kollegen Schulz zulassen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Nein, ich möchte das jetzt gerne erst einmal zu Ende bringen.

Wir sollten uns einfach einmal an Realitäten orientieren. Die Hochrechnung, die Sie auf der Grundlage der Vermutung der baden-württembergischen Kollegin gemacht haben, kann ich Ihnen mit Zahlen, die bereits bestätigt sind, widerlegen. Es gibt durch die Betriebsprüfungen in Deutschland die Feststellung, dass ein Betrag von 200 Millionen € schon einmal sicher ist. Es geht hier um eine Hochrechnung, die man auf der Grundlage der Banken, bei denen das ermittelt worden ist, auf die gesamte Bankenlandschaft ausgedehnt hat. Deshalb können wir gerne

vom Zehnfachen reden. Dass der Verband der Erbenmittler bis zu 9 Milliarden €, glaube ich, daraus macht, ist eine andere Sache. Wir sind sehr vorsichtig vorgegangen und haben das auf dieser Grundlage schon seit Längerem besprochen, seit Längerem auch in Arbeitsgruppen darüber beraten.

Diese Veröffentlichung der baden-württembergischen Kollegin Sitzmann ist also zu einem Zeitpunkt erfolgt, als wir die Grundlagen dazu schon lange hatten. Das ist aber auch egal. Ich finde es ja richtig, wenn wir gemeinsam in dieser Richtung vorgehen.

Falsch finde ich es jedoch, dass Sie jetzt auf der Fährte derer folgen, die eigentlich allen Grund hätten, in der gegenwärtigen Debatte dafür zu sorgen, dass sich ihr Ruf und ihre Glaubwürdigkeit endlich einmal wieder ein bisschen verbessern, und das sind die Banken.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Wollen Sie die Zwischenfrage des Kollegen Schulz zulassen?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Von mir aus machen wir dann jetzt erst die Zwischenfrage des Kollegen Schulz.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Sie hatten eben ausgeführt, dass es schlechterdings keine gute Sache sei, dass es Konten gebe, die 120 oder 130 Jahre bestünden.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, dass jemand rechnerisch 120 oder 130 Jahre alt sein müsste.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Ja.

Dietmar Schulz (fraktionslos): Ja, Konten, deren Inhaber rechnerisch 120 oder 130 Jahre alt sein müssten. Sie gehen also davon aus, dass es solche Konten gibt. Wie verhält sich das in dem von Ihnen so gelobten Antrag, dass Konten quasi gelöscht werden und die Banken das Geld irgendwann vereinnahmen, während auf der anderen Seite Konten existieren, deren Eigentümer möglicherweise schon vor 50 oder 60 Jahren verstorben sind?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Das kann ich Ihnen sagen: weil die Banken es nicht einheitlich handhaben.

Zum ersten beziehe ich mich auf einen Artikel in „SPIEGEL ONLINE“. Demnach gibt es einen Mann, der schon vor 71 Jahren verstorben ist. Er war verhältnismäßig jung, aber er müsste jetzt immerhin schon 109 Jahre alt sein und hat noch Post von seiner Sparkasse bekommen.

Der zweite Punkt ist: Wir stellen fest, was die Banken machen. Hier im Landtag wird ja geradezu befürchtet: Um Gottes willen; es könnte jetzt noch dazu kommen, dass am Ende, wenn Erben nicht aufzufinden sind, die Allgemeinheit in den Genuss dieses Erbes kommt; dann ist es besser bei den Banken aufgehoben.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da hätte ich allerdings eine andere Einschätzung. Ich würde die Banken dringend auffordern, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, dass diejenigen herausgefunden werden, denen das Geld wirklich gehört. Das ist die Absicht. Die lasse ich mir bei den Arbeiten, die wir bisher zu diesem Thema gemacht haben, auch nicht kaputt machen.

(Beifall von der SPD)

Dass das unterschiedlich gehandhabt wird, kann ich Ihnen ganz einfach erklären. Es gibt nämlich Banken, die diese Konten stillschweigend stehen lassen. Es gibt aber auch Banken, die sie ertragswirksam auflösen. In der Tat ist es so, dass sie sie als Eigenkapitalunterlegung nutzen können.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann ist es Eigenkapital!)

Das wird zum Beispiel sehr schön deutlich, wenn Sie heute in der „Westdeutschen Zeitung“ die Ausführungen von Herrn Pörner vom Bankenverband Nordrhein-Westfalen lesen, der hier einfach einmal unterstellt:

„Tatsächlich dürfte die Finanzverwaltung NRW auf eine Enteignung von Sparern abzielen, ...“

– Und Sie schlagen ja weiter in die gleiche Kerbe. –
Herr Pörner sagt selbst:

„Dass derartige Guthaben bei den Banken verbleiben und damit faktisch Eigenkapital und Gewinn mehren, ist so nicht richtig: Es handelt sich um eine steuerrechtliche Notwendigkeit, nach 30 Jahren so zu verfahren, ...“

(Stefan Zimkeit [SPD]: Oh!)

Wer diesen Satz liest, der weiß, was er gemeint und gesagt hat und wer ihm hier auf den Leim geht.

Deswegen kann ich an dieser Stelle nur noch einmal sagen: Die Banken und auch die Sparkassenverbände täten gut daran, solche Schreiben nicht zu schreiben, sondern sich schnellstmöglich mit uns an einen Tisch zu setzen und den Zielsetzungen und

Aufgaben, die der Antrag enthält, zu folgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister Dr. Walter-Borjans. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über den **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/13538** ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – CDU, FDP, die Fraktion der Piraten und der fraktionslose Kollege Schulz. Gibt es Enthaltungen? – Es ist keine Enthaltung zu erkennen. Gleichwohl ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Zweitens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/13652** ab. Wer stimmt dieser Entschließung zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, CDU, FDP und Herr Schulz, fraktionslos. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit breiter Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

3 Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen: Landesregierung darf Kommunen die Integrationspauschale des Bundes nicht länger vorhalten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13533

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13638

Schneller, als die Polizei erlaubt, ist er schon am Pult. Herr Kuper hat für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

André Kuper (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen, Wochen und Monaten sind Hunderttausende von Flüchtlingen zu uns nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Nun ist es extrem wichtig, dass diese Menschen gut integriert werden. Hierfür brauchen die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden eine ausreichende finanzielle Ausstattung und Finanzunterstützung.

Derzeit gibt es zwar Kostenerstattungen für den Flüchtlingsbereich, also für Unterkunft und Versorgung, aber eben nicht für den integrativen Bereich. Aber ohne eine ausreichende Finanzierung der Integrationsarbeit erfolgt eine Integration nach Kassenlage der Kommunen – und das kann es nicht sein.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, bislang waren wir uns hier im Plenum eigentlich einig in der Beurteilung, dass die Integration vor Ort geleistet wird und die Kommunen dafür auch eine finanzielle Ausstattung brauchen. Auch Sie in den regierungstragenden Fraktionen haben das so gesehen

Zuletzt haben Sie in Ihrem Entschließungsantrag zum Integrationsplan für NRW noch einmal ausgeführt – ich zitiere –:

„Auch künftig muss das Land [...] sicherstellen, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen finanziell so ausgestattet sind, dass sie die Aufgabe der Integration der Flüchtlinge bewältigen können.“

Diesen Worten müssen Sie nun Taten folgen lassen. Daran werden Sie gemessen. Doch da ist derzeit Fehlanzeige.

(Beifall von der CDU – Josef Hovenjürgen [CDU]: Jawohl!)

Vorbeugend sage ich an dieser Stelle auch schon einmal in Richtung der Kollegen Hübner und Krüger: Wir diskutieren bei diesem Tagesordnungspunkt nicht über Flüchtlingskosten, auch nicht über die Unterbringung und Versorgung und auch nicht über dementsprechende Finanzanteile von Bund und Land oder deren Verteilung. Hier geht es um die Kosten der integrationsfördernden Maßnahmen – und da zeigen Sie keinerlei Engagement.

Die Bundesregierung hat Ihnen in den letzten Wochen und Monaten einiges an Geldsegen gebracht. NRW wird noch einmal 1 Milliarde € für die Unterbringung der Flüchtlinge und 434 Millionen € speziell als Integrationspauschale des Bundes bekommen.

Ihr SPD-Parteivorsitzender, Wirtschaftsminister Gabriel, sagte – ich zitiere –, dass gerade die Mittel der Integrationspauschale des Bundes auch für die Kommunen gedacht sind.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Christina Schulze Föcking [CDU])

Und wie wird das in NRW umgesetzt? Alles in den Landeshaushalt! Weiterleitung zu den Kommunen: Fehlanzeige, null.

Vizepräsident Oliver Keymis: Lieber Herr Kuper, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dahm?

André Kuper (CDU): Am Ende gern; im Moment nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Am Ende?

André Kuper (CDU): Ja, klar. – Andere Bundesländer haben eine Weiterleitung beschlossen oder angekündigt. Beispielsweise geben Baden-Württemberg zwei Drittel sowie das Saarland und Rheinland-Pfalz ein Drittel der Pauschale weiter.

Selbst Ihr kommunalpolitischer Sprecher auf Bundesebene, Bernd Daldrup, sagte, hier bestehe noch Diskussionsbedarf mit den Kolleginnen und Kollegen in NRW; er hoffe darauf, dass er sich mit ihnen noch verständigen könne. Das warten wir einmal ab.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das gelingt nicht!)

Aber wenn Sie, meine Damen und Herren, in die gesamte kommunale Familie hineinschauen, dann können Sie feststellen, dass alle Oberbürgermeister, egal ob CDU oder SPD, die Weiterleitung fordern. Sie verweigern sich an der Stelle.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie an der einen oder anderen Stelle erklären, Teile dieses Bundesgeldes nach Ihrem Gutdünken für spezielle Landesprojekte einsetzen zu wollen, dann verkennen Sie von Rot-Grün einmal mehr, dass jede Region und die Anforderungen im Land sehr unterschiedlich sind.

Stattdessen setzen Sie wieder einmal auf zentrale Gleichmacherei und Regulierungspolitik. Sie wollen mit dem goldenen Zügel auch im Integrationsbereich jeden Cent und Euro steuern und sagen, wofür das Geld zu verwenden ist. Dadurch werden viele ehrenamtliche Tätigkeiten und Aktivitäten vor Ort nicht pragmatisch möglich. Das ist Verhinderungspolitik und nicht Integrationspolitik.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, im Ergebnis reden Sie als Landesregierung und regierungstragende Fraktionen zwar von der Wichtigkeit der Integration, machen sich aber bei den Taten einen schlanken Fuß und wollen hier immer wieder mit leierkastenartige Phrasen aus der Vergangenheit ablenken.

Das wird Ihnen nicht gelingen. Damit lassen wir Sie nicht durchkommen. Leiten Sie die Pauschale an die Kommunen weiter, damit an dieser Stelle positiv für die Integration gearbeitet wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt möchten Sie noch eine Zwischenfrage zulassen?

André Kuper (CDU): Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann machen wir ausnahmsweise aus der Zwischenfrage eine Endfrage. – Bitte schön, Herr Dahm.

Christian Dahm (SPD): Vielen Dank, Herr Kuper, dass Sie am Ende Ihrer Rede die Zwischenfrage noch zulassen. – Sie haben ja beeindruckende Zahlen dargelegt. Können Sie mir sagen, wie hoch der Anteil des Bundes an den gesamten Kosten für das Land Nordrhein-Westfalen ist? Und wie bewerten Sie das?

André Kuper (CDU): Herr Dahm, jetzt habe ich eigentlich mit einer intelligenteren Frage gerechnet,

(Beifall von der CDU)

weil ich ja schon vorbeugend in Richtung der Kollegen Hübner und Krüger gesagt habe: Wir reden hier nicht über Flüchtlingskosten und deren anteilige Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen, sondern über die Integrationspauschale.

Es geht um die Aufgabe der Integration. Da ist bis jetzt Fehlanzeige bei Ihnen. Der Bund wird seiner Verpflichtung gerecht. Die Pauschale soll entsprechend weitergeleitet werden. Das ist hier und heute unsere Forderung. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kuper. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Hübner.

Michael Hübner (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kuper, ich bin ein bisschen schockiert, dass Sie behaupten, dass der Bund seiner Gesamtverantwortung gegenüber den Flüchtlingen gerecht wird. Herr Dahm hat ja gerade mit seiner Zwischenfrage versucht, ein bisschen Sachlichkeit in Ihren Vortrag hineinzubekommen, indem er Sie eindeutig nach den Quoten der Bundesbeteiligung und den Quoten für die Städte, die das natürlich in erster Linie – wofür wir uns ganz herzlich bedanken – zu organisieren haben, gefragt hat.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Jetzt möchte ich die Chance nutzen, Ihnen diese vorzuhalten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Haben Sie schon Spaß an einer Zwischenfrage, Herr Kollege? Herr Dr. Optendrenk hätte eine.

Michael Hübner (SPD): Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett von Ihnen. – Bitte schön, Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege, Sie möchten ja Sachlichkeit in diese Debatte bringen. Daher frage ich Sie, ob Sie mir zustimmen, dass der Bund insbesondere unter Führung des Auswärtigen Amtes für 2016 und 2017 jeweils 21 Milliarden € für die Flüchtlingskosten ausgibt und unter diesem Gesichtspunkt die Aufwendungen des Bundes sogar höher sind als die des Landes, selbst wenn wir die Bundeszuweisung herauslassen.

Michael Hübner (SPD): Das Letzte habe ich akustisch nicht verstanden, Herr Kollege Optendrenk.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Inhaltlich auch nicht! – Gegenruf von Hans-Willi Körfges [SPD]: Das liegt am Fragesteller!)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich wiederhole: Sind Sie mit mir der Meinung, dass der Bund seine Verantwortung für die Flüchtlingskosten – 21 Milliarden € in 2016, 21 Milliarden € in 2017 – unter wesentlicher Beteiligung insbesondere des SPDgeführten Auswärtigen Amtes wahrnimmt, und zwar unabhängig davon, dass die Kosten, die wir hier als Land und Kommunen natürlich auch haben, auch belastend für den Haushalt sind?

Michael Hübner (SPD): Ich bin nicht der Auffassung, dass der Bund seine Verantwortung in voller Höhe übernimmt. Sie kennen die Forderung, die wir hier gemeinschaftlich formuliert haben, dass es eine Kostenbeteiligung von 50 % geben soll.

Bei der Beteiligung, die Sie gerade benannt haben, haben Sie von einem bestimmten Bundesministerium gesprochen. Das spielt überhaupt keine Rolle. Es ist immer das Gesamtkabinett, das eine Entscheidung herbeiführt.

Unsere Haltung ist klar: Wir wollen 50 % der flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen in den Ländern und in den Kommunen übernommen haben.

(Beifall von der SPD)

Ich mache Ihnen das an einigen Zahlen deutlich: Wir haben im Landeshaushalt 2015 etwa 1,5 Milliarden €, die durch den Bund gedeckt sind. Das entspricht 27,2 %. 2016 – Herr Kollege Kuper, Sie müssen sich das schon anhören – liegt der Aufwand bei 4,6 Milliarden €. Durch Bundeszuschüsse werden 38,7 % gedeckt. Für 2017 prognostizieren wir 4,2 Milliarden €. Gedeckt sind dann leider wieder nur 20 %.

Die Kurve geht nicht nach oben, Herr Kuper, wie wir uns das wünschen würden, sondern nach unten. Das

zeigt, dass der Bund seiner Verantwortung in keinerlei Art und Weise gerecht wird.

(Beifall von der SPD)

In einem Punkt möchte ich die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundeskanzlerin loben. Sie haben nämlich Mitte dieses Jahres vereinbart, dass die flüchtlingsbedingten KdU den Kommunen abgenommen werden müssen.

Ich finde es eine wichtige Botschaft für unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen, dass wir es erreicht haben, bis zum Jahr 2019 den Wechsel von dem einen System der Flüchtlingsaufnahme in das andere System der Sozialkosten nicht dazu führen zu lassen, dass es zu echten harten Einschnitten aufseiten der Kommunen kommen muss. Das finde ich ein richtiges Signal.

Das beugt auch dem vor, dass solche Auftritte wie der von Herrn Laschet heute Morgen, mit denen man versucht, postfaktisch alles niederzumähen, von einer politischen Partei, die Gott sei Dank heute nicht hier im Plenum sitzt, falsch genutzt werden können.

Wir unterstützen nach einem langen Diskussionsprozess zum Thema „Integrationsplan für NRW“, den wir hier im Plenum eigentlich sehr sachbezogen geführt haben ... Ich darf Sie auch daran erinnern, dass wir das erste Bundesland waren, das einen solchen Integrationsplan vorgelegt hat.

Wir waren nicht diejenigen, die hinterhergelaufen sind, sondern wir waren diejenigen, die vorangegangen sind und gesagt haben: Was sind denn die Aufwendungen in den Kommunen? Was müssen wir beispielsweise dafür tun, dass wir weiterhin Sprachkurse über unsere Volkshochschulen ermöglichen? Wie können wir die Volkshochschulen entsprechend entlasten?

Das haben wir in den Integrationsplan geschrieben. Dafür gebührt übrigens unseren Kollegen aus dem Fachbereich, die entsprechend zugearbeitet und sich sehr dezidiert angesehen haben, wo die Kommunen Unterstützung benötigen, unser Dank.

Das sind eben nicht nur die Fragen von Lehrern, die wir aber natürlich auch anerkennen und sagen: Wir müssen mehr Lehrerstellen zur Verfügung stellen. – Auch das haben wir angestoßen.

(Lachen von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wir haben gesagt: Wir müssen die Integrationszentren stärken, die im Land Nordrhein-Westfalen ein einmaliges Angebot darstellen. Andere Bundesländer sehnen sich nach diesen Unterstützungsleistungen.

(Lachen von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wir haben diese Integrationszentren im Land Nordrhein-Westfalen. Das haben wir als Erste mit dem Integrationsplan für NRW auf den Weg gebracht. Wir unterstützen damit die Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie unternehmen hier einen billigen Versuch, indem Sie sagen, es gebe nur eine einzige Unterstützung seitens des Bundes, nämlich die 434 Millionen €, die ganz häufig ins Feld geführt werden, um die Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. Das ist falsch und bleibt falsch.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Dabei müssen Sie bitte viel stärker alle unsere Programme in den Blick nehmen, die wir hier vorgelegt und auf den Weg gebracht haben. Ich bitte Sie, eine realistische Einschätzung zur Unterstützung des Bundes vorzunehmen.

Wir freuen uns über jeden Euro, der dazukommt. Aber der größte Aufwand wird hier durch das Land und die Kommunen erbracht. Bitte sorgen Sie in Ihrer Bundestagsfraktion mit dafür, dass es vonseiten des Bundes mehr wird. Bisher ist das zu wenig. Das wird auch nicht durch Ihre heute Morgen aufgeworfene Fragestellung verdeckt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Scharrenbach?

Michael Hübner (SPD): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Scharrenbach.

Ina Scharrenbach (CDU): Vielen Dank, Herr Hübner, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe eine einfache Fragestellung an Sie: Werden Sie als SPD-Fraktion heute dem Antrag der CDU-Fraktion, die 434 Millionen € in 2016 noch vollständig an die Städte und Gemeinden weiterzugeben, zustimmen?

(Zuruf von der SPD: Das sind viel mehr!)

Michael Hübner (SPD): Frau Kollegin Scharrenbach, wir haben uns ja häufiger zusammengesetzt, zuletzt in unterschiedlichen Sachverständigenanhörungen. Ich kann ja die Strategie der Opposition verstehen.

(Zuruf von Ina Scharrenbach [CDU])

– Ich darf die Frage so beantworten, wie ich das für richtig halte, Frau Kollegin.

(Beifall von der SPD)

Ich kann ja Ihre Haltung verstehen, dass Sie sagen: Wir müssen jetzt Testimonial-Fragen machen – nach dem Motto: Finden Sie den Landesentwicklungsplan gut oder schlecht, lieber Sachverständiger?

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist der PUA-Modus! Da kommt sie nicht raus!)

Wenn Sie so vereinfacht diskutieren, tun Sie genau das, was Ihr Fraktionsvorsitzender vorhin auch getan hat. Sie leisten dann nämlich den Populisten Vorschub, indem Sie postfaktisch argumentieren.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Ich will es einmal freundlich formulieren: Das ist das Letzte an sachlicher Auseinandersetzung. In dieser Art und Weise wollen wir das auch in so einer Frage nicht.

Nein, Frau Scharrenbach; wir werden das ablehnen.

(Beifall von der SPD und Karin Schmitt-Promny [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Krüger.

Mario Krüger (GRÜNE): Meine Damen, meine Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Herr Präsident! Wenn man sich die Anträge von CDU und FDP ansieht und hier zu einer Einschätzung kommen will, kann man nur eines dazu sagen: Sie versuchen, hier einen Popanz aufzubauen – nicht mehr und nicht weniger.

(Zuruf von der SPD: Genau! – Josef Hovenjürgen [CDU]: An alle Bürgermeister! – Weitere Zurufe)

Sie behaupten, wir würden die Kommunen mit den flüchtlingsbedingten Aufwendungen im Regen stehen lassen. Mitnichten ist das der Fall.

(André Kuper [CDU]: Falsch! Mit Integration!)

– Dazu gehört sicherlich auch das Themenfeld „Integration“.

(Zuruf von der CDU: Nur!)

Ich empfehle Ihnen, dazu einmal einen Blick in den Haushaltsplan 2016 zu werfen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben für flüchtlingsbedingte Ausgaben unter Einbeziehung der Nachträge insgesamt 4,6 Milliarden € in den Haushaltsplan 2016 eingestellt. Davon erhalten die Kommunen 2,8 Millionen € – allein im Bereich der pauschalierten Zuweisung nach FlüAG

2,1 Milliarden €. Die Bundesbeteiligung lag bei gerade einmal 1,4 Milliarden € oder, anders formuliert, bei gerade einmal 30 %. Das ist die Wahrheit.

Wir haben mit den Kommunen beispielsweise zum Thema „FlüAG“ vereinbart, dass wir zum Stichtag 1. Januar 2016 pauschaliert die Mittel zur Verfügung stellen.

Ich kann mich an Ihre Regierungszeit bis 2010 erinnern – ich hoffe, dass es keine Fortsetzung davon geben wird –, in der Sie unter anderem zurückgehende Aufwendungen zum Anlass für Kürzungen genommen haben. Also müsste man normalerweise – Bezug nehmend auf das Haushaltsjahr 2016 – entsprechende Zuwendungen der Kommunen in Abhängigkeit zu den Flüchtlingszahlen herunterfahren. Das war Ihre Herangehensweise, die ich bis 2010 in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Dortmund regelmäßig wahrgenommen habe.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Nettelstroth [CDU]: Die Integrationskosten nehmen zu!)

Nun gehen wir einmal einen Schritt weiter, Herr Nettelstroth. Schauen Sie sich den Entwurf zum Haushaltsplan 2017 an. Wir reden von Gesamteinnahmen aus der Beteiligung des Bundes in Höhe von etwa 856 Millionen €. Wir stellen den Kommunen insgesamt 2,3 Milliarden € zur Verfügung. Unsere Aufwendungen insgesamt liegen bei 4,2 Milliarden €. Oder anders formuliert: Das Land bleibt auf einer Nettobelastung von 3,3 Milliarden € sitzen.

Herr ... Wo ist er? Christian? Nein, nicht Christian; Michael. Michael, bei der Nettobelastung hast du völlig recht: Der Anteil des Bundes an den Aufwendungen beträgt gerade einmal 20 %.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Wer hat jetzt recht? – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Immer ich! – Heiterkeit)

Wir haben im September dieses Jahres einen Integrationsplan beschlossen. In diesem Zusammenhang haben wir handlungsorientiert ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um dem Thema „Integration“ Rechnung zu tragen.

Wir machen damit deutlich, dass die Integrationspolitik von uns als Querschnittsaufgabe gesehen wird, die oberste Priorität besitzt. Das können Sie auch sehr wohl sowohl im Haushaltsplan 2016, und zwar im zweiten Nachtragshaushalt, als auch im Haushaltsplan 2017 nachvollziehen.

Ich nenne ein paar Beispiele, die zeigen, wo das Land zielorientiert seiner Verantwortung nachkommt.

Das ist beispielsweise beim Ausbau des Bildungsangebots der Fall. Integration wird zum Beispiel auch durch Weiterbildung verwirklicht. Die Ausweitung beträgt rund 400 Stellen. Das macht 20 Millionen € aus.

Mit Blick auf die frühkindliche Bildung gilt: Mehr als 30 % sind jünger als 18 Jahre. Dieser Bereich wurde von 5 Millionen € auf 30 Millionen € aufgestockt.

Außerdem gibt es kleinere Angelegenheiten, zum Beispiel 400.000 € für den Aufbau eines mehrsprachigen Internetportals.

So geht das in einem durch. Das heißt: Wir sind nicht der Auffassung, dass man in diesem Zusammenhang mit pauschalierten Zuweisungen den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung tragen kann, sondern wir stellen ganz bestimmte Angebote zur Verfügung, durch die die entsprechenden Bedürfnisse abgedeckt werden.

Das ist die Herangehensweise von Rot-Grün. Da sind wir auch gut beraten – zumindest nach den Stimmen, die wir aus dem kommunalen Raum wahrgenommen haben.

Jetzt komme ich zu den netten Briefen, die Sie geschildert haben, von diversen Hauptverwaltungsbeamten etc. Ich hatte vor ungefähr drei oder vier Wochen ein Gespräch mit jemandem aus dem Kreis der kommunalen Spitzenverbände, der in der Hierarchie relativ hoch angesiedelt ist. Er hat mir gegenüber bezogen auf die Frage der Weiterreichung von Mitteln des Bundes formuliert:

Seit 2010 hat das Land nicht irgendwelche Mittel abgeschöpft, sondern diese Mittel eins zu eins weitergereicht. Das unterscheidet die jetzige Landesregierung sehr wohl von der damaligen schwarz-gelben Regierung. Wenn wir heute als kommunale Spitzenverbände eine Beteiligung bei den Integrationspauschalen fordern, Herr Krüger – so waren seine Worte –, dann müssen wir das tun. Es gibt entsprechenden Druck aus der kommunalen Familie. Eigentlich ist die Frage, ob wir hier einen Anspruch haben, zu verneinen; denn uns ist klar, dass die entsprechenden Gelder in Höhe von 434 Millionen €, die der Bund zur Verfügung stellt, ausschließlich zur Entlastung der Landeshaushalte vorgesehen waren. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Krüger. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne mit einer Bemerkung anfangen: Ich finde den permanenten Gebrauch des Wortes „postfaktisch“ doch reichlich unterkomplex.

(Vereinzelt Beifall)

Das musste ich einfach einmal loswerden. – Jetzt will ich natürlich zur Sache sprechen.

Wir alle wissen – dafür sind wir auch dankbar –, was in den Kommunen an Integrationsarbeit geleistet wird. Wir wissen, was dort im Bereich der Unterbringung und im Bereich der Erstversorgung geleistet worden ist. Das haben wir alle gemeinsam nur schaffen können, weil die Kommunen und vor allem das Ehrenamt vor Ort so stark waren. Dafür sind wir sehr dankbar.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deswegen ist es auch wichtig, dass die Kommunen für die Integrationsarbeit, die dort vor Ort geleistet wird, jetzt entsprechend ausgestattet werden. Dazu gehört es auch, dass Bundesmittel, die für das Land und die Kommunen vorgesehen sind, dann auch anteilig an die Kommunen weitergegeben werden. Unsere Kritik an Rot-Grün ist, dass das eben nicht passiert.

Ich sage aber auch in Richtung der antragstellenden Fraktion der CDU, dass sie es sich an dieser Stelle zu einfach macht, indem sie sagt: 100 % der Mittel winken wir jetzt an die Kommunen durch. – Denn das ist nicht der eigentliche Sinn dieser Integrationspauschale, die ja für Land und Kommunen gedacht ist.

Wir haben hier ja über den Integrationsplan verhandelt. Wir haben ihn abgelehnt, weil wir uns in wesentlichen Punkten Dinge anders gewünscht haben.

Natürlich ist beispielsweise unsere Kernforderung nach einer erweiterten Schulpflicht für Flüchtlinge bis zu einem Alter von 25 Jahren auch mit Kosten für das Land verbunden. Das können wir nicht negieren.

Deswegen würden wir uns einen überarbeiteten Integrationsplan wünschen, der auch klarer definiert, was die Aufgaben der Kommunen sind und was die Aufgaben des Landes sind, um zukünftig auch dafür zu sorgen, dass die Kommunen auskömmlich alimentiert werden, damit sie die Integrationsarbeit, die ja vor allem vor Ort geschieht, dann auch entsprechend umfassend gestalten können.

Wir haben Ihnen das noch einmal ausführlich in unserem Entschließungsantrag dargelegt.

Bei der Abstimmung über den Antrag der CDU werden wir uns enthalten, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, dass natürlich ein Teil dieser Gelder an die Kommunen gehen muss, aber nicht 100 %. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Piratenfraktion hat nun Herr Sommer das Wort.

Torsten Sommer (PIRATEN): Einen wunderschönen guten Tag! Herr Präsident! Meine sehr verehrten

Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Tribüne und natürlich im Stream! Integration ist wichtig, extrem wichtig. Ich denke, das können wir alle unterschreiben. Integration wird in den Kommunen geleistet. Auch das können wir alle unterschreiben. Sie wird vor Ort geleistet. Es muss entsprechendes Geld dafür vorhanden sein, aber natürlich auch entsprechendes Know-how.

Kollege Dr. Stamp hat gerade schon den Integrationsplan angesprochen. Auch wir waren mit dem hier vorgelegten Integrationsplan nicht zufrieden und hätten uns da erheblich mehr gewünscht. Demensprechend tun wir uns jetzt schwer damit, zu sagen: Wir möchten diesen Integrationsplan direkt mit der Weiterleitung der Gelder aus dem Bund unterstützen.

Ich denke, dass wir diese Gelder nutzen müssen, um das, was in diesem Integrationsplan fehlt, noch nachzubessern. Das sind Deutschkurse ab dem ersten Tag. Das sind auch Kurse und Integrationsbemühungen für Menschen, die in Ihren Anträgen gar nicht auftauchen. Es geht nämlich nicht nur um anerkannte, sondern auch um geduldete Personen.

Wir haben hier in diesem Land und auch in der gesamten Bundesrepublik geduldete Personen, die teilweise schon Jahrzehnte bei uns leben. Auch diese Menschen verdienen eine Integration. Darum kommen wir nicht herum. Wir können nicht immer so tun, als würden wir sie in den nächsten zwei Tagen abschicken – und dann sind sie doch 20 Jahre bei uns.

Das ist das Gegenteil von Integration. Genau dies fördert Parallelgesellschaften. Es fördert Unzufriedenheit – sowohl bei denjenigen, die wir außen vor lassen, als auch bei denjenigen, die schon immer hier leben.

(Beifall von den PIRATEN)

Herr Dr. Stamp, jetzt komme ich zu Ihrem Antrag. Viele der darin enthaltenen Punkte finde ich extrem unterstützenswert und würde ich direkt so unterschreiben.

Aber die Schulpflicht bis zum Alter von 25 Jahren passt nicht. Wenn wir uns da auf ein Schulrecht einigen könnten, wäre ich sofort dabei. Eine Pflicht macht nämlich vielfach keinen Sinn. Dann müssten wir zumindest Ausnahmen für diejenigen vorsehen, bei denen sie keinen Sinn macht. Sonst müsste beispielsweise ein 23-Jähriger, der vielleicht schon eine Ausbildung absolviert hat und direkt als Kfz-Mechaniker anfangen könnte, hier in die Schule gehen. Da würde die Schulpflicht greifen. Das wollen wir nicht. Ich kann mir eigentlich auch nicht vorstellen, dass Sie das wollen.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Insofern sollten wir uns auf ein Schulrecht einigen. Dann sind wir d'accord.

Dem Antrag der CDU kann ich gar nichts abgewinnen. Selbst wenn Sie jetzt sagen, dass Sie für das Jahr 2016 alles durchleiten wollen, machen Sie für 2017 und 2018 wieder einen Eiertanz; denn dann soll es für jeden Flüchtling pauschal 1.000 € geben.

Mit diesen Pauschalen läuft es nicht so gut. „Pauschal“ ist das, was im technischen „universal“ ist. Es passt nie. – Mit diesen Pauschalen können wir am Anfang arbeiten und sagen: Ihr bekommt einen gewissen Geldbetrag, um eine gewisse Leistung zu bringen. Aber wir müssen das hinterher nachträglich trotzdem noch ordentlich abrechnen. Denn bei jeder Kommune funktioniert die Integration im Detail doch etwas anders – egal was für einen tollen Integrationsplan wir hier auch immer machen.

Dementsprechend macht es keinen Sinn, jetzt zu sagen: Wir leiten einfach mal alles durch, im nächsten Jahr gibt es pro Kopf 1.000 € und im übernächsten Jahr noch einmal 1.000 €. Und wenn die Zahl der Antragsteller bzw. Berechtigten unter 434.000 liegt, geht das alles wieder – und zwar ohne jede Zweckbindung – in den Landeshaushalt. Das steht in Ihrem Antrag, macht aber keinen Sinn. Dementsprechend kann ich meiner Fraktion wirklich nur sagen: Lehnt das ab! Es ist sinnfrei; es ist keine Lösung; das hilft niemandem.

Lassen Sie uns weiter an einem sinnvollen Integrationsplan arbeiten, an den Add-ons, die im aktuellen Integrationsplan fehlen. Das sind folgende Punkte: Qualifikation weiter anpassen; Sprachbarrieren ab dem ersten Tag abbauen; Arbeit ermöglichen – so schnell wie möglich –; Schulrecht und keine Schulpflicht; und lassen Sie uns die Geduldeten dazunehmen und nicht nur diejenigen berücksichtigen, die hier direkt ihre Anerkennung bekommen!

Dann sind wir d'accord. Dann haben wir eine Lösung für die Zukunft, die allen hilft, sowohl den Geflüchteten wie auch den Menschen hier. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sommer. – Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans, spricht.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt hier drei Argumentationsstränge: ein absolut realer und nachvollziehbarer; zwei dagegen sind glatt absurd.

Der erste, nachvollziehbare Argumentationsstrang lautet: Ja, unsere Kommunen leisten eine hervorragende Arbeit bei der Aufnahme, der Unterbringung, der Versorgung und auch der Integration von Flüchtlingen.

Unsere Kommunen haben nicht nur durch diese Aufgabe eine enorme finanzielle Belastung, sondern

auch durch viele Gesetze, die in Berlin beschlossen werden und auch die Haushalte in den Kommunen belasten. Ich war selbst Kämmerer einer Stadt und weiß, in welchem Umfang die Kommunen dadurch belastet sind, dass es gesetzliche Vorgaben gibt. Und die kommen im Regelfall nicht aus Düsseldorf, sondern aus Berlin.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU:
Vom Land!)

Die Frage ist: Wie ernst nimmt es denn der Bund bzw. der Bundesfinanzminister – den Sie von der Opposition so oft loben – mit seiner Aufgabe? Er sitzt auf seiner Kasse und sagt: „Für mich ist die schwarze Null das Entscheidende, und ihr müsst gucken, wie ihr zurechtkommt!“ – Und alles, was er gibt, gilt als Gnade. – Und wenn man sagt: „Das reicht nicht, weil du dich nicht an den Kosten beteiligst, die ihr mitverursacht habt bzw. die aufgrund von Bundesentscheidungen zustande gekommen sind“, dann ist es die Undankbarkeit der Länder.

Interessanterweise – das wird ja häufig auch berichtet – sind es im Regelfall 16 Länder, die dann ganz unabhängig von der parteipolitischen Färbung sagen: Bund, was du da machst, geht nicht. – Das belastet die Länder in einer Weise, wie sie es nicht tragen können. Und es belastet die Kommunen in einer Weise, wie sie es nicht leisten können.

Für Herrn Schäuble gibt es dann Mitleidsbekundungen. Wenn aber das gleiche Spiel auf der nächsten Ebene passiert, weil die Länder unter Druck kommen und natürlich die Kommunen aller Farben sagen: „Wir brauchen jetzt Hilfe vom Land“, dann ist es nicht Undankbarkeit, sondern auf einmal ein Problem des Landesfinanzministers und nicht ein Problem, das die Kommunen haben. Der Landesfinanzminister ist dann nicht etwa derjenige, mit dem man Mitleid haben muss. Der hat dann angeblich zugeknöpfte Taschen.

An das Problem kann man nicht in der Weise herangehen, dass man versucht, den Landeshaushalt zum Schwamm zu machen, weil der Bundeshaushalt nicht leistet, die Kommunen aber die Lasten haben.

Ich komme jetzt zum Vorwurf, das Bundesgeld werde dann nicht weitergegeben; der Bund leiste ja. – Das ist an Absurdität wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall von der SPD)

Wie kann jemand, der 1,8 Milliarden € in seinen Haushalt bekommt und dann 2,8 Millionen € weitergibt, vom Bund etwas zurückbehalten? Das muss mir mal jemand vorrechnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das Land gibt 160 % dessen, was der Bund leistet, an die Kommunen weiter, und zwar für Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge.

(Beifall von der SPD)

Man sollte, wenn man für die Kommunen mehr verlangt, so ehrlich sein zu sagen: Dann müssen es mehr Landesmittel sein. – Mehr Bundesmittel können es ja nicht sein, weil die ja vollständig weitergegeben werden.

Sie alle kennen – ich habe das schon gesagt – die übergreifende Forderung der Länder nach einer mindestens hälftigen Bundesbeteiligung, und zwar nicht an dem, was der Bund im Mittelmeer macht, sondern in Bezug auf das, was Länder und Kommunen an sachlichen Aufgaben leisten. Das fällt in die finanzielle Verantwortung des Bundes, weil es sich um Aufgaben handelt, die durch internationale Krisen auf unser Land zukommen.

Dazu sagen wir – und nicht nur wir in Nordrhein-Westfalen – ganz klar: Es ist keine Bitte an den Bund, 50 % zu zahlen, sondern das ist ein Angebot. Es ist ein Angebot, dass wir das, was durch internationale Konflikte ausgelöst wird und sich bei uns auswirkt, zur Hälfte mittragen wollen. Und dazu stehen wir auch.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, ...

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich möchte jetzt erst einmal weiterreden.

Im Landeshaushalt stehen für diese Aufgaben 4,6 Milliarden €. Das sind Kosten, die das Land nicht beeinflussen kann, wenn es seine Verantwortung ernst nimmt. Und das tun wir. Die Bundesbeteiligung an diesen Kosten lag im Juni noch bei rund 20 %. Dann hat es zwei Ministerpräsidentenkonferenzen gegeben. Die eine hat beschlossen, was der Bund für die Kommunen gibt. Es versteht sich von selbst, dass das zu 100 % an die Kommunen geht.

Die zweite Ministerpräsidentenkonferenz hat – Sie sollten den Beschluss nicht nur lesen können, sondern auch lesen und verstehen wollen – darüber gesprochen, was der Bund, um ein Stück hin zu diesen 50 % zu kommen, den Ländern gibt. Es steht so im Beschluss; bitte nachlesen! Der Bund schafft es jetzt immerhin – mit dem, was er jetzt spitz abrechnet und an Integrationspauschale an die Länder zu deren Entlastung – wörtliches Zitat – gibt, auf 38 %, aber nicht auf 50 % zu kommen.

Ich kann nur sagen: Wenn wir von dem Prinzip „Was für die Kommunen ausgehandelt wird, ist für die Kommunen, und was für die Länder ausgehandelt wird, ist für die Länder“ abrücken wollen, dann ist das mit mir als Finanzminister nicht zu machen. Dann müsste ich jedes Mal mit den Kommunen einen schriftlichen Vertrag machen, wenn wir in Vorlage gehen und an die Kommunen etwas leisten. Das habe ich auch den Kommunalvertretern – auch denen der SPD – so deutlich gesagt.

Deswegen sollten wir hier nicht versuchen, uns im Anbieten zu übertreffen. Es geht darum, dass die

Kommunen Not haben. Darauf gehen wir ein. Mit 25 Milliarden € hat das Land noch nie so viel von seinem Haushalt an die Kommunen gegeben, wie diese Landesregierung und dieser Landtag mit dieser Mehrheit es tun!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, ...

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich möchte zum Schluss noch einen Punkt nennen, um zu entlarven, was plötzlich die Oppositionsfaktionen CDU und FDP als die großen Anwälte der Kommunen machen. Das ist doch lächerlich!

Ich nehme nur einmal das Beispiel der Grunderwerbsteuer. 2005 gab es am Ende der rot-grünen Regierung für die Kommunen 148 Millionen € Grunderwerbsteuer aus dem Landeshaushalt. Heute sind es 375 Millionen €.

(Ralf Witzel [FDP]: Das hat sich doch fast verdoppelt!)

– Ja, auch für die Kommunen. Wissen Sie, wie viel es war, als Sie regiert haben? Null, noch nicht einmal null, es waren sogar minus 170 Millionen €. Die haben Sie nämlich noch für die Konsolidierung des Landeshaushaltes abgezogen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So ernst ist es Ihnen mit der Wahrnehmung der Interessen der Kommunen.

Herr Optendrenk hat übrigens immer bemerkenswerte Tweets. Es gibt einen schönen Tweet von letzter Woche, in dem es heißt: Man wird hier an die Weisheit der Vorväter erinnert, dass der Wilddieb zum Förster wird. – Dazu kann ich nur sagen: Sie sind nur deshalb vom Wilddieb zum schlecht dargestellten Förster für die Kommunen geworden, weil Ihnen die Wähler 2010 die Flinte aus der Hand genommen haben. Ich kann nur hoffen, dass sich das nicht ändert. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Walter-Borjans. – Als nächster Redner hat sich für die FDP-Fraktion noch einmal Herr Dr. Stamp zu Wort gemeldet.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht mir im Grunde genommen nur um eine sachliche Richtigstellung, weil der Kollege Sommer vorhin die Frage nach der temporären Verlängerung der Schulpflicht angesprochen hatte, deren Umsetzung wir uns als ganz wesentlichen Punkt wünschen.

Sie haben gesagt, das könnte zum Problem werden, und zwar dann, wenn jemand, der eine Ausbildung hinter sich hat, noch einmal in die Schule muss. Das könnte ihn dann von einer geregelten Arbeit abhalten.

Wir haben ausdrücklich geschrieben, dass es um die Schulpflicht bis zum Abschluss einer Ausbildung für Flüchtlinge unter 25 Jahren geht. In unserem Entschließungsantrag steht also ausdrücklich, dass derjenige, der eine Ausbildung hat, selbstverständlich nicht noch einmal in die Schule gehen muss.

Uns geht es darum, diejenigen ausbildungsreif zu bekommen. Das ist der Wunsch – das darf ich an dieser Stelle noch einmal sagen – von Arbeitgebern, von Gewerkschaften, von der Opposition hier im Hause und von vielen Sozialdemokraten. Ich kann nur noch einmal dringend an Sie appellieren: Gehen Sie alle, insbesondere die Grünen, noch einmal in sich und denken Sie noch einmal darüber nach! Es wäre der richtige Weg.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das gibt es doch! Es gibt alle Zugänge bis 25 Jahre!)

– Nein, Frau Beer, Sie wollen nur ermöglichen, Sie wollen nicht verpflichten, weil es etwas kosten würde. Das sehen wir hier auch. Sie sind nicht bereit, die Gelder entsprechend an die Kommunen weiterzugeben,

(Beifall von der FDP und der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit!)

und Sie sind an der Stelle auch nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar erstens über den **Antrag** der CDU **Drucksache 16/13533**. Hier ist direkte Abstimmung beantragt. Wer also stimmt diesem Antrag zu? – Die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und die Fraktion der Piraten. Wer Enthält sich? – Es Enthält sich die FDP-Fraktion. Das ändert nichts am Ergebnis: Der Antrag ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/13638** ab. Wer stimmt dem zu? – Die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen dagegen. Wer Enthält sich? – CDU und Piraten enthalten sich. Die Koalitionsmehrheit ist gleichwohl die größere, und damit ist der Entschließungsantrag bei Enthaltung von Piraten und CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(Unruhe)

– Geht es auch ein bisschen leiser?

Ich rufe auf:

4 Unterhaltsvorschuss in Nordrhein-Westfalen – Alleinerziehenden helfen, Rückgriffsquote steigern, Kommunen entlasten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13528

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13656

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen muss im Bundesrat den drohenden Kommunalkollaps durch die geplanten Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes verhindern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13542

Ich sehe ihn zwar seit zweieinhalb Minuten nicht mehr, aber Herr Nettelstroth steht dafür schon am Pult.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich freue mich, dass Sie da sind. Sie haben für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Ralf Nettelstroth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns beschäftigt heute der Unterhaltsvorschuss, und zwar in erfreulicher Weise, denn der Bund plant, den Unterhaltsvorschuss von 12 auf 18 Jahre auszudehnen und die zeitliche Beschränkung von 72 Monaten aufzuheben. Das ist eine in sich sicherlich sehr begrüßenswerte Entwicklung.

Auf der anderen Seite fragen wir uns natürlich auch: Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Wir nehmen sehr wohl wahr, dass sich mit dieser Ausweitung der Berechtigten der Kreis derer, die demnächst einen entsprechenden Unterhaltsvorschuss beziehen werden, natürlich erheblich vergrößern wird.

Wir haben hierzu entsprechende Berechnungen vorliegen. Der Landkreistag rechnet allein für den kreisfreien Raum mit Mehrkosten in Höhe von mehr als 120 Millionen €. In meiner und der Heimatstadt der Ministerin, die gleich sprechen wird, in Bielefeld, werden die Mehrkosten von derzeit 4,4 Millionen € wahrscheinlich auf 14,8 Millionen € ansteigen. Das ist eine Verdreifachung. Das ist auch damit zu begründen, dass diejenigen, die zwischen 12 und 18 Jahre alt sind, einen höheren Bedarf haben und daher auch höhere Mittel zugewiesen bekommen müssen.

Meine Damen und Herren, warum diskutieren wir das heute in Anknüpfung an die Diskussion von eben? Wenn wir in Bayern, Brandenburg oder Schleswig-Holstein wären, dann müssten wir dazu keinen Antrag stellen, um die Beteiligung der Kommunen sicherzustellen; denn dort übernimmt das Land die Kosten zu 100 %. Nordrhein-Westfalen ist das einzige Land, das die Kommunen an den Unterhaltsvorschusskosten, die zu zwei Dritteln vom Land zu tragen sind, mit 80 % beteiligt. Mit 80 %, meine Damen und Herren!

Genau dahin geht unser Antrag, der mehrere Facetten hat. Er enthält zum einen die Forderung, dass zumindest die Mehrkosten, die entstehen, weil wir die Altersgrenze von 12 auf 18 Jahre ausdehnen, entsprechend kompensiert werden müssen. Diesbezüglich soll bitte entweder das Land oder aber das Land in Kooperation mit dem Bund darüber verhandeln, wie eine entsprechende Deckung gewährleistet werden kann. Zum anderen soll das Land von dem Gesamtaufwand ein Drittel der Kosten übernehmen, wovon wir auch noch weit entfernt sind.

Es geht nicht nur darum, dass mit der Leistungsausweitung mehr Aufwendungen verbunden sind, sondern es geht auch darum, dass natürlich auch weit aus mehr Aufwand damit verbunden ist. Schließlich muss eine Vielzahl von Mitarbeitern vor Ort eingestellt werden, um diese Mehranträge entsprechend zu bearbeiten.

Ein zweites Thema ist dabei der Bürokratieabbau. Es besteht leider die Situation, dass viele derer, die Unterhaltsvorschussleistungen in Anspruch nehmen dürfen, auch Sozialleistungen in Anspruch nehmen, und daher eine Doppelanspruchnahme der Verwaltung stattfindet. Wir sind der Auffassung, dass man das besser koordinieren sollte, damit man die Möglichkeit hat, die entsprechenden Leistungen ordnungsgemäß abzuwickeln.

Das setzt voraus, dass dieses hehre Ziel, zumindest im Bund schon zum 1. Januar 2017 dieses Gesetzesvorhaben umzusetzen, nicht zu erfüllen sein wird. Daraus resultiert unser Antrag, es bis zum 1. Juli umzusetzen, weil wir den Behörden und Kommunen vor Ort die Gelegenheit geben wollen, eine entsprechende Umstellung vorzunehmen, Personal aufzubauen und die sächlichen, personellen und datenmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Leistungen dann auch rechtzeitig entsprechend auszahlen zu können.

Meine Damen und Herren, ein anderer Aspekt ist dabei die Frage nach der Regressierung. In dem Moment, in dem Unterhaltsvorschussleistungen gezahlt werden, die eigentlich der Unterhaltspflichtige zu zahlen hätte, gehen diese Ansprüche auf denjenigen über, der zahlt. Das bedeutet, dass man zusehen muss, mehr Geld davon zurückzuholen. Die Quoten

liegen, unterschiedlich in den jeweiligen Gebietskörperschaften, in der Regel zwischen 20 und 30 %, wobei Bayern diesbezüglich auch wieder vorne liegt, weil sie dort sehr eng mit den Finanzbehörden zusammenarbeiten.

Deshalb sagen wir in einem Part unseres Antrages, dass wir zu einer verbesserten Zusammenarbeit kommen müssen. Als jemand, der damals selber Unterhaltsvorschussleistungen für Kommunen eingeklagt hat, kann ich Ihnen sagen: Darin liegt auch ein ganz großes Potenzial, weil oft einfach das Problem besteht, festzustellen, über welches Einkommen der Unterhaltspflichtige überhaupt verfügt. – Wenn man zu einer vernünftigen Zusammenarbeit käme, zum Beispiel mit den Finanzverwaltungen, hätte man ganz andere Rückgriffsmöglichkeiten.

Ich habe nicht mehr viel Redezeit, deshalb komme ich zum Schluss. Es besteht heute die Situation, dass unser Antrag zumindest in den Ausschuss geht. Wir werden ihn dort noch intensiv diskutieren können.

Es gibt allerdings auch noch einen Antrag der FDP, der gleich vorgestellt werden wird. Dazu werden wir uns enthalten, weil er sich im Wesentlichen auf die Frage bezieht, wie mit dem Gesetzesvorhaben umgegangen werden soll. Sie wissen, dass unsere Bundestagsfraktion den Gesetzentwurf erst einmal angehalten hat, um noch die Frage der Kostendeckung und Kommunalbeteiligung zu klären.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Ihre? Unsere!)

Von daher sehen wir nicht den Bedarf, es heute abzulehnen.

Dann gibt es noch einen Entschließungsantrag der Piraten. Dazu würden wir klar sagen, dass wir ihn ablehnen, weil wir natürlich die Maßnahme des Unterhaltsvorschusses für richtig halten, die Ausgestaltung aber noch diskutiert werden muss. Das machen wir im weiteren Verfahren. Daran können Sie sich beteiligen. Deshalb macht es heute keinen Sinn, ihn anzunehmen.

Ich darf mich entschuldigen, dass ich gleich nicht mehr da bin und der weiteren Diskussion nicht mehr folgen kann, weil ich noch eine Besuchergruppe habe. Ich bitte das zu entschuldigen. Ich werde es aber im Livestream nachher nachvollziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Nettelstroth. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlass unseres Antrags und der Debatte am heutigen Tag sind

die Änderungen beim Unterhaltsvorschussgesetz, auf die sich die Regierungschefs der Länder und der Bund im Oktober geeinigt haben. Es geht um die Aufhebung der derzeit gültigen Altersgrenze von zwölf Jahren, und es geht um die Aufhebung der derzeit bestehenden Befristung auf 72 Monate.

Das sind für sich genommen begrüßenswerte Maßnahmen und gute Ziele – das will ich gleich zu Beginn ganz deutlich sagen. Man muss sich aber die Frage stellen, was das konkret für Nordrhein-Westfalen bedeutet. Nach aktuellen Berechnungen des Landkreistages Nordrhein-Westfalen geht dieser mindestens von einer Verdopplung der Fallzahlen aus, was bei vorsichtiger Betrachtung zu zusätzlichen Kosten der kommunalen Seite im dreistelligen Millionenbereich führt.

Erschwerend kommt hinzu, dass das Gesetz geplant am 1. Januar 2017 in Kraft treten soll. Dazu erklärte für die Bundesregierung – in diesem Fall Bundesfamilienministerin Schwesig – gegenüber dpa am 24. November:

„Bundesfamilienministerin Schwesig hält noch in diesem Jahr eine Einigung über einen verbesserten Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende für möglich. Dazu müsse mit den Ländern und den Kommunen zügig weiter verhandelt werden ...“.

Wenn es dazu käme, bliebe den Kommunen also nicht einmal ein Monat Zeit, um die Verwaltungen auf die Auswirkungen vorzubereiten.

Unterm Strich, liebe Kolleginnen und Kollegen, käme die Änderung in der aktuell geplanten Form nur einem Akteur zugute: dem Bund. Vor allem die Kommunen ziehen hier mal wieder den Kürzeren. Darum warnen wir auch vor dem administrativen Kollaps in den Kommunalverwaltungen.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus meinem Heimatkreis Coesfeld, wo der Landrat Dr. Schulze Pellengahr von einem mindestens doppelt so hohen Personalbedarf in diesem Bereich ausgeht. Er weist völlig zu Recht, wie ich meine, darauf hin, dass es wohl kaum gelingen wird, in so kurzer Zeit das Personal zu gewinnen, rechtzeitig einzuarbeiten und die räumlichen und technischen Voraussetzung zu schaffen. Er schreibt an die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Coesfeld – ich zitiere –: Eine halbwegs bürgerfreundliche und rechtlich vertretbare Umsetzung so kurzfristiger und weitreichender Änderungen ist weder personell noch organisatorisch machbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den Kostenauswirkungen auf die Kommunen habe ich einiges gesagt – auch der Vorredner Kollege Nettelstroth hat darauf hingewiesen. Ich will noch einmal die Doppelbürokratie, die wir in diesem Bereich haben, erwähnen. Der Bundesrechnungshof hat sich damit ja auch schon näher auseinandergesetzt.

Wir meinen, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich gegen die jetzigen Pläne stellen muss, dass es das schnellstmöglich tun muss, dass es um eine zeitliche Verschiebung der Maßnahmen gehen muss und die dadurch gewonnene Zeit genutzt werden muss, um neu über die Kostenverteilung zu sprechen und so dem Konnexitätsprinzip auch wirklich Geltung zu verschaffen. Es kann nicht sein, dass der Bund hier eine Maßnahme beschließt, die nach Berechnungen den Bundeshaushalt in Höhe von 690 Millionen € entlastet und die Länder um fast 800 Millionen € belastet. Ein großer Teil – Nordrhein-Westfalens steht dabei leider an der Spitze – der Kosten, die im Land anfallen, würden dann an die Kommunen weitergeleitet. Das lässt die vom Bund zugesagten 5 Milliarden € Entlastung für die Kommunen in einem ganz neuen Licht erscheinen. Man würde mal eben ein ordentliches Stück von diesem Kuchen von vornherein wieder herausziehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wir bitten Sie darum ganz herzlich, unserem Antrag zuzustimmen, und bitten die Landesregierung, sich im Bundesrat und auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Maßnahme, die inhaltlich zu begrüßen ist, nicht dazu führt, dass sich der Bund massiv selbst entlastet und die Länder und damit auch die Kommunen massiv belastet werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Höne. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kämmerling.

Stefan Kämmerling (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum besteht beim Unterhaltsvorschussgesetz eigentlich ein Änderungsbedarf? In der Bundesrepublik gibt es 1,9 Millionen alleinerziehende Eltern mit etwa 2,3 Millionen Kindern. 90 % der Alleinerziehenden sind Mütter. Die Leistung von Alleinerziehenden für ihre Kinder und für unsere Gesellschaft ist enorm. Sie verdient unseren Respekt und unser Gehör.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Obschon oftmals gut ausgebildet und erwerbstätig, liegt ihr Armutsrisiko und das ihrer Kinder weit über dem von Paarfamilien. Ganz oft arbeiten diese Elternteile in Teilzeit, um ihre Kinderbetreuung und den Broterwerb unter einen Hut zu bringen. Die Situation verschärft sich, wenn ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt. In Deutschland gilt das für sage und schreibe rund 50 % der Fälle.

Bis heute ist es so, dass Kinder nur bis zur Vollendung des zwölften Lebensjahres einen Anspruch auf

Unterhaltsvorschuss haben. Dieser Unterhaltsvorschuss ist auf maximal 72 Monate begrenzt. Beide Grenzen sind willkürlich, und ich sage ganz klar: Sie gehören abgeschafft, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Genau hier setzt der Gesetzentwurf von Frau Ministerin Schwesig an, zu dem ich zusammengefasst sagen will: Danke für eine Initiative, die das Potenzial hat, die Chancen von Alleinerziehenden und deren Kindern endlich ein Stückchen gerechter zu gestalten. Die Einführung zum 1. Januar 2017 – das haben unsere Gespräche mit Vertretern der kommunalen Familie und der Spitzenverbände gezeigt – ist jedoch überambitioniert. Weder angepasste Verwaltungsabläufe noch ein notwendiger Personalaufwuchs lassen sich in der verbleibenden Zeit darstellen.

Zum Zeitplan und zur Finanzierung überhaupt. Die beiden hier heute vorgelegten Anträge von CDU und FDP bewundern zwar das Problem, lösen es aber auch nicht. Einige Aspekte der Rede von Herrn Höne, was die Verantwortung des Bundes betrifft, teile ich allerdings ganz ausdrücklich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wollen wir die Sache weiter gemeinsam seriös diskutieren – und ich unterstelle, dass wir alle das wollen –, dann müssen wir einen weiteren Player ins Auge fassen, nämlich den Bundesminister der Finanzen. Derzeit trägt der Bund 33,3 %, und die Länder tragen 66,6 % der Kosten. Rund 87 % der unterhaltsvorschussberechtigten Kinder leben aber in Bedarfsgemeinschaften mit SGB-II-Anspruch.

Was bedeutet das in der Praxis? Die Familie geht zum Jobcenter und beantragt SGB-II-Leistungen. Das Jobcenter kann dann gar nicht anders: Es verweist auf die Vorrangigkeit des Unterhaltsvorschusses und schickt die Familie zur Kommune. Die Kommune bewilligt Unterhaltsvorschuss, überweist den Betrag ans Jobcenter, und dieses sackt den Unterhaltsvorschuss ein, vermindert die SGB-II-Zahlung um diesen Betrag und zahlt dann an die Familie aus. Wird der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss also ausgeweitet, profitiert der Bund aufgrund der Vorrangigkeit vor den SGB-II-Leistungen, und die Länder und ihre Kommunen sind die Blöden.

Seriöse Schätzungen gehen von einer Einsparung im Bundeshaushalt von rund 700 Millionen € aus. Der Bund selber kalkuliert die Mehrkosten für die Länder auf 790 Millionen €. Einige Länder, die selber gerechnet haben, kalkulieren die Mehrkosten auf Länderseite mit 1,2 bis 1,6 Milliarden €. Für die Kommunen in NRW sind alleine im Personalbereich Mehrkosten von rund 40 Millionen € zu befürchten.

Wir können darum nur gemeinsam hoffen, dass die Position des christdemokratisch geführten Bundesministeriums für Finanzen nicht abschließend ist.

Das Land und Nordrhein-Westfalens kommunale Familie dürfen nicht Opfer des Spardiktats von Herrn Schäuble werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns bitte gemeinsam dafür einsetzen, dass dieser diskutierte und sinnvolle Gesetzentwurf und die Familien, für die er gemacht wurde, nicht das Opfer einer restriktiven bundespolitischen Sparpolitik von vorgestern werden! Ich setze auf die Ministerpräsidentenkonferenz am 8. Dezember 2016 und darauf, dass im Bundesfinanzministerium die Einsicht einkehrt, dass dieses so sinnvolle Vorhaben unserer Bundesfamilienministerin nicht umsonst zu haben ist. Wir alle gemeinsam sind das den Alleinerziehenden, ihren Kindern und deren Leistungen schuldig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kämmerling. – Für die Fraktion der Grünen spricht Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Kämmerling dankbar, dass er, nachdem die Opposition gesprochen hat, noch einmal deutlich gemacht hat, worum es hier eigentlich geht. Es geht um eine sozialpolitische Aufgabe. Es geht um die Situation, dass sich 82 % der Unterhaltspflichtigen in Deutschland ihrer Pflicht entziehen, finanziell für ihre Kinder aufzukommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es sind – wen wundert es – in der Regel die Väter, die ihrer Verantwortung ihren Kindern gegenüber nicht nachkommen. Die Zahlen belegen das: 80 bis 90 % der unterhaltspflichtigen Väter machen sich schlicht vom Acker. Hier spiegelt sich natürlich auch, dass es überwiegend die Frauen sind, die sich nach einer Trennung, nach einer Scheidung um die Erziehung der Kinder kümmern. Das bedeutet in der Folge oftmals Armut für sie und ihre Kinder. Wir wissen, dass die alleinerziehenden Frauen mit 40 % die am stärksten von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppe in Deutschland sind. Deshalb ist es richtig und sozialpolitisch notwendig, hier zu einer Lösung zu kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn an dieser Armutsproblematik ändert auch der Unterhaltsvorschuss – das ist das, mit dem der Staat einspringt, wenn in der Regel die Väter nicht zahlen wollen – im Moment wenig.

Finanziert werden nur 72 Monate, bezahlt wird höchstens bis zum 12. Lebensjahr. Da die Zahlungsmoral der Väter ab dem 12. Lebensjahr der Kinder

auch nicht zunimmt, ist es dringend notwendig, hier den Unterhaltsvorschuss auszuweiten. Deshalb begrüßen wir als Koalition – Herr Kämmerling hat es eben gesagt – ausdrücklich die Initiative der Bundesministerin Frau Schwesig. Für Nordrhein-Westfalen hat die Ministerpräsidentin Frau Kraft diese Neuordnung der Bund-Länder-Finzen ausdrücklich unterstützt.

Natürlich ist es richtig, dass wir neben dieser sozialpolitischen Aufgabe auch die finanziellen Interessen von Ländern und Kommunen im Auge haben müssen. Momentan finden zu diesem Gesetz Verhandlungen statt zwischen Bund und Ländern. Das sollte übrigens die CDU-Fraktion wissen, von der man ja erwarten könnte, dass sie auch hin und wieder mit ihrer Bundestagsfraktion spricht. Da zeichnet sich offenbar – wenn man das schon so sagen kann – ab, dass die neue Regelung nicht schon zum 1. Januar 2017 in Kraft tritt.

Im Übrigen besteht zwischen einer Vereinbarung, die abgeschlossen wird – die noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll, Herr Kollege Höne von der FDP –, und dem Inkrafttreten dann noch ein Unterschied. Wenn so etwas als Ziel formuliert wird, ist das noch keine Festlegung, wann dann ein Gesetz tatsächlich in Kraft tritt.

Weil ich gerade bei der FDP bin: Ich finde es schon – ich sag mal – ein bisschen hysterisch überzogen, angesichts des Finanzvolumens hier den finanziellen Kollaps der Kommunen an die Wand zu malen. Das ist eine überzogene Darstellung. Wir wollen die Interessen der Kommunen im Blick haben; das ist selbstverständlich. Ich finde es aber auch bezeichnend, dass im FDP-Antrag alles zur Sprache kommt – nur nicht die Situation der alleinerziehenden Mütter und alleinerziehenden Väter.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie sind aufgerufen, sich auch mal dieser sozialpolitischen Frage zu stellen und sich nicht nur hier einseitig um das Wohl der Kommunen zu kümmern.

Meine Damen und Herren, eines darf bei einer zukünftigen Lösung, die beides im Blick haben muss, nicht außer Acht gelassen werden: Der Staat darf seinen Rechtsanspruch gegenüber den säumigen Unterhaltspflichtigen – das sind in der Regel die Väter – nicht aufgeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass der Staat dauerhaft finanziell für diejenigen eintritt, die sich einfach aus dem Staub machen. Dem Staat darf es nämlich nicht egal sein, wenn über 500.000 alleinerziehende Frauen im Stich gelassen werden. Der Unterhaltsvorschuss ist nur ein Vorschuss, der kann und der sollte auch zurückgeholt werden.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Das heißt, wir brauchen eine Lösung, die die Verantwortung der säumigen Väter nicht außer Acht lässt, zugleich aber auch – da sind wir wieder bei den Interessen von Ländern und Kommunen – ein Anreizsystem schafft, die jetzigen Rückholquoten zu verbessern.

Eines ist klar: Zwischen Bund und Ländern muss man zu einem Ergebnis kommen, das erstens die Interessen der alleinerziehenden Frauen berücksichtigt und zweitens einen adäquaten Ausgleich der finanziellen Belastungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen schafft. Außerdem brauchen wir eine sachorientierte Lösung. Innerhalb des Bund-Länder-Finanzausgleiches dürfen keine sachfremden Gegenstände im Vordergrund stehen.

Wir wissen, dass Herr Schäuble in diese Richtung sehr auffällig ist und dass er sehr gerne auch mal sachfremde Deals abschließt. Einen solchen darf es im Interesse der Frauen, der Alleinerziehenden und auch der Kommunen nicht geben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin Asch. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Sommer.

Torsten Sommer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Rechte Tasche/linke Tasche“ habe ich mir hier aufgeschrieben. Gesamtwirtschaftlich verschieben wir Sozialkosten vom Bund in die Kommunen. Das Spielchen läuft seit 2005 ständig – davor ein bisschen verdeckter, danach an vielen Stellen sehr offensichtlich.

Was jetzt geschieht, ist Folgendes: Der Unterhaltsanspruch, den die Alleinerziehenden, meistens Mütter – die Kollegin Asch und der Kollege Höne haben es auch gesagt –, gegenüber den Kindsvätern haben, schieben wir jetzt in die kommunalen Unterhaltsstellen. Es ist nicht mehr so wie zuvor, dass jemand, der Unterhalt bekommen müsste, den aber nicht erhält, den Vorschuss an einer Stelle beantragen konnte. So machen wir das jetzt nicht mehr. Das ist nicht sinnvoll.

Es ist nicht sinnvoll, diejenigen, die am meisten mit dieser Situation zu kämpfen haben – alleinerziehende Mütter oder überhaupt Alleinerziehende –, jetzt noch durch die Gegend zu schicken aufgrund des finanziellen Verschiebebahnhofs im bürokratischen Spiel zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Das ist nicht sinnvoll; das sollten wir nicht tun.

Zur Grundintention ist zu sagen, dass die Tatsache, dass der Anspruch jetzt bis zum 18. Lebensjahr und nicht mehr bis zum 12. Lebensjahr geht – also das komplette Leben eines Kindes bis zur Volljährigkeit –,

extrem sinnvoll und zu unterstützen ist. Aber wir müssen das auch so ausgestalten, dass es für den Betroffenen sinnvoll und machbar ist. Wir dürfen die Leute nicht durch die Gegend schicken, nur weil das den bürokratischen Anforderungen entspricht. Das macht keinen Sinn.

Lassen Sie uns so verfahren, wie wir es bei der Debatte um Geflüchtete gelernt haben. So wie es bei den Integration Points gehandhabt wird, wo es nur eine Anlaufstelle gibt, die ich aufsuchen kann, wenn ich einen Anspruch geltend machen möchte – das ist eine sinnvolle Lösung, und so sollten wir das auch hier machen. Dementsprechend hoffe ich, dass das Ganze noch einmal überdacht wird.

Da müssen wir dann überlegen, wie wir die Kommunen überhaupt so ausstatten, damit sie das schaffen können. Zum einen muss das organisatorisch durchdacht werden, und das geht nicht in 14 Tagen, mal eben über die Weihnachtstage. Kollege Nettelstroth sagte, da müssten bis zu dreifache Ressourcen aufgebaut werden. Das wird nicht funktionieren.

Zum anderen muss bedacht werden: Wenn wir Gelder – Kollege Höne hat es ja mit über 600 Millionen € deutlich benannt – verschieben, dann müssen die Kommunen das auch leisten können. Unsere Kommunen in NRW sind nicht überbordend mit Geldmitteln ausgestattet. Das wirkt ein bisschen so, als wenn man versucht, einem nackten Menschen in die Tasche zu fassen. Das hilft nicht weiter.

Jetzt kommt noch hinzu, dass wir die Rückgriffsquoten steigern möchten. Das, was wir als Staat im Voraus bezahlen, möchten wir von denjenigen, die nicht zahlen – meistens den Kindsvätern –, auch wieder zurückholen. Das ist eine gute Idee. Da liegen wir aktuell zwischen 20 % und 30 %; Herr Nettelstroth sagte es. Das ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Da muss genau geschaut werden, woran es liegt.

Klar kann man organisatorisch etwas regeln, indem man sagt: Das muss jetzt nicht jedes einzelne Amt in jeder einzelnen Kommune machen, sondern das eignet sich eigentlich hervorragend für interkommunale Zusammenarbeit. Bis dahin d'accord.

Allerdings muss man jetzt nicht davon träumen, dass man das ins Unendliche steigert. Denn viele dieser Väter, die nicht zahlen, beziehen selbst Hartz-IV. Auch da wieder das Bild: einem nackten Menschen in die Tasche packen. – Das Geld bekommen wir nicht. Da können wir das organisatorisch so gut aufstellen wie wir wollen – wo nichts ist, kann man nichts holen. Die Rückgriffsquotensteigerung wird erheblich kleiner ausfallen, als das jetzt bedacht ist.

Deshalb freue ich mich auch, dass darüber nicht direkt abgestimmt, sondern zunächst überwiesen wird. Dann werden wir das alles sehr schön herausarbeiten können. Darauf freue ich mich tatsächlich. Wir

können nicht zulassen, dass unseren Kommunen wieder Aufgaben aufgebürdet werden, die eigentlich in Bundesverantwortung liegen. Wir können es auch nicht zulassen, dass diejenigen, die unsere größte Unterstützung bräuchten, wieder durch die Gegend geschickt werden, nur damit wir hier unsere bürokratischen Spielchen treiben können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Kampmann das Wort.

Christina Kampmann^{*)}, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern in meiner Haushaltsrede über Gerechtigkeit gesprochen. Zu den großen Gerechtigkeitsthemen unserer Zeit gehört die Frage, wie wir Alleinerziehende und ihre Kinder besser unterstützen können.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, den PIRATEN und Henning Höne [FDP])

Das hat auch der Familienbericht in Nordrhein-Westfalen gezeigt: Alleinerziehende haben mit weitaus stärkeren Belastungen zu kämpfen als alle anderen Familien, und das vor allem in finanzieller Hinsicht. Alleinerziehende geben doppelt so häufig wie Paarfamilien an, immer oder häufig unter Geldsorgen zu leiden. Das ist besonders belastend – Stefan Kämmerling hat es eben dargestellt –, wenn für die Kinder kein Unterhalt gezahlt wird.

Die Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen auf Bundesebene hat hierbei gezeigt, dass der Unterhaltsvorschuss ganz effektiv zur Vermeidung von Armut beiträgt. Genau deshalb ist der Beschluss vom 14. Oktober 2016 ein großer familienpolitischer Fortschritt. Wir stehen an dieser Stelle nämlich gemeinsam in der Verantwortung, und da hätte ich mir von der FDP und von der CDU ganz konkret größere Unterstützung gewünscht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion – das muss man hier noch einmal so deutlich sagen – fordert nämlich die Ablehnung der geplanten Änderung im Unterhaltsvorschussgesetz im Bundesrat. Das heißt: Während Sie über einen Kommunalkollaps reden, reden wir über Unterstützung für Alleinerziehende. Wenn Sie eine Verdoppelung der Fallzahlen heraufbeschwören, Herr Höne, dann sage ich Ihnen: Wir möchten denjenigen, die am meisten Unterstützung brauchen, ganz konkret helfen.

Herr Hafke hat sich gestern in der Haushaltsdebatte hier hingestellt und mehr Engagement gegen Kinderarmut gefordert. Jetzt haben wir einen Vorschlag, mit dem wir ganz konkret helfen können – und Sie fordern die Ablehnung im Bundesrat. Das ist Politik gegen Familien und gegen Kinder in unserem Land. Dafür werden Sie die Quittung bekommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Henning Höne [FDP]: Sie hätten mir zuhören müssen und nicht einfach nur ablesen!)

– Ich habe sehr gut zugehört, Herr Höne! Jetzt hören Sie mir mal zu, damit ich Ihnen noch weiter darlegen kann, warum Ihr Antrag ansonsten vollkommen an der Sache vorbeigeht.

(Henning Höne [FDP]: Das wird ja immer schöner!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sommer von der Piratenfraktion zulassen?

Christina Kampmann^{*)}, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, gerne, Herr Sommer, bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte.

Torsten Sommer (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Ministerin Kampmann, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie sagten gerade, dass diejenigen, die unsere größte Unterstützung brauchen, diese auch bekommen sollen. Nach dem aktuell vorliegenden Gesetzentwurf werden diejenigen, die unsere Unterstützung wirklich am nötigsten haben, nämlich Alleinerziehende im Hartz-IV-Bezug, am Ende des Gesetzgebungsverfahrens leider nicht einen Cent mehr in der Tasche haben.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Nur hat der Staat eine bürokratisch anders aufgehängte Rückgriffsmöglichkeit.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, stellen Sie bitte eine Frage!

Torsten Sommer (PIRATEN): Ja, die kommt. An welcher Stelle haben diese Menschen dann tatsächlich mehr Unterstützung? Das hätte ich gerne gewusst.

Christina Kampmann^{*)}, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Zunächst muss man

an dieser Stelle ganz klar sagen, lieber Herr Sommer, dass nicht alle Alleinerziehenden,

(Torsten Sommer [PIRATEN]: 87 %!)

die von diesen Verbesserungen profitieren, im SGB-II-Bezug sind. Das heißt, denjenigen können wir damit ganz konkret helfen.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: 13 %!)

Stefan Kämmerling hat eben sehr richtig gesagt, dass ganz viele der Alleinerziehenden in Teilzeit arbeiten. Das heißt, wenn wir jetzt den Unterhaltsvorschuss ausdehnen, dann würde das dazu führen, dass ganz viele überhaupt nicht erst in den SGB-II-Bezug gelangen. Das ist, finde ich, die beste Armutsprävention, die wir haben können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Torsten Sommer [PIRATEN]: Das wird nicht passieren!)

Jetzt würde ich gerne weiter ausführen, warum die Anträge meiner Ansicht nach an vielen Stellen an der Sache vorbeigehen. Sie fordern zum Beispiel, dass wir uns für einen besseren Unterhaltsrückgriff einsetzen. Das machen wir schon ganz konkret. Dazu hatten wir neulich im Ausschuss eine lange Diskussion.

Sie haben vorhin richtig gesagt, Herr Sommer, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine schwierigere Sozialstruktur haben. Deshalb sind wir leider in der Situation, dass viele Väter gar nicht zahlen können. Wir haben den Kommunen hier ganz konkrete Unterstützungsleistungen angeboten und zukommen lassen, damit wir die Rückgriffsquoten in Zukunft noch weiter steigern können.

Auch die Selbstverständlichkeiten, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, darüber hinaus formulieren, bringen uns nicht weiter. Denn es ist doch ganz klar, dass sich die Landesregierung in den laufenden Verhandlungen dafür einsetzen wird, dass sich auch der Bund angemessen an den Kosten beteiligt. Das betrifft genauso die Punkte zum Bürokratieabbau. Natürlich haben wir auch die Belastungen der Kommunen im Blick. Wir werden uns dort für eine gerechte Verteilung einsetzen.

Alleinerziehende besser zu unterstützen, sollte eines der zentralen Ziele unserer Familienpolitik sein. Andrea Asch hat es eben richtig gesagt: Wir haben an dieser Stelle eine ganz konkrete sozialpolitische Verantwortung. Deshalb bitte ich Sie: Lassen Sie uns hier gemeinsam an einem Strang ziehen – an einem Strang für mehr Gerechtigkeit für Familien und für Kinder in Nordrhein-Westfalen, damit sie die Unterstützung bekommen, die sie auch gebrauchen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Ministerin, entschuldigen Sie. Für die FDP-Fraktion hat sich unmittelbar vor dem Ende Ihrer Rede und damit regelgerecht Herr Kollege Höne zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

Vor dem Ende Ihrer Rede hat sich außerdem noch Herr Kollege Kern mit der Bitte zu Wort gemeldet, Ihnen eine Frage stellen zu dürfen. Lassen Sie die zu?

Christina Kampmann^{*)}, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gut. Dann erteile ich jetzt erst Herrn Kern und dann Herrn Kollegen Höne das Wort.

Walter Kern^{*)} (CDU): Danke schön, Frau Ministerin, dass ich eine Frage stellen darf. – Ist Ihnen bekannt, dass der SPD-Landrat aus Lippe uns aufgefordert hat, heute entsprechend unserem Antrag tätig zu werden?

Christina Kampmann^{*)}, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Es kommt nicht darauf an, ob mir das bekannt ist. Entscheidend ist doch, Herr Kern, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Am Ende der Verhandlungen macht das keinen Sinn mehr!)

und wir im Moment über all diese Fragen – gerade auch über die Belastung der Kommunen – verhandeln und Gespräche führen.

Sie können mir glauben – ich habe es gerade gesagt –: Wir haben die Belastung der Kommunen an dieser Stelle im Blick, und wir werden wohl auch zu einer guten Lösung kommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Ministerin. So weit die Frage und die Antwort dazu. – Jetzt hat Herr Kollege Höne für bis zu 90 Sekunden das Wort. Bitte schön.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin Kampmann, hätten Sie mir bei meiner Rede wirklich zugehört, hätten Sie gewusst, dass ich für unsere Fraktion ausdrücklich die Ausweitung der Leistungen beim Unterhaltsvorschuss begrüßt habe. Uns das abzusprechen, weist entweder darauf hin, dass Sie nicht zugehört haben, oder es zeigt, dass Sie eine billige Ausrede suchen, um noch ein paar Punkte gegen die Opposition zu erzielen. Das ist mein erster Punkt.

Zweiter Punkt: Wenn Sie den Antrag richtig gelesen hätten, hätten Sie erkannt, dass wir die geplanten Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes auch nicht komplett ablehnen. Im Antrag steht vielmehr, dass die Änderungen im Gesetz in der jetzigen Form abzulehnen sind, und zwar aus den eben schon genannten Gründen.

Sie sagen, Sie wollen etwas für die Familien tun. Da hätten Sie uns voll an Ihrer Seite. Das Problem ist: Mit dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf, wie er in der Diskussion steht, hätten die Familien nicht einen Cent mehr in der Tasche, müssten sich aber um mindestens ein weiteres Formular kümmern. Es wäre also eigentlich nichts gewonnen.

Sie suchen einen Strohhalm, um nicht zustimmen zu müssen. Sie suchen einen Strohhalm, um weiter ein bisschen gegen die Opposition zu wettern. Die Hoffnung stirbt zwar zuletzt, aber mein Vertrauen in die weiteren Verhandlungen und in die Ministerpräsidentenkonferenz ist allerdings – das werden Sie sicherlich verstehen – gering; denn die Tatsache, dass wir überhaupt darüber diskutieren, dass wir überhaupt in der jetzigen Situation sind, dass sich der Bund mal eben um 700 Millionen € entlastet und die Kommunen mit 800 Millionen € belastet werden, ohne dass Familien einen Cent mehr in der Tasche haben, ist das Ergebnis einer solchen Ministerpräsidentenkonferenz.

Christina Kampmann^{*)}, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Höne, es ist ein Irrglaube, dass die Familien keinen einzigen Cent mehr in der Tasche haben, weil nicht alle Familien, sondern nur ein Teil im SGB-II-Bezug sind.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] –
Torsten Sommer [PIRATEN]: 87 %!)

Das sollten Sie erst mal zur Kenntnis nehmen.

Zum ändern habe ich Ihren Antrag gelesen, und ich habe Ihnen zugehört. Wenn ich in Ihren Antrag schaue, lese ich da etwas von „Kommunalkollaps“ und von „Fallzahlen“. Es geht hier aber nicht um Fallzahlen, sondern um alleinerziehende Familien. Diese Situation haben Sie in Ihrer Rede überhaupt nicht in den Blick genommen, lieber Herr Höne!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit Kurzintervention und Entgegnung darauf. – Vielen Dank.

Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse erstens über den **Antrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/13528** abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die

Überweisung des Antrags an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend –, den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Der **Entschließungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/13656** soll ebenfalls entsprechend überwiesen werden. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Ich lasse zweitens über den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/13542 abstimmen. Die FDP hat direkte Abstimmung über den Inhalt ihres Antrags beantragt, zu der wir somit kommen. Wer für den FDP-Antrag ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich der Stimme? – CDU, Piratenfraktion und der fraktionslose Kollege Schulz. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/13542 abgelehnt** ist.

Ich rufe auf:

5 Keine geheimen Datensammlungen über Fußballfans! Kontrolle und Transparenz ermöglichen – Betroffene proaktiv informieren

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13525

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Kollegen Düngel das Wort.

(Der Abgeordnete begibt sich zum Redepult, bekleidet mit einem lila Kapuzenshirt, einer dunklen Freizeithose und grauen Turnschuhen.)

Herr Kollege Düngel, gestatten Sie mir, bevor ich Ihnen das Wort erteile, eine Bemerkung. Der sitzungsleitende Präsident hatte Sie gestern persönlich auf die Bekleidungsvereinbarungen aufmerksam gemacht, die auch die Präsidentin allen Abgeordneten intensiv kommuniziert hatte. Wie ich sehe, ist das Resultat, dass Sie sich heute besonders fein gemacht haben.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN
und der FDP – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe nicht vor, mich mit Ihnen über stilvolle Bekleidung zu unterhalten, möchte Ihnen aber vielleicht doch noch einen Hinweis geben: Dass wir uns hier

als gewählte Abgeordnete im Parlament angemessen kleiden, ist Ausdruck unseres Respekts gegenüber dem Parlament und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die uns in dieses Parlament gewählt haben.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Deshalb laufen wir hier nicht rum, als wären wir auf dem Weg in den eigenen Garten, um den Rasen zu schneiden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ich respektiere meinen Garten!)

Vielleicht sind Sie so nett, über das Wochenende hinaus noch einmal darüber nachzudenken.

Jetzt haben Sie das Wort, um zur Sache zu reden. Bitte schön.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Daniel Düngel (PIRATEN): Herr Präsident! Glücklicherweise entscheiden nicht Sie bzw. das Präsidium, was stilvolle Kleidung ist. Was ich heute falsch gemacht habe, ist, dass ich einen lila Pullover angezogen habe. Wenn wir jetzt über Fußball reden, ist das wirklich ein Griff in die falsche Schublade gewesen; denn das ist die Farbe des VfL Osnabrück. Das will hier tatsächlich niemand.

(Zuruf von der SPD: Doch, ich! – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

– Ernsthaft? Damit habe ich nicht gerechnet.

Fußballfans sind keine Verbrecher, und Menschenrechte enden nicht am Stadiontor. Seit vielen Jahren kümmern wir Piraten uns um die Rechte von Fußballfans. Vieles davon – auch Feedback aus der Fanszene – können Sie in den sozialen Medien verfolgen. Ich empfehle Ihnen hier, zum Beispiel den #fanrechte zu verfolgen.

Wir laden regelmäßig zu Fan-Hearings ein und tauschen uns mit Betroffenen aus. Wir haben diverse Anträge eingebracht und einige erfolgreiche Initiativen starten können. Wir haben den Fanprojekten zu mehr Anerkennung verholfen. Wir haben dazu beigetragen, dass Vernetzungen rund um Fußballspiele im ZIS-Bericht für Nordrhein-Westfalen besser aufgeschlüsselt werden. Die Polizeipräsenz bei Spielen wurde zurückgefahren.

Apropos Polizeipräsenz: Im Jahr 2013 war ein großes Thema das Spiel Schalke gegen PAOK Saloniki. Damals wurde angekündigt, dass alles noch aufzuklären sei, und auch Herr Kollege Körfges hatte das in einer Pressemitteilung vehement gefordert. Jetzt sind drei Jahre vorbei – es wird langsam mal Zeit.

Ich wende mich heute aber bewusst nicht an die Innenpolitiker und Sicherheitsesoteriker dieses Hauses. Sie sind es, die keinen klugen Vorschlag annehmen, sondern lieber weiter Stimmung gegen Fans machen wollen. Repression ist im Innenausschuss dieses Hauses an der Tagesordnung. Ihre Ein- und Weitsicht – Herr Kollege Lürbke, das wird Sie begeistern – ist relativ begrenzt. Ihre Fortschritte sind klein, und im Bereich der Prävention dauert sowieso alles viel zu lange.

Bei den jungen Fans wurde schon viel Vertrauen verloren, auch und gerade wegen der bis letztes Jahr geheimen SKB-Dateien und der wahllosen Speicherungen in der Verbunddatei „Gewalttäter Sport“.

(Marc Lürbke [FDP]: Wahllos?)

– Ja, wahllos, Herr Lürbke. – Oder gestern: Hier wurde eine gute Maßnahme wie die Kennzeichnungspflicht beschlossen, aber im gleichen Moment wurde das Vertrauen mit der Einführung von Bodycams wieder zunichte gemacht.

Die Behörden berufen sich bei den Maßnahmen gegen Fans eben auf die Eintragung in diesen Dateien. Da werden Stadionverbote, Meldeauflagen etc. erteilt. Niemand kontrolliert die Rechtmäßigkeit, den Wahrheitsgehalt oder die Sinnhaftigkeit dieser Einträge grundlegend. Wir alle wissen – wollen es aber vielleicht nicht zugeben –, dass immer wieder falsche Informationen in diesen Dateisammlungen abgelegt werden.

Sie, liebe Sportpolitikerinnen und Sportpolitiker, wissen, wie wichtig Prävention, Dialog und Vertrauen für die Arbeit mit den jungen Fans ist. Wir sollten darüber diskutieren, was an Positivem mit einer einfachen proaktiven Informationspflicht für Speicherungen erreicht werden kann.

Im Antrag führe ich auch aus, was mit den Dateien datenschutzrechtlich nicht stimmt. Eigentlich gehören beide Dateien in die Tonne.

(Beifall von den PIRATEN)

Hier und jetzt geht es mir aber erst einmal um Folgendes: Wir brauchen jetzt ein großes Zeichen, um überhaupt wieder einen Dialog mit den jungen Fans zu ermöglichen. Sie sollten sich nichts vormachen: Die Fronten sind verhärtet. Viele junge Menschen trauen dem Rechtsstaat und den Polizeibehörden keinen Millimeter über den Weg.

Bevor sich aber alle aufregen – das ist ja teilweise schon zu spät, Herr Lürbke – und uns hier wieder unterstellen, wir würden Gewalttäter schützen, den Rechtsstaat verunglimpfen oder Polizisten unter Generalverdacht stellen, schauen wir doch mal, was in den anderen Bundesländern und im Bund in Ihren Parteien passiert. Eigentlich passiert bei allen etwas, außer bei der CDU – die kann, denke ich, hier auch weghören.

Die Grünen fordern im Bund die Informationspflicht für Eintragungen in die Datei „Gewalttäter Sport“. Sehr gut. – In Berlin will Rot-Rot-Grün einen Polizeibeauftragten und sich zudem für die Abschaffung der Datei „Gewalttäter Sport“ einsetzen. – Die SPD-Innenminister, zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Bremen, haben sich entschlossen, über Speicherungen zu informieren. – Nun zur FDP: Herr Lürbke, in Niedersachsen ist es die FDP, die sich hartnäckig und kritisch an den SKB-Dateien abarbeitet und Prüfungen der Dateien verlangt. Fußballfans sind keine Verbrecher – das haben sie jetzt sogar ins Programm aufgenommen. Sehr gut.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ihre Redezeit, Herr Kollege.

Daniel Düngel (PIRATEN): Ich komme zum Ende, Herr Präsident. – Ich frage mich dann nur, ob Sie Ihre teilweise merkwürdigen Hardliner-Anträge und Reden hier völlig vergessen haben. Vielleicht liegt es daran, dass Sie im Sportausschuss und im Innenausschuss sind, Herr Lürbke.

Wir wollen nicht, dass stinknormale Fußballfans kriminalisiert werden, nur weil sie ein Fußballspiel besuchen. Wir wollen, dass mit einer Informationspflicht Vertrauen aufgebaut wird. Wir wollen, dass ein Dialog ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege!

Daniel Düngel (PIRATEN): ... zwischen den Beteiligten stattfinden kann. Wir wollen, dass sich Fans gegen falsche oder unberechtigte Eintragungen wehren können. Gehen Sie diesen Weg mit uns! Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern. Unterstützen Sie uns auf diesem richtigen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Düngel. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Heinrichs das Wort.

Falk Heinrichs (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Daniel Düngel, mir ist schon klar, warum Sie heute im Plenum diesen Antrag stellen. Sie wollen den Eindruck erwecken, als wären Sie der große Retter und Bewahrer der Fanszene bei Fußballspielen. Darum geht es hier aber nicht, Herr Düngel, sondern es geht um Störer und Gewalttäter, die versuchen, die große Bühne vor allem bei Fußballspielen für ihre Aktionen zu missbrauchen.

(Beifall von der SPD)

Konkret sprechen Sie die Rechtmäßigkeit der Speicherung der personenbezogenen Daten von Störern und Gewalttätern in der Datei „Gewalttäter Sport“ des Bundeskriminalamtes und die Dateien der „Szenekundigen Beamten“, die sogenannten SKB-Dateien, an. Diese Daten tragen aber dazu bei, insbesondere die guten Fußballspiele – im Übrigen auch die schlechten Fußballspiele – so sicher wie möglich zu machen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da kann ich mich an ein paar Vereine erinnern.

Ich kann deswegen nicht nachvollziehen, dass Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion, alle Betroffenen über einen Eintrag in diese Dateien informieren und darüber hinaus den Datenbestand der SKB-Dateien sowie deren Anwendung und Nutzen durch eine unabhängige Stelle überprüfen lassen wollen.

Ich möchte auch zu bedenken geben, dass der Betrieb auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung erfolgt. Erstens. Die Rechtmäßigkeit der Datei „Gewalttäter Sport“ ist durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bereits bestätigt worden. Zweitens. Auch die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW hat das Verfahren der SKB-Dateien absolut nicht beanstandet.

(Zuruf von Frank Herrmann [PIRATEN])

– Ja, Herr Herrmann, jetzt wollen wir mal sehen, wober wir hier eigentlich sprechen. Wir sprechen nicht über irgendwelche Bagatelldelikte, sondern es geht hier um die Anwendung von Gewalt. Es geht um Leib und Leben, um Nötigung, um Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz, um Gefangenenbefreiung, um Raub- und Diebstahlsdelikte. Wir reden doch nicht darüber, ob jemand einen Lutscher in einem Geschäft geklaut hat. Deswegen kommt er doch nicht in eine SKB-Datei. Vielmehr geht es hier um wirklich große Verstöße. Eine solche Erfassung braucht man zur Ermittlung und um eine vernünftige Sicherung eines Fußballspiels hinzukriegen. Das braucht unsere Polizei.

Ich wünsche mir, dass Sie als Piraten diese Sache mit unterstützen. Auch wir unterhalten uns ständig mit der Fanszene. Ich gucke gerade zu meinem Kollegen Rainer Bischoff als sportpolitischem Sprecher. Wir haben jedes halbe Jahr mit diesen Fangruppen den Austausch gesucht und werden auch weiterhin den Austausch suchen. Die richtigen Fans können diese Sache auch verstehen; denn durch diese Gewaltstörer werden die Fußballspiele in den Hintergrund gerückt, und es geht nur noch um Gewalt. Deswegen möchte ich, dass diese Dateien auch weiterhin – natürlich entsprechend der Rechtmäßigkeit – ihre Funktion behalten.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, entschuldigen Sie. Gleich zwei Kollegen der Piratenfraktion würden Ihnen gerne eine Frage stellen.

Falk Heinrichs (SPD): Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Zum einen ist das Herr Kollege Herrmann auf dem Platz von Herrn Lamla und danach Herr Kollege Düngel. Erst einmal Herr Kollege Herrmann.

Falk Heinrichs (SPD): Kollege Herrmann, bitte.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich wollte Sie fragen: Welche Stelle stellt denn den Straftatbestand von den Personen fest, die in die SKB-Dateien eingetragen werden?

Falk Heinrichs (SPD): Das war schon die Frage?

Frank Herrmann (PIRATEN): Ja, das ist die Frage.

Falk Heinrichs (SPD): Also, wenn es Gewalt gegen Leib und Leben, Nötigung oder Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz gab, dann ist diese Stelle ja schon da gewesen, weil man dann nämlich wahrscheinlich schon verurteilt worden ist. Sonst könnte man ja gar nicht in diese Datei hineinkommen. Man kommt bei einem Verstoß gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz ja nicht sofort da rein. Aber wir können uns darüber im Ausschuss unterhalten. Wir werden diese Sache ja überweisen. Ich freue mich, wenn wir uns im Ausschuss über diese Sache unterhalten.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Bis dahin haben Sie sich dann informiert, das ist super!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Gut, wunderbar. – Und jetzt ist Herr Kollege Düngel an der Reihe. Bitte!

Daniel Düngel (PIRATEN): Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung. Möglicherweise stehen in der Datei „Gewalttäter Sport“ sogar Terroristen oder irgendwie so etwas drin; man weiß es nicht.

Sie haben das jetzt zum Teil beantwortet. Aber ich will tatsächlich noch einmal sichergehen: Also, ich vermute, Sie glauben tatsächlich, dass da nur Verurteilte drinstehen. Würden Sie zur Kenntnis nehmen oder stimmen Sie mir zu, dass in diesen Dateien ausdrücklich auch Personen aufgeführt wurden, die eben nicht in irgendeiner Form nach einer Verhandlung zu irgendetwas verurteilt wurden, sondern bei

denen es einfach möglicherweise Verdachtsmomente gegeben hat oder die – ich sage einmal – einfach zur falschen Zeit an der falsche Stelle waren?

Falk Heinrichs (SPD): Nein, so kann man es nicht sagen. Es geht auch um polizeiliche Ermittlungsverfahren, die laufen. Bei polizeilichen Ermittlungsverfahren sind sie auch in dieser Datei drin, und das gehört sich auch so. Man kann ja nicht so lange warten, bis vielleicht irgendwann das Urteil gesprochen ist.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ach so, Vorverurteilung!)

– Nein. Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen: Es geht hier darum, dass Fußballspiele geschützt werden und dass man so viel Sicherheit wie möglich bekommt. Das, glaube ich, möchte jeder, der hier im Hohen Haus ist. Wir unterhalten uns hier über ein paar Störer, Gewalttäter. Das ist nicht die Fanszene in Nordrhein-Westfalen. Das sind nur ganz, ganz wenige,

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Über 6.000 sind das!)

die versuchen, die Bühne des Fußballs für ihre Sache zu missbrauchen. Das wollen wir nicht unterstützen, sondern wir sind dagegen.

(Beifall von der SPD und der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die Datei „Gewalttäter Sport“ – ich komme gleich zum Schluss – dient der Verhinderung der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Alle diese Dateien dienen also dazu, Straftaten zu vermeiden. Eine Skandalisierung dieser Daten, meine Damen und Herren von den Piraten, ist – das habe ich gesagt – vollkommen unangebracht. Die SPD-Fraktion freut sich auf die vor allen Dingen inhaltvolle Diskussion und Beratung im Fachausschuss; darauf freuen wir uns wirklich.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Dazu müsste es Inhalt haben! Hat es nicht!)

Tun Sie mir bitte einen Gefallen: Wenn Sie denn Beispiele haben, dann bringen Sie doch einmal ein Beispiel mit, wo da irgendeiner drin ist, der da überhaupt nicht hineingehört. Wieso der da hineingekommen ist und wie er da wieder herauskommt, darüber würde ich mich gerne einmal unterhalten. So viele wird es da nicht geben. Ich glaube sogar, gar keinen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Jeder Einzelne, der drinsteht, ist einer zu viel!)

Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Heinrich. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Korte.

Kirstin Korte (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Düngel – Zitat –:

„Fußballfans sind keine Verbrecher.“

(Daniel Düngel [PIRATEN]: So sieht es aus!)

– Genau, völlig richtig, und das wollen wir auch weiterhin dokumentieren. Nur, diejenigen, die sich nicht gesetzeskonform verhalten, die sollten wir schon im Blick behalten, und das nachhaltig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im vorliegenden Antrag der Piratenfraktion wird die Speicherung von Personendaten in der Datei „Gewalttäter Sport“ sowie in den Arbeitsdateien Szenekundiger Beamter kritisiert. Nach Ihrem Willen, liebe Piraten, soll die Landesregierung dafür sorgen, dass alle Betroffenen über ihre Eintragung in diesen Dateien informiert werden. Außerdem soll der Datenbestand durch eine unabhängige Stelle überprüft werden. Wie aber bereits die Antragsüberschrift zeigt, unterliegen die Piraten offensichtlich dem Irrtum, dass in den genannten Dateien die Daten von unbescholtenen Fußballfans gespeichert würden. Das ist nicht der Fall.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das ist auch der Fall, auf jeden Fall! – Marc Olejak [PIRATEN]: Nachweislich!)

Im Gegenteil! Wie der Name der Datei „Gewalttäter Sport“ bereits vermuten lässt, werden darin nur Daten solcher Personen gespeichert, gegen die im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen wegen ernstzunehmender Straftaten ein Ermittlungsverfahren ...

(Daniel Düngel [PIRATEN]: Wieso informiert sich denn hier keiner? Das ist doch bitter!)

– Wissen Sie was? Bleiben Sie doch mal ganz entspannt! Sie können noch hingebungsvoll im Ausschuss diskutieren.

(Zuruf von den PIRATEN: Oh, Sie haben den noch nicht unentspannt erlebt, merke ich gerade!)

– Darauf lege ich auch keinen Wert.

Es geht also um Personen, die Straftaten begangen haben, gegen die ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde oder aber die wegen solcher Taten bereits rechtskräftig verurteilt worden sind. Der Kollege Heinrichs hat bereits einige Straftaten genannt; ich will das nicht wiederholen. Aber es ist schon beeindruckend, was man da erst einmal auf dem Kerbholz haben muss.

Darüber hinaus werden auch Daten von Personen gespeichert, gegen die Personalienfeststellungen, Platzverweise und Ingewahrsamnahme angeordnet wurde; da haben Sie recht. Allerdings eigentlich nur dann, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich diese Personen auch zukünftig im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen an Straftaten von erheblicher Bedeutung beteiligen werden.

(Zuruf von Stefan Fricke [PIRATEN])

Diese Einschränkungen haben Sie in Ihrem Antrag schlichtweg unterschlagen. Ebenso verschweigen die Piraten in ihrem Antrag, dass das Bundesverwaltungsgericht – Herr Heinrichs hat eben darauf hingewiesen – bereits die Rechtmäßigkeit der Datei „Gewalttäter Sport“ festgestellt hat.

Was der vorliegende Antrag vor diesem Hintergrund bezwecken soll, ist nicht erkennbar. Wer sich trotz der bereits aufgezählten strengen Speicherungsgründe in entsprechenden Dateien wiederfindet, dem seien einige Verhaltenstipps ans Herz gelegt, die auf der Website der Polizei NRW zusammengestellt sind. Diese sind so schön formuliert, dass ich mir hier mit Erlaubnis des Präsidenten erlaube, auszugsweise zu zitieren.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ein Lob für den Innenminister! Jetzt aber!)

– Das habe ich jetzt nicht als Lob des Innenministers angesehen. Das macht nicht er, das machen seine Mitarbeiter, und auf die ist Verlass.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Zitat:

„Es versteht sich von selbst, dass ein Großteil möglicher Speicherungsgründe dadurch vermieden werden kann, wenn erst gar keine Straftaten begangen werden.“

Daran sollte allein schon wegen der Gefährlichkeit solcher Taten, deren strafrechtliche Konsequenzen und dem Schaden, der damit anderen zugefügt wird, gedacht werden.

Darüber hinaus sollte man sich nicht an Schlägereien beteiligen, auch nicht dann, wenn diese provoziert werden, sich sofort entfernen, wenn es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt. Ich könnte das jetzt noch beliebig fortsetzen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das hat doch nichts mit den Dateien zu tun! Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Das möchte ich Ihnen ersparen, auch in Anbetracht der Zeit. Auf jeden Fall wird in diesem Sinne die CDU-Fraktion den vorliegenden Piratenantrag ablehnen. Wir werden selbstverständlich der Überweisung zustimmen. Ich bin gespannt auf die Diskussionen im

Ausschuss. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Korte. – Für Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Schäffer das Wort. – Ganz offensichtlich spricht aber Frau Kollegin Paul, der ich ebenso gern das Wort erteile.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Präsident! Wir haben noch einmal einen Wechsel vollzogen. Das kennen wir auch aus dem Fußball.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten, Sie haben Ihren Antrag überschrieben mit „Keine geheimen Datensammlungen über Fußballfans!“. Vor diesem Hintergrund hat mich ein wenig gewundert, dass Sie einen kurzen Einschub zu der Sammlung personenbezogener Hinweise im Kontext der Ansteckungsgefahr gemacht haben. Das ist ein Bereich, über den man reden muss. Ich frage mich nur, wie dieser Teil, über den man sicherlich reden muss, in diesen Antrag gekommen ist, zudem er sich auch nicht in den Beschlusspunkten in irgendeiner Art und Weise wiederfindet.

Es ist richtig, dass Sie sagen, diese Speicherung kann eine stigmatisierende Wirkung haben. Darauf haben die AIDS-Hilfen in Deutschland zu Recht auch hingewiesen. Es ist auch die Frage zu stellen, ob das vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der medizinischen Behandelbarkeit von HIV-Infektionen überhaupt noch angebracht oder zeitgemäß ist.

Ich kann Ihnen aber sagen: Die Forderungen der AIDS-Hilfen sind angekommen, sie sind gehört worden, und es gibt Gespräche zwischen den AIDS-Hilfen und dem Innenministerium. Man spricht darüber, ob das tatsächlich noch so zeitgemäß ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will jetzt aber auf den Bereich der Fans kommen, die von Ihnen angesprochen worden sind und die der Hauptteil Ihres Antrags sind. Ich will noch einmal sagen – Herr Düngel, Sie haben das kurz angedeutet –, dass es eigentlich darum gehen müsste, nicht immer nur über die ordnungspolitischen Maßnahmen zu sprechen, sondern über die gesamte Thematik der Fankultur. Das haben Sie mit diesem Antrag hier leider nicht eingelöst. Denn dazu gehört, dass man einmal darüber sprechen müsste, dass auch das Land Nordrhein-Westfalen, das Innenministerium und die Polizei sehr wohl an deeskalierenden Maßnahmen – genannt sei hier das NRW-Konzept, die Reduzierung von polizeilicher Präsenz – interessiert sind.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Hat er gesagt!)

– Das haben Sie aber nicht in Ihrem Antrag geschrieben. Das gehört zu der Debatte und zu der Ehrlichkeit in diesem Kontext aber dazu.

Sie haben recht, dass Sie mit Ihrem Antrag ein Thema ansprechen, nämlich die „Gewalttäter Sport-Datei“, die in der Fan-Szene sehr kritisch diskutiert wird. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir dieses Thema hier auch politisch diskutieren.

Ich hatte mir eigentlich aufgeschrieben, dass ich Sie loben wollte dahin gehend, dass Sie dadurch, dass Sie den Antrag überweisen, auf Effekthascherei verzichten. Ich musste leider in Ihrem Redebeitrag feststellen, dass Sie sich der Effekthascherei doch nicht ganz entziehen konnten. Nichtsdestotrotz bin ich froh darüber, dass wir den Antrag auch diskutieren.

Allerdings da noch einen Verweis darauf. Sie haben auch den Dialog angesprochen, der aus Ihrer Sicht wichtig ist. Das teile ich. Insbesondere der Dialog zwischen Fan-Szene und Polizei ist wichtig und sollte noch dringend verstärkt werden. Dazu gehört – das will ich auch sagen – die Dialogbereitschaft beider Seiten.

Wenn Sie schon den Dialog ansprechen und anschließend sagen, mit den Innenpolitikern möchten Sie über ein innenpolitisches Thema nicht mehr sprechen, dann klingt das in meinen Ohren ein wenig absurd.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und von Marc Lürbke [FDP])

Ich finde: Ja, der Sportausschuss sollte durchaus an dieser Diskussion beteiligt werden. Als Sportpolitikerin finde ich das sehr richtig. Aber wenn Sie einen politischen Dialog, der lösungsorientiert ist, hier wollen und den auch ernsthaft betreiben wollen, dann überweisen Sie den Antrag auch an den Innenausschuss. Dann lassen Sie uns gemeinsam dieses Thema besprechen.

Bei der Frage der Datei „Gewalttäter Sport“ gilt es in den Blick zu nehmen, um was es eigentlich geht. Die Kollegen haben darauf hingewiesen, dass es auch darum geht, dass es ein Mittel der polizeilichen Einsatzplanung ist. Es geht auch darum, dass wir Störer und Störerinnen identifizieren müssen, um Sicherheit bei Fußballspielen herzustellen.

Sie haben aber vollkommen recht, wenn Sie sagen: Auch Fußballfans haben Bürgerrechte. – Das ist vollkommen klar. Deshalb gilt es zu diskutieren, inwieweit die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit auf der einen Seite gewahrt sind, auf der anderen Seite aber auch die notwendige Einsatzplanung der Polizei.

Vor diesem Hintergrund sind wir gern bereit, das mit Ihnen auch weiter zu diskutieren, weil wir der Auffassung sind, dass es richtig und wichtig ist, dass sich die Politik damit befassen sollte. Natürlich kann man in diesem Zusammenhang ebenso darüber diskutieren, ob Betroffene nicht über die Speicherung infor-

miert werden könnten. Das muss alles in einem Dialogprozess – ich hoffe, an dem wollen Sie sich auch vernünftig beteiligen – geschehen.

Man kann in diesem Zusammenhang auch noch in den Blick nehmen – Frau Korte hat das gerade so absolut dargestellt –, dass in dieser Datei nur diejenigen aufgenommen werden, die tatsächlich verurteilte Straftäter und Straftäterinnen sind. Auch darauf kann man noch einen Blick werfen.

Ich würde mir wünschen, dass wir das in der gebotenen Sachlichkeit in den Ausschüssen – wie gesagt, in den beiden betroffenen Ausschüssen; gern vielleicht auch noch, wenn wir über die präventiven Maßnahmen sprechen, mit dem Jugendausschuss zusammen – diskutieren und auf weitere Effekthaschereien verzichten. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. Seien Sie so nett und bleiben Sie noch vorn; denn jetzt hat sich Kollege Düngel zu einer Kurzintervention gemeldet. Wenn er sich jetzt eindrückt, bekommt er für 90 Sekunden das Wort.

Daniel Düngel (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Paul, erst einmal ganz herzlichen Dank. Denn das war nach meinem Wortbeitrag und nach dem vorliegenden schriftlichen Antrag der erste Beitrag, bei dem tatsächlich etwas Substantielles übergekommen ist und wo man zumindest erkennen konnte, dass Sie sich mit der Materie beschäftigen. Dafür ganz herzlichen Dank.

Was die weitere Debatte angeht: Ich habe vorhin ausgeführt, dass ich der Überzeugung bin, dass es in diesem Innenausschuss wenig sinnvoll ist, diese Themen zu bearbeiten, weil mir das ganz einfach ideologisch nicht wirklich sinnvoll erscheint.

Aber ich bin natürlich lernfähig und blicke auch optimistisch in die Zukunft. An uns soll es nicht scheitern. Wenn wir das gemeinschaftlich so machen wollen, dann können wir den Antrag gerne auch in den Innenausschuss geben, meinetwegen auch, weil Sie das ja auch noch gerade angesprochen haben, gerne in den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Der Kollege Olejak spricht bereits mit den anderen Fraktionen. Das können wir gerne so machen. Dann hoffe ich, dass wir den Antrag beraten, um etwas Besseres hinzukommen.

Josefine Paul (GRÜNE): Herr Kollege Düngel, das nehme ich jetzt mal durchaus sehr wohlwollend zur Kenntnis. Ich weiß, wie schwierig die Diskussionen zwischen Polizei und Fanszene sind. Ich glaube aber, dass die Lösung nur darin besteht, miteinander zu sprechen. Deswegen finde ich es wichtig, dass wir

vermutete Fronten nicht in den Landtag tragen und dementsprechend nicht solche Fronten aufmachen wie „Fanthemen sind im Innenausschuss nicht zu besprechen“. Das wäre ein völlig falsches Signal – auch in die Fanszene, auch in Richtung Polizei. Deswegen finde ich es gut, dass Sie sich jetzt bereit erklärt haben, diesen Antrag auch an den Innenausschuss zu überweisen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit die Kurzintervention und die Entgegnung von Frau Kollegin Paul.

Bevor wir in der Debatte voranschreiten, bitte ich herzlich, dass die Fraktionen das zunächst untereinander abstimmen, da wir gleich eine erweiterte Überweisungsempfehlung abgeben sollen. Per Zuruf können wir das nicht machen.

Vielen Dank, Frau Paul. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Kollege Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich natürlich als Mitglied sowohl des Innenausschusses als auch des Sportausschusses, wenn wir dieses Thema in beiden Ausschüssen beraten. Ich bin da ganz bei Frau Paul: Ich glaube, es wäre das falsche Signal, das nur im Sportausschuss zu beraten. Ich habe mich darüber schon ein wenig gewundert.

Auch über Ihren Redebeitrag habe ich mich wieder einmal gewundert, Herr Düngel. Fußballfans sind keine Verbrecher. Ich habe nie etwas anderes gesagt. Das ist unsere klare Position. Wir haben uns ja in den letzten Jahren in den beiden genannten Ausschüssen darüber intensiv ausgetauscht.

Ich bin völlig bei Ihnen, wenn es darum geht, einen ständigen Dialog zwischen Fans, Polizei, den Vereinen im Interesse des Sports, im Interesse der Fankultur und im Interesse der Sicherheit zu führen. Das steht doch völlig außer Frage. Das muss auch kontinuierlich aufrecht erhalten bleiben.

(Beifall von der FDP)

Aber wir müssen doch – und das blenden Sie völlig aus – nicht nur über Prävention, sondern auch über Repression und Sanktionen sprechen bei dem ganz kleinen Kreis der wirklich gewaltbereiten Störer, die den Fußball, den Sport für andere Zwecke missbrauchen und damit quasi den gesamten Sport in Verruf bringen. Das darf man an der Stelle nicht auslassen.

(Beifall von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dem Antrag ganz konkret: Sie vermuten eklatante Datenschutzverstöße, wenn es um eine polizeiliche Speicherung von

Personen und personenbezogenen Hinweisen geht. Sie betonen – das haben Sie in Ihrem Antrag auch geschrieben –, dass der hamburgische Landesdatenschutzbeauftragte die dortige SKB-Landesdatei als zum großen Teil rechtswidrig beanstandet.

Mal ein Vorschlag: Wenn das so ist, dann sehe ich es als einen klaren Auftrag der Landesdatenschutzbeauftragten auch hier in Nordrhein-Westfalen an, bei Zweifeln solche Dateien in Nordrhein-Westfalen zu überprüfen. Das wäre doch ein erster Schritt.

Ich kann mich selbst an Gespräche mit Fanprojekten, mit der Fanszene erinnern. Es kommt ja auch immer der Hinweis, dass es Unzufriedenheiten, vielleicht Missverständnisse gibt. Darüber können wir gerne diskutieren. Aber worüber wir bitte nicht diskutieren, und zwar weder im Innen- noch im Sportausschuss, ist, dass unsere Polizei grundsätzlich die Möglichkeit haben muss, Erkenntnisse über die gewaltbereite Fußballszene zu speichern und auszuwerten. Ich hoffe, Herr Düngel, liebe Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion, dass Sie das nicht grundsätzlich in Abrede stellen wollen. Ich bin mir nämlich nach Ihrem Beitrag, Herr Düngel, da gar nicht mehr so sicher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rege aus Sicht der FDP-Fraktion an, in den weiteren Beratungen in den Ausschüssen das Thema sachlich und rechtlich sauber zu beleuchten, ohne zu überzeichnen. – Herzlichen Dank und ein schönes Wochenende!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger*, Minister für Inneres und Kommunales: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hinterlässt bei mir gelegentlich den Eindruck, als gäbe es zwischen Vereinen, Fans und Polizei einen tiefen Graben. Aus wirklich vielen Gesprächen mit Fanvertretern, dem DFB, der DFL und einer Reihe von Vereinen weiß ich, dass das nicht der Fall ist, aber ich gebe gerne zu, dass unsere Polizei ein gestörtes Verhältnis zu Störern und Straftätern hat.

(Beifall von der SPD)

Um es deutlich zu sagen: Wir haben in Deutschland eine einzigartige Fußballkultur. Anders als in anderen Ländern Europas wie beispielsweise Spanien, England oder Frankreich ist es hier üblich, dass Choreografien stattfinden, dass wir Stehplätze haben, dass es Alkohol im Stadion gibt, dass wir eine wunderbare Stimmung haben. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, auch dialogisch orientiert, dass das so bleibt und nicht die ganz wenigen Störer und Straftäter den Fußball sozusagen als ihren Resonanzboden missbrauchen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Haben wir denn wirklich 6.000 Straftäter? – Ich glaube das nicht!)

Herr Herrmann, wenn Sie sich die Anzahl der Fußballzuschauer anschauen, die friedlich jeden Samstag ins Stadion gehen, und diese Anzahl ins Verhältnis zu der Anzahl setzen, die in den von Ihnen genannten Dateien gespeichert sind, dann wird Ihnen sehr schnell klar werden, dass wir höchstens über 0,5 % der Zuschauer sprechen.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Aber das sind nicht alle Straftäter!)

Sie thematisieren hier die Diskussion in anderen Bundesländern und stellen das aus Ihrer Sicht so dar, wie Sie es gerne möchten.

Ich möchte mit dem Hinweis schließen: Den Vorwurf, hier existiere ein strukturelles Problem und unsere Polizei würde grundsätzlich mit Daten verantwortungslos und nicht gesetzeskonform umgehen, weise ich zurück. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Minister. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen haben sich gerade gemeinsam darauf verständigt, dass wir den **Antrag Drucksache 16/13525** nicht wie ursprünglich vorgesehen nur an den **Sportausschuss**, sondern auch an den **Innenausschuss** überweisen. Der Sportausschuss soll allerdings die federführende Beratung übernehmen. Die abschließende Abstimmung soll dort wie üblich in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

6 Polizeipräsenz im ländlichen Raum stärken – System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13413

Alle Fraktionen haben sich inzwischen darauf verständigt, heute keine Aussprache zum **Antrag Drucksache 16/13413** durchzuführen, sondern den Antrag an den **Innenausschuss** zu überweisen mit der Auflage, dass die Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen soll.

Wer kann dieser Verfahrensweise zustimmen? – Alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

7 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Kommunalpolitiker vor Übergriffen schützen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13308

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13635

Auch hierzu haben sich inzwischen alle Fraktionen des Hauses darauf verständigt, über den **Antrag Drucksache 16/13308** heute nicht abzustimmen, sondern ihn an den Innenausschuss – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Unterausschuss Personal** zu überweisen. Aussprache und Abstimmung sollen auch

hierbei erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Der Entschließungsantrag Drucksache 16/13635 kann gemäß § 81 Abs. 1 letzter Satz unserer Geschäftsordnung nicht überwiesen werden. Wir stimmen über ihn vielmehr im Plenum nach der Abstimmung über den Antrag Drucksache 16/13308 ab. Wer unter diesen Bedingungen der Überweisung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist wiederum jeweils nicht der Fall. Damit ist die Überweisung des Antrags Drucksache 16/13308 einstimmig angenommen.

Damit, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der heutigen Sitzung in einer langen Plenarwoche.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 14. Dezember 2016, 10 Uhr. Ihnen allen noch einen angenehmen Nachmittag und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung des Landtags ist geschlossen.

Schluss: 13:54 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.